

25.10.2023
REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des für das Unterrichtswesen zuständigen Ministers,

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für das Unterrichtswesen zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

DEKRETVORENTWURF ÜBER MASSNAHMEN IM UNTERRICHTSWESEN 2024

INHALTSANGABE

Dieser Dekretvorentwurf ändert verschiedene Bestimmungen im Bereich des Personals und der Organisation im Unterrichtswesen ab.

Er enthält unter anderem Abänderungen in folgenden Bereichen:

- Dienstrechtliche Anpassungen betreffend Externe Evaluatoren
- Schaffung des Amtes eines Fachlehrers für Musik im Grundschulwesen
- AHS - Anpassung der Versetzungsbedingungen an der Autonomen Hochschule Ostbelgien
- Anpassungen im Rahmen der Reform des Prüfungsausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Sekundarunterricht
- DuO-Ausbildungsförderung

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
meine Erläuterungen.....	4
Vorentwurf	24

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Der Aufbau des vorliegenden Dekretvorentwurfs erfolgt nach gewohntem Muster: Jedes Kapitel passt einen bestimmten Regeltext an und dies in chronologischer Reihenfolge.

Um einen besseren und schnelleren Überblick zu erhalten, erfolgt nachstehende Begründung nicht strikt pro Kapitel, sondern pro Themenbereich beziehungsweise pro Maßnahme und beinhaltet gleichzeitig auch den Kommentar zu den einzelnen Artikeln. Die verschiedenen zusammengehörenden Artikel werden aufgezählt.

1. Primarschullehrer im Sekundarschulwesen (Artikel 15 und 16)

Inkrafttreten: 1. September 2024

Die Titelgesetzgebung wurde 2014 dahingehend angepasst, dass das Diplom des Primarschullehrers als erforderlicher Titel gilt für das Erteilen allgemeinbildender Kurse im ersten Anpassungsjahr des Sekundarschulwesens, im berufsbildenden Unterricht in der Unterstufe des Regelsekundarschulwesens oder in der Unterstufe der Fördersekundarschule sowie für das Erteilen allgemeinbildender oder technischer Kurse im Teilzeitunterricht. Diese Bestimmung wurde in einer ersten Phase zeitlich befristet bis 31. August 2024 vorgesehen. Da sich die Bestimmung jedoch als sehr sinnvoll erwiesen hat, weil Primarschullehrer von der Ausbildung her die besten Voraussetzungen mitbringen, um allgemeinbildende Kurse im ersten Anpassungsjahr, im berufsbildenden Unterricht, im Teilzeitunterricht und in der Fördersekundarschule zu erteilen, wird vorgeschlagen, die Bestimmung zeitlich unbefristet in der Titelgesetzgebung zu verankern.

Artikel 15 und 16 nehmen die Anpassungen im Königlichen Erlass vom 22. April 1969 vor.

2. Anpassung der Titelbedingungen für Fachlehrer der ersten Fremdsprache im Primarschulwesen (Artikel 11)

Inkrafttreten: 1. Januar 2025

Die Regierung schlägt vor, die Titelbedingungen für das Amt des Fachlehrers der ersten Fremdsprache im Primarschulwesen dahingehend anzupassen, dass der Zugang zum Amt auch Personen eröffnet wird, die über das Diplom eines Kindergärtners, einen Nachweis über das Bestehen einer Ausbildung in Fremdsprachendidaktik und einen Nachweis der gründlichen Beherrschung der betreffenden Fremdsprache verfügen. Diese Anpassung erfolgt vor dem Hintergrund der Tatsache, dass es sich mitunter als schwierig erweist, die Stellen im Amt des Fachlehrers der ersten Fremdsprache mit Titelinhabern zu besetzen und in diesem Zusammenhang mitunter auf ausgebildete Kindergärtner zurückgegriffen wird. Um diesen Personen eine Karriereperspektive zu bieten, wird eine Anpassung der Titelgesetzgebung vorgeschlagen, da eine Regularisierung in diesem Amt auf anderem Wege für Kindergärtner nicht möglich ist.

Artikel 11 nimmt die entsprechende Anpassung im Königlichen Erlass vom 22. April 1969 vor.

3. Dienstrechtliche Anpassungen betreffend Externe Evaluatoren (Artikel 1 Nummern 3 und 4, Artikel 14, 68, 77, 78 und 79)

Inkrafttreten: Tag der Dekretverabschiedung

Die Regierung schlägt vor, das Amt des Externen Evaluators zu splitten in das Amt des Externen Evaluators aus dem Grundschulwesen und das Amt des Externen Evaluators aus dem Sekundarschulwesen. Entsprechend werden auch die Titelbedingungen angepasst. So hat zum Amt des Externen Evaluators aus dem Grundschulwesen ein Kandidat Zugang, wenn er mindestens ein Diplom des Hochschulwesens ersten Grades besitzt und eine Berufserfahrung von mindestens fünf Jahren als Klassenleiter mit vollständigem Stundenplan im Grundschulwesen aufweisen kann. Zum Amt des Externen Evaluators aus dem Sekundarschulwesen hat ein Kandidat Zugang, wenn er mindestens ein Diplom des Hochschulwesens ersten Grades besitzt und eine Berufserfahrung von mindestens fünf Jahren in einem Amt der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals mit vollständigem Stundenplan im Sekundarschulwesen aufweisen kann. Teilzeitige Dienste werden dabei verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung anerkannt.

Bislang ist zur Bekleidung des Amtes des externen Evaluators eine nützliche Berufserfahrung von mindestens zehn Jahren in einem Amt mit vollständigem Stundenplan im Grund- oder Sekundarschulwesen erforderlich. Da es sich als schwierig erweist, die Stellen in der externen Evaluation zu besetzen, was nicht zuletzt daran liegt, dass die Kandidaten mitunter nicht die geforderte Berufserfahrung in einem Lehramt aufweisen können, und eine Einstellung über Abweichung in diesem Auswahlamt nicht gestattet ist, wird daher vorgeschlagen, die erforderliche nützliche Berufserfahrung zu senken. Gleichzeitig wird präzisiert, dass die Berufserfahrung im Grundschulwesen in der Funktion des Klassenleiters bzw. im Sekundarschulwesen in einem Amt der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals zu erbringen ist.

Eine Übergangsbestimmung legt fest, dass Personalmitglieder, die am Tag vor Inkrafttreten der neuen Bestimmungen im Amt des Externen Evaluators definitiv ernannt oder zeitweilig bezeichnet sind und eine nützliche Berufserfahrung von mindestens fünf Jahren im Grundschulwesen aufweisen, in das Amt des Externen Evaluators aus dem Grundschulwesen überführt werden. Personalmitglieder, die am Tag vor Inkrafttreten der neuen Bestimmungen im Amt des Externen Evaluators definitiv ernannt oder bezeichnet sind und eine nützliche Berufserfahrung von mindestens fünf Jahren im Sekundarschulwesen aufweisen, werden in das Amt des Externen Evaluators aus dem Sekundarschulwesen überführt. Die bis dato im Amt des Externen Evaluators erwirtschafteten Dienstage werden für das neue Amt berücksichtigt. De facto wird diese Aufteilung bereits an der AHS so gehandhabt.

Schließlich wird im AHS-Statut präzisiert, dass von den drei Vollzeitstellen, die der AHS zur Externen Evaluation gewährt werden, zwei Vollzeitstellen im Amt des Externen Evaluators aus dem Grundschulwesen und eine Vollzeitstelle im Amt des Externen Evaluators aus dem Sekundarschulwesen zu organisieren sind.

Artikel 1 Nummern 3 und 4 nimmt die Ämter Splittung im Ämtererlass vom 2. Oktober 1968 vor.

Artikel 14 definiert die erforderlichen Befähigungsnachweise für das Amt des Externen Evaluators aus dem Grundschulwesen und das Amt des Externen Evaluators aus dem Sekundarschulwesen im Königlichen Erlass vom 22. April 1969.

Die **Artikel 68, 77, 78 und 79** nehmen Textanpassungen im AHS-Statut vom 27. Juni 2005 vor. So wird neben einigen legislativen Anpassungen festgelegt, dass von den drei

Vollzeitstellen, die der AHS zur Externen Evaluation gewährt werden, zwei Vollzeitstellen im Amt des Externen Evaluators aus dem Grundschulwesen und eine Vollzeitstelle im Amt des Externen Evaluators aus dem Sekundarschulwesen zu organisieren sind. Darüber hinaus gewährleistet eine Übergangsbestimmung, dass die bereits im Amt des Externen Evaluators tätigen Personalmitglieder (zeitweilig oder definitiv) entsprechend der nützlichen Berufserfahrung, die sie aufweisen, in das Amt des Externen Evaluators aus dem Grundschulwesen oder in das Amt des Externen Evaluators aus dem Sekundarschulwesen überführt werden.

4. Vorsitz in den Einspruchskammern (Artikel 3, 54, 64, 76 und 81)

Inkrafttreten: 1. September 2024

Im Unterrichtswesen gibt es auf Ebene des Gemeinschaftsunterrichtswesens, des freien subventionierten Unterrichtswesens, des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens, der Autonomen Hochschule Ostbelgien sowie Kaleido Ostbelgien je eine Einspruchskammer, die sich mit Einsprüchen von Personalmitgliedern gegen eine Entlassung aufgrund einer Unvereinbarkeit, gegen einen Beurteilungs- bzw. Bewertungsbericht, gegen eine vorzeitige Entlassung oder gegen eine Disziplinarstrafe befassen. Den Vorsitz der Einspruchskammer übernimmt ein Präsident, der von der Regierung unter der Richter- und Staatsanwaltschaft im aktiven Dienst bestellt wird. Gleichzeitig bestellt die Regierung zwei stellvertretende Präsidenten, die ebenfalls unter der Richter- und Staatsanwaltschaft im aktiven Dienst ausgewählt werden.

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass es sich als immer schwieriger erweist, die verschiedenen Gremien, die die Präsenz eines deutschsprachigen Magistraten vorsehen, entsprechend zu besetzen, schlägt die Regierung vor, dass künftig auch Magistrate im Ruhestand als Präsident bzw. stellvertretender Präsident einer Einspruchskammer bestellt werden dürfen.

Artikel 3 nimmt die entsprechenden Anpassungen im Dienstrecht des Gemeinschaftsunterrichtswesens vor.

Artikel 54 passt das Dienstrecht des freien subventionierten Unterrichtswesens an.

Artikel 64 passt das Dienstrecht des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens an.

Artikel 76 passt das Dienstrecht der Personalmitglieder der Autonomen Hochschule an.

Artikel 81 passt das Dienstrecht der Personalmitglieder des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen an.

5. Schaffung des Amtes eines Fachlehrers für Musik im Grundschulwesen (Artikel 1 Nummer 1, Artikel 7, 12, 58, 59 und 60)

Inkrafttreten: Tag der Verabschiedung des Dekrets

Die Regierung schlägt vor, im Grundschulwesen das Amt des Fachlehrers für Musik zu schaffen, der sowohl im Kindergarten als auch in der Primarschule eingesetzt werden kann.

Das zu schaffende Amt des Fachlehrers für Musik grenzt sich von den Aufgaben des Kindergärtners bzw. Primarschullehrers ab. Die in den Grundschulen beschäftigten Fachlehrer für Musik können sowohl musikalische Aktivitäten im Kindergarten leiten als auch

aufbauenden Musikunterricht in den drei Stufen der Primarschule erteilen. Dies führt zu einer qualitativen Aufwertung des Musikunterrichts und einer Entlastung der Klassenleiterinnen und -leiter. Das Konzept des aufbauenden Musikunterrichts basiert auf der Strukturierung der musikalischen Praxis um metrische, rhythmische, tonale und vokale Kompetenzen aufzubauen. Die drei Praxisfelder des aufbauenden Musikunterrichts sind das musikalische Gestalten durch vielfältiges Musizieren und musikbezogenes Handeln, der Aufbau musikalischer Fähigkeiten und die Erschließung von Kulturen. Das Singen in verschiedenen Sprachen trägt außerdem zur Entwicklung der Ausdrucksfähigkeit bei und hat positive Auswirkungen auf logopädische Aspekte.

Der Zugang zum Amt des Fachlehrers für Musik in der Grundschule ist an gewisse Voraussetzungen und Bedingungen gebunden. Als erforderliche Befähigungsnachweise für das Amt des Fachlehrers für Musik im Grundschulwesen gelten folgende Diplome:

1. Das Diplom des Kunst-Hochschulwesens oder des höheren Kunstunterrichts, ausgestellt in einer Studienrichtung des Musikunterrichts jeweils ergänzt um ein von einer Kunsthochschule oder einem Konservatorium ausgestelltes Pädagogisches Befähigungsdiplom in der Studienrichtung „Notenlehre“ oder „Musikerziehung“ oder ein Nachweis, der nach erfolgreichem Abschluss einer Ausbildung des Hochschulwesens kurzer oder langer Dauer von der Regierung auf der Grundlage eines von einer Kunstakademie in der Deutschsprachigen Gemeinschaft erstellten Gutachtens als gleichwertig anerkannt wird;

2. Das Diplom eines Kindergärtners oder eines Primarschullehrers oder eines Lehrbefähigten für die Unterstufe des Sekundarunterrichts oder eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts jeweils ergänzt um einen der folgenden Nachweise:

- a. ein Diplom des Kunst-Hochschulwesens oder des höheren Kunstunterrichts ausgestellt in einer Studienrichtung des Musikunterrichts oder ein Nachweis, der nach erfolgreichem Abschluss einer Ausbildung des Hochschulwesens kurzer oder langer Dauer von der Regierung auf der Grundlage eines von einer Kunstakademie in der Deutschsprachigen Gemeinschaft erstellten Gutachtens als gleichwertig anerkannt wird;

- b. ein Nachweis über das Bestehen einer mindestens 15 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung im Bereich Musikerziehung, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung auf der Grundlage eines von einer Kunstakademie in der Deutschsprachigen Gemeinschaft erstellten Gutachtens als gleichwertig anerkannt werden.

Die in den Titelbedingungen angeführte Zusatzausbildung in Musikerziehung wird von der Autonomen Hochschule in enger Kooperation mit der Musikakademie organisiert werden.

Es wird kein zusätzliches Stellenkapital für das Amt des Fachlehrers für Musik an der Grundschule gewährt, allerdings haben Schulträger die Möglichkeit, bis zu 50 % des Stellenkapitals im Amt des Kindergartenassistenten in einem anderen Amt zu organisieren. Sie können dabei wählen, ob sie das Stellenkapital im Amt des Kindergartenassistenten, des Kindergärtners, des Fachlehrers für fremdsprachliche Aktivitäten im Kindergarten, des Aufseher-Erziehers oder im Amt des Fachlehrers für Musik organisieren.

Artikel 1 Nummer 1 schafft im Königlichen Erlass vom 2. Oktober 1968 das Amt des Fachlehrers für Musik auf Ebene des Grundschulwesens.

Artikel 7 sieht im GUW-Statut vor, dass der Bewerbungsauftrag für das Schuljahr 2024-2025 außerhalb der regulären Frist erfolgen darf.

Artikel 12 legt im Königlichen Erlass vom 22. April 1969 die erforderlichen Titel für das Amt des Fachlehrers für Musik fest.

Die **Artikel 58, 59 und 60** regeln im Regelgrundschuldekret vom 26. April 1999 die Wochenarbeitszeit des Fachlehrers für Musik. Wird der Fachlehrer im Kindergarten eingesetzt, so erteilt er bei einem vollen Stundenplan wöchentlich 28 Unterrichtsstunden. Wird der Fachlehrer in der Primarschule eingesetzt, so erteilt er bei einem vollen Stundenplan wöchentlich 24 - 26 Unterrichtsstunden. Zudem wird im Regelgrundschuldekret vorgesehen, dass ein Schulträger bis zu 50 % des Stellenkapitals im Amt des Kindergartenassistenten nutzen kann, um es u.a. auch im Amt des Fachlehrers für Musik zu organisieren.

6. Schaffung des Amtes eines Lehrers für allgemeinbildende Kurse im differenzierten Unterricht (Artikel 1 Nummer 2, Artikel 8, 9, 10, 13, 56, 57, 66 und 80)

Inkrafttreten: Tag der Verabschiedung des Dekrets

Die Regierung schlägt vor, in der Unterstufe des Sekundarunterrichts das Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse im differenzierten Unterricht zu schaffen, um den in der differenzierten Stufe des Sekundarunterrichts beschäftigten Personalmitgliedern eine bessere dienstrechtliche Perspektive zu bieten.

Die differenzierte Stufe, die das erste Anpassungsjahr und das zweite berufsbildende Jahr in der Sekundarschule umfasst, richtet sich vornehmlich an Sekundarschüler, die nicht im Besitz des Grundschulabschlusszeugnisses sind. In der differenzierten Stufe werden häufig Primarschullehrer oder Lehrbefähigte für die Unterstufe des Sekundarunterrichts beschäftigt, da diese Personalmitglieder von der Ausbildung her die besten Voraussetzungen mitbringen, um hier allgemeinbildende Kurse zu erteilen. Da es jedoch kein spezifisches Amt gibt, müssen diese Personen in unterschiedlichen Ämtern (z.B. Lehrer für allgemeinbildende Kurse (germanische Sprachen), Lehrer für allgemeinbildende Kurse (romanische Sprachen), Lehrer für allgemeinbildende Kurse (Mathematik), ...) beschäftigt werden. Diese Ämtersplittung ist dienstrechtlich wenig vorteilhaft, da sowohl das Erwirtschaften von Diensttagen als auch der Weg hin zu einer definitiven Ernennung erschwert wird. Nicht selten führen diese Nachteile auch dazu, dass es sich schwierig gestaltet, qualifiziertes Personal zu finden, das langfristig bereit ist, im differenzierten Unterricht zu arbeiten.

Als erforderliche Titel für das Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse im differenzierten Unterricht werden das Diplom des Lehrbefähigten für die Unterstufe des Sekundarunterrichts (alle Studienrichtungen) sowie das Diplom des Primarschullehrers definiert.

Personalmitglieder, die nicht über den für dieses Amt erforderlichen Befähigungsnachweis verfügen, können sich dienstrechtlich regularisieren, indem sie 3 Abweichungen in diesem Amt durchlaufen und eine Lehrbefähigung (CAP+) erwerben. Zudem müssen sie in dem Beurteilungsbericht, der sich auf die dritte Abweichung bezieht, mindestens den Vermerk „ausreichend“ erhalten.

Eine Übergangsbestimmung sieht vor, dass in diesem neuen Amt eventuelle Abweichungen berücksichtigt werden, die ein Personalmitglied vor dem 1. September 2024 im Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse in der Unterstufe des Sekundarunterrichts durchlaufen hat.

Eine weitere Übergangsbestimmung legt fest, dass zur Berechnung des administrativen Amtsalters im Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse im differenzierten Unterricht ebenfalls Dienstage berücksichtigt, die das Personalmitglied vor dem 1. September 2024 im differenzierten Unterricht im Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse in der Unterstufe des Sekundarunterrichts erwirtschaftet hat. Als Nachweis, dass es im differenzierten

Unterricht als Lehrer für allgemeinbildende Kurse tätig war, dient eine vom Schulleiter ausgestellte Bescheinigung.

Artikel 1 Nummer 2 schafft im Königlichen Erlass vom 2. Oktober 1968 auf Ebene der Unterstufe des Sekundarunterrichts das Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse im differenzierten Unterricht.

Artikel 8 sieht im GUW-Statut vor, dass der Bewerbungsaufwurf für das Schuljahr 2024-2025 außerhalb der regulären Frist erfolgen darf.

Artikel 13 legt im Königlichen Erlass vom 22. April 1969 die erforderlichen Titel für das Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse im differenzierten Unterricht fest.

Artikel 80 legt im Dekret vom 25. Oktober 2010 fest, dass das CAP+ als erforderliche Lehrbefähigung gilt für Quereinsteiger, die nicht über den erforderlichen Befähigungsnachweis für das Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse im differenzierten Unterricht verfügen.

Artikel 9, 10, 56, 57, 65 und 66 verankern im Dienstrecht des GUW, des FSU und des OSU zwei Übergangsbestimmungen betreffend die Ermittlung der im Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse im differenzierten Unterricht durchlaufenen Abweichungen und des in diesem Amt erwirtschafteten Amtsalters.

7. Anpassung der Besoldung bei Rückruf wegen Lehrermangels (Artikel 61 und 62)

Inkrafttreten: 1. September 2024

Im Falle von Lehrermangel kann ein Schulträger oder der Schulleiter bzw. Direktor vorübergehend auf ein Personalmitglied zurückgreifen, das:

- sich in einem Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen aus sozialen oder familienbedingten Gründen, in einem Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen aus persönlichen Gründen oder in einem Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen für Personalmitglieder, die das Alter von 50 Jahren erreicht haben oder für Personalmitglieder, die zwei Kinder haben, die nicht älter als 14 Jahre sind, befindet;
- aus persönlichen Gründen zur Disposition steht;
- aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand ganz oder teilweise zur Disposition steht;
- sich im Ruhestand befindet.

In allen Fällen ist das Einverständnis des Personalmitglieds Voraussetzung.

Während des Rückrufs wegen Lehrermangel erhalten Personalmitglieder, die sich in einem Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen befinden oder aus persönlichen Gründen zur Disposition stehen, ein Gehalt bzw. eine Gehaltssubvention für die geleisteten Stunden. Allerdings liegt eine Ungleichbehandlung zwischen zeitweiligen und definitiven Personalmitgliedern vor. Bei zeitweiligen Personalmitgliedern findet dieser Rückruf wegen Lehrermangels im zeitversetzten Gehalt, das in den Monaten Juli und August ausbezahlt wird, Berücksichtigung. Bei definitiven Personalmitgliedern hingegen fließt dieser Rückruf nicht ein in das Gehalt, das dem Personalmitglied in den Monaten Juli und August zusteht. Im Juli und August fallen definitiv ernannte Personalmitglieder wieder in die ursprüngliche Urlaubsform zurück und beziehen ein Gehalt, das ihnen auf Grund der in Anspruch genommenen Urlaubsform zusteht.

Da vor dem Hintergrund des in nahezu allen Fächern herrschenden Lehrermangels sehr häufig beurlaubte Personalmitglieder in den Dienst zurückgerufen werden, schlägt die Regierung im Hinblick auf eine Abschaffung dieser Ungerechtigkeit vor, Personalmitglieder, die sich in einem Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen befinden oder aus persönlichen Gründen zur Disposition stehen und vorübergehend ganz oder teilweise in den Dienst zurückgerufen werden, künftig ähnlich zu besolden wie Personalmitglieder, die sich ganz oder teilweise im Vorruhestand befinden oder die pensioniert wurden und vorübergehend in den Dienst zurückgerufen werden, nämlich in Form einer Zulage. Konkret bedeutet dies, dass die zurückgerufenen Personalmitglieder fortan kein Gehalt, sondern eine Zulage für die Stunden, die sie im Rahmen des Rückrufs leisten, beziehen. Diese Zulage wird in 10teln berechnet und jeweils am Monatsende ausbezahlt. Auf diese Weise ist gewährleistet, dass auch die Monate Juli und August anteilmäßig in der Entlohnung Berücksichtigung finden und nicht mehr länger ein Unterschied zwischen der Entlohnung von zeitweiligen und definitiven Personalmitgliedern besteht.

Artikel **61** und **62** nehmen die Anpassungen im Dekret vom 25. Juni 2001 vor.

8. Urlaub wegen Krankheit (Artikel 46)

Inkrafttreten: 1. September 2024

Die im Falle einer Abwesenheit wegen Krankheit gültige Gesetzgebung sieht vor, dass ein definitiv ernanntes beziehungsweise eingestelltes Personalmitglied, das mehr als 15 Tage krank ist, seinen Dienst weniger als 30 Tage vor den Sommerferien bzw. zehn Tage vor den anderen Schulferien wieder aufnimmt und seinen Dienst weniger als 15 Tage nach den Schulferien erneut für mindestens zehn Tage unterbricht, sich während der betreffenden Ferienperiode und der sie einschließenden Wochenenden im Urlaub oder zur Disposition wegen Krankheit oder Gebrechen befindet, insofern der Kontrollarzt bescheinigt, dass die Arbeitsunfähigkeit nach den Schulferien aufgrund einer Diagnose erfolgt, die in medizinischem Zusammenhang zur Diagnose steht, die der Arbeitsunfähigkeit vor den Schulferien zugrunde lag. Das Personalmitglied hat allerdings Anrecht auf einen garantierten Jahresurlaub, dessen Umfang dem des Jahresurlaubs entspricht, der den Beamten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährt wird. Diese garantierten Urlaubstage werden nicht als Krankheitstage betrachtet. Sie werden dem Personalmitglied nach Abzug eventueller Weihnachts- und/oder Osterferien ab dem 15. Juli gewährt. Allerdings ist es nicht logisch, dass diese Regelung nur auf definitiv ernannte Personalmitglieder Anwendung findet. Um eine Ungleichbehandlung zwischen definitiv ernannten und auf unbestimmte Dauer bzw. auf unbestimmte Dauer ab Dienstbeginn zeitweilig bezeichneten Personalmitgliedern zu vermeiden, wird daher vorgeschlagen, die entsprechende Textstelle dahingehend anzupassen, dass die hierüber erwähnte Regelung künftig auch auf Personalmitglieder, die auf unbestimmte Dauer bzw. auf unbestimmte Dauer ab Dienstbeginn zeitweilig bezeichnet oder eingestellt sind, Anwendung findet.

Artikel 63 nimmt die entsprechenden Anpassungen im Dekret vom 30. Juni 2003 über dringende Maßnahmen im Unterrichtswesen 2003 vor.

9. Laufbahnende für Middle Manager (Artikel 2 und 55)

Inkrafttreten: 1. September 2024

Da das Amt des Middle Managers seit September 2023 ebenfalls in Form von Dreiviertelstellen bekleidet werden kann, schlägt die Regierung vor, das Dienstrecht dahingehend

anzupassen, dass ein Middle Manager, der spätestens am 31. Dezember des laufenden Schuljahres das Alter von mindestens 58 Jahre erreicht, die halbzzeitige Disposition aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand in Anspruch nehmen kann, insofern er im Amt des Middle Managers definitiv ernannt ist und in maximal 28 Monaten pensioniert werden kann.

Artikel 2 nimmt die entsprechenden Anpassungen im Dienstrecht des Gemeinschaftsunterrichtswesens vor.

Artikel 55 passt das Dienstrecht des freien subventionierten Unterrichtswesens an.

10. AHS – Jahresurlaub verschiedener Ämter (Artikel 75)

Inkrafttreten: 1. September 2024

Im AHS-Statut wird eine Textpräzisierung betreffend den Jahresurlaub des Mediothekars, des Mediothekarassistenten, des Forschungsbeauftragten, der Mitglieder des Verwaltungspersonals und des externen Evaluators vorgeschlagen. Um einer Ungleichbehandlung entgegenzuwirken, schlägt die Regierung vor zu präzisieren, dass diese Personalmitglieder zusätzlich zum eigentlichen Jahresurlaub Anspruch auf Urlaub an allen gesetzlich festgelegten Feiertagen und am 15. November haben. Fällt ein gesetzlich festgelegter Feiertag oder der 15. November auf einen Samstag oder einen Sonntag, haben die Personalmitglieder Anrecht auf einen Ausgleichstag. Der Schulträger kann den Ausgleichstag auf einen bestimmten Tag festlegen.

Artikel 75 nimmt die entsprechenden Anpassungen im Dekret vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer Autonomen Hochschule vor.

11. AHS - Festlegung der deutschen Sprachkenntnisse für das Unterrichten von modernen Sprachen mit Ausnahme von Deutsch und Französisch im Hochschulwesen (Artikel 67)

Inkrafttreten: 1. Januar 2025

Artikel 5 §3 desselben Dekrets vom 19. April 2004 sieht vor, dass im Hochschulwesen weitere Fremdsprachen als Französisch unterrichtet werden können, die vom Schulträger im Rahmen des Studienprogramms festgelegt werden. Lehrpersonen, die Deutsch oder Französisch unterrichten, müssen die jeweilige Sprache gründlich beherrschen. Das Dekret hält keine Bestimmungen bzgl. der Sprachanforderungen an die Personalmitglieder fest, die andere Sprachen als Deutsch und Französisch im Hochschulwesen unterrichten.

Bislang wird im Hochschulwesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft kein Unterricht in anderen modernen Sprachen als Deutsch und Französisch erteilt. Da die Einführung von Englischunterricht aufgrund der Schaffung des neuen Studiengangs in sozialer Arbeit bevorsteht, sollen vor dessen Start die Sprachanforderungen an die Lehrpersonen, die Unterrichte in modernen Sprachen mit Ausnahme von Deutsch und Französisch erteilen, präzisiert werden.

In Analogie zu der Bestimmung in Artikel 15 desselben Dekrets vom 19. April 2004, der die Sprachanforderungen für moderne Sprachen mit Ausnahme von Deutsch und Französisch im Sekundarschulwesen festhält, schlägt die Regierung vor, einen Artikel 19.1 in dasselbe Dekret vom 19. April 2004 einzufügen, der festhält, dass mit Ausnahme von Deutsch-

und Französischunterricht der Unterricht der modernen Sprachen von Lehrern erteilt wird, die die deutsche Sprache ausreichend beherrschen. Durch die Bestimmung wird in Analogie zum Sekundarschulwesen sichergestellt, dass die Personalmitglieder, die moderne Sprachen im Hochschulwesen erteilen, bei Bedarf Erläuterungen in deutscher Sprache erteilen können.

Die Beherrschung der modernen Sprache, die die Lehrperson erteilt, wird durch den Besitz des fremdsprachendidaktischen Diploms, das für den Zugang zu dem jeweiligen Amt erforderlich ist, nachgewiesen, sodass diesbezüglich keine Bestimmung im Dekret vom 19. April 2004 erforderlich ist.

Artikel 67 fügt einen Artikel 19.1 in das Dekret vom 19. April 2004 über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen ein, der festhält, dass mit Ausnahme von Deutsch- und Französischunterricht der Unterricht der modernen Sprachen von Lehrern erteilt wird, die die deutsche Sprache ausreichend beherrschen.

12. AHS - Ergänzung der Zulassungsbedingungen zu den Erstausbildungen in den Studienbereichen Lehramt und Krankenpflege (Artikel 69 und 70)

Inkrafttreten: 1. September 2024

Per Dekret vom 26. Juni 2023 über Maßnahmen im Unterrichtswesen, in der Ausbildung, in der Erwachsenenbildung und zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung 2023 wurde für den neuen Bachelorstudiengang in sozialer Arbeit festgelegt, dass bei der Einschreibung unter anderem ein eintragsloser Auszug aus dem Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches vorgelegt werden muss. Dieser Auszug aus dem Strafregister bezieht sich auf den Zugang zu einer Tätigkeit im Bereich der Erziehung, der psycho-medizinischen und sozialen Beratung, der Jugendhilfe, des Kinderschutzes, der Animation oder der Betreuung von Minderjährigen.

Für die Zulassung zum Brevet in Krankenpflege sieht das Dekret vom 27. Juni 2005 bereits das Einreichen eines Führungszeugnisses vor. Diese Formulierung ist unpräzise, da es drei verschiedene Auszüge aus dem Strafregister gibt, der Artikel aber nicht präzisiert, welcher Auszug vorgelegt werden muss. Daher wird vorgeschlagen, die entsprechende Textstelle anzupassen und auch hier auf den o.e. Artikel aus dem Strafgesetzbuch zu verweisen.

Im Hinblick auf eine Harmonisierung der Zulassungsbedingungen für Brevetausbildung und Bachelorstudium im Studienbereich Krankenpflege schlägt die Regierung vor, die Zulassungsbedingungen für die Studierenden um einen entsprechenden eintragslosen Auszug aus dem Strafregister zu ergänzen.

Darüber hinaus schlägt die Regierung vor, die Zulassungsbedingungen für die Erstausbildung im Studienbereichen Lehramt ebenfalls um einen entsprechenden eintragslosen Auszug aus dem Strafregister zu ergänzen, da auch diese Studierenden in ihren Praktika mit Minderjährigen arbeiten. Für die Arbeit im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft muss ein entsprechender Auszug aus dem Strafregister vorgelegt werden, so dass es sinnvoll erscheint, diesen Auszug bereits bei Aufnahme des Studiums zu verlangen.

Artikel 69 ergänzt die Zulassungsbedingungen zum Studienbereich Lehramt in Artikel 3.1 des Dekrets vom 27. Juni 2005 um einen in Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches angeführten Auszug aus dem Strafregister, der nicht älter als drei Monate ist und der keinen Eintrag vorweist.

Artikel 70 nimmt die gleiche Ergänzung in Artikel 3.2 desselben Dekrets für den Studienbereich Krankenpflege vor und präzisiert die bestehende Textpassage für das Brevet in Krankenpflege.

13. AHS - Anpassungen in Bezug auf die freien Schüler und Studenten (Artikel 71)

Inkrafttreten: 1. September 2024

Die Autonome Hochschule Ostbelgien kann nicht regulär eingeschriebene Schüler oder Studenten als freie Schüler und Studenten einschreiben, um ihnen zu ermöglichen, an Kursen teilzunehmen. Artikel 3.13 Absatz 1 des Dekrets vom 27. Juni 2005 sieht vor, dass diesen freien Schülern und Studenten eine Teilnahmebescheinigung für jede abgelegte Prüfung ausgestellt wird.

Auf Anfrage der Autonomen Hochschule Ostbelgien soll diese Bestimmung dahingehend angepasst werden, dass den freien Schülern oder Studenten eine Anwesenheitsbescheinigung ausgestellt wird. In den durch das Aufnahmeverfahren zulassungsbeschränkten Studiengängen im Fachbereich Bildungswissenschaften ist das Ablegen von Prüfungen und die damit einhergehende Aushändigung von Teilnahmebescheinigungen nicht möglich. Erst das erfolgreiche Absolvieren des Aufnahmeverfahrens führt zur Möglichkeit, Prüfungen ablegen zu können und Studienleistungen zu erbringen. Um innerhalb der Fachbereiche kohärent zu bleiben, schlägt die Regierung vor, den Artikel dahingehend anzupassen, dass freie Schüler und Studenten nicht an Prüfungen teilnehmen können. Es wird die Möglichkeit vorgesehen, Anwesenheitsbescheinigungen auszustellen.

Artikel 71 passt Artikel 3.13 im Dekret vom 27. Juni 2005 dahingehend an, dass freien Schülern und Studenten eine Anwesenheitsbescheinigung ausgestellt werden kann. Die Möglichkeit der Teilnahme an Prüfungen und der Aushändigung einer Teilnahmebescheinigung wird aufgehoben.

14. AHS - Anpassung des Studienumfangs des Vorbereitungsjahres (Artikel 72)

Inkrafttreten: 1. September 2024

Das Vorbereitungsjahr bereitet auf die Prüfung zur Erlangung des Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichtes vor dem Prüfungsausschuss der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Sekundarunterricht vor. Artikel 3.24 des Dekrets vom 27. Juni 2005 sieht vor, dass das Vorbereitungsjahr einen Studienumfang von mindestens 1.280 Unterrichtsstunden von 50 Minuten beinhaltet. Das bedeutet, dass mindestens 64.000 Minuten Unterricht erteilt werden.

Die Unterrichte in der Vorbereitungsabteilung werden jedoch wie die Unterrichte in den Bachelorstudiengängen und dem ergänzenden berufsbildenden Sekundarunterricht in Unterrichtsstunden zu 60 Minuten erteilt, um die Unterrichts- und Pausenzeiten innerhalb der Hochschule identisch zu gestalten. Daher schlägt die Regierung vor, den Unterrichtsumfang in Artikel 3.24 des Dekrets vom 27. Juni 2005 auf mindestens 1.066 Unterrichtsstunden von 60 Minuten anzupassen. Das bedeutet, dass mindestens 63.960 Minuten Unterricht erteilt werden. Durch die Anpassung wird der Mindeststundenumfang also lediglich um 40 Minuten reduziert.

Artikel 72 passt den Studienumfang des Vorbereitungsjahres in Artikel 3.24 des Dekrets vom 27. Juni 2005 auf mindestens 1.066 Stunden von 60 Minuten an.

15. AHS - Anpassung der Versetzungsbedingungen an der Autonomen Hochschule Ostbelgien (Artikel 73 und 74)

Inkrafttreten: 1. September 2024

Gemäß Artikel 3.33 §2 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule muss der Studierende zwecks Versetzung ins nächste Studienjahr mindestens 50% der in jeder Prüfung zu vergebenden Punkte und mindestens 60% der Gesamtzahl der zu vergebenden Punkte aufweisen.

Die 60%-Bestehensbedingung ist nicht mehr zeitgemäß, da in zahlreichen Ausbildungsaktivitäten entsprechend des ECTS-Leitfadens ECTS-Punkte ohne Benotung vergeben werden. In dem Fall werden die Studienleistungen als „bestanden“ oder „absolviert“ zertifiziert. Diese Ausbildungsaktivitäten können für die Berechnung des Notendurchschnitts nicht berücksichtigt werden, sodass die Durchschnittsnote nicht alle Ausbildungsaktivitäten widerspiegelt. Auf Wunsch der Autonomen Hochschule Ostbelgien soll die Regelung dahingehend angepasst werden, dass die Studierenden, die alle Ausbildungsaktivitäten des entsprechenden Studienjahres bestanden haben, in das nächste Studienjahr zugelassen wird.

Artikel 73 nimmt die Änderung der Bestehensregelung in Artikel 3.33 §2 des Dekrets vom 27. Juni 2005 vor.

Artikel 74 streicht die Anforderung, dass im Durchschnitt 60% erzielt werden müssen, in den Bestimmungen zur Übertragung von Prüfungsergebnissen und zur bedingten Versetzung in Artikel 3.34 desselben Dekrets.

16. Verwendung von Lehrerstundenkapital für das Amt des Erzieher-Aufsehers im differenzierten Regelsekundarunterricht (Artikel 21)

Inkrafttreten: 1. September 2024

Regelsekundarschulen, die eine erste differenzierte Stufe anbieten, melden einen erhöhten Bedarf an Stellen im Amt des Erzieher-Aufsehers zurück. Um der Schulleitung mehr Flexibilität in der Verwendung des zugeteilten Stundenkapitals zu ermöglichen, wird vorgeschlagen, dass maximal eine Stelle des Lehrerstundenkapitals im Amt des Erzieher-Aufsehers verwendet werden kann, wenn eine Regelsekundarschule eine erste differenzierte Stufe anbietet.

Artikel 21 fügt einen Artikel 4.2 in das Dekret vom 5. Juni 1990 ein, der es dem Leiter einer Regelsekundarschule, die eine erste differenzierte Stufe anbietet, ermöglicht, maximal eine Stelle des Lehrerstundenkapitals im Amt des Erzieher-Aufsehers zu verwenden, insofern diese Verwendung keine Zurdispositionstellung wegen Stellenmangels zur Folge hat.

17. Textbereinigung bzgl. der Zulassungsbedingungen im Förderschulwesen (Artikel 18 und 37)

Inkrafttreten: 1. September 2024

Artikel 4 des Gesetzes vom 6. Juli 1970 über das Sonderschulwesen und das integrierte Schulwesen legt fest, dass das Förderschulwesen für Schüler zwischen drei und 21 Jahren

zugänglich ist. Im Dekret vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen sind in Artikel 21.1 und 22.1 ebenfalls die Zulassungsbedingungen zum Fördergrundschulwesen enthalten, jedoch wurden sie dort durch das Dekret vom 22. Juni 2020 auf zweieinhalb und 21 Jahre angepasst. Um diesen Widerspruch aufzulösen und eine Dopplung der Zulassungsbedingungen zu vermeiden, wird Artikel 4 des oben genannten Gesetzes vom 6. Juli 1970 aufgehoben.

Die in Artikel 4 desselben Gesetzes vom 6. Juli 1970 enthaltene Bedingung, dass eine vom Förderausschuss erteilte Genehmigung zum Besuch einer Förderschule über das 21. Lebensjahr hinaus nur einmalig und für ein Schuljahr gewährt werden kann, wird in Artikel 21.1 Absatz 2 desselben Dekrets vom 31. August 1998 übertragen.

Artikel 18 hebt Artikel 4 des Gesetzes vom 6. Juli 1970 auf, dessen Inhalt bereits durch die Artikel 21.1 und Artikel 22.1 §1 des Dekrets vom 31. August 1998 abgedeckt wird.

Artikel 37 überträgt die Bestimmung, dass eine Verlängerung des Förderschulbesuchs über das 21. Lebensjahr hinaus nur einmal gewährt werden kann, vom oben genannten Gesetz vom 6. Juli 1970 in das Dekret vom 31. August 1998.

18. Anpassungen im Rahmen des LAP-Projektes „Reform der Förderinstrumente“ (Artikel 19 und 20)

Inkrafttreten: Artikel 19 am 1. Juli 2024; Artikel 20 mit Wirkung vom 1. Januar 2024.

Interne Ausbildungen, die durch interne Ausbilder erteilt werden, werden in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bereits aufgrund des Erlasses der Regierung vom 13. Februar 2008 über die Ausbildungsbeihilfen für Arbeitnehmer in Unternehmen gefördert.

Interne Ausbildungen, die am Arbeitsplatz stattfinden und durch Betriebsangehörige erteilt werden, können grundsätzlich nicht durch eine Ausbildungseinrichtung bescheinigt werden. Es hat sich bei gewissen nationalen paritätischen Kommissionen etabliert, dass sie beziehungsweise ihr „Fonds de sécurité d'existence“, die erforderlichen Bescheinigungen ausstellen, obschon sie nicht die Ausbildungseinrichtung sind. Die Praxis hat gezeigt, dass diese Paritätischen Kommissionen keine verlässliche Auskunft über den Verlauf der Ausbildung erteilen können und in diesem Fall selbst Probleme haben bei der Belegführung für die Gewährung ihrer eigenen sektoriellen finanziellen Ausbildungsunterstützung.

Doppelbezuschussung und Kumulierungen von unterschiedlichen Förderinstrumenten für berufliche Ausbildungen der Deutschsprachigen sind ausgeschlossen.

Artikel 19 schließt künftig ausdrücklich interne Ausbildungen, die durch interne Ausbilder bzw. Betriebsangehörige erteilt werden, von der Rückerstattung der mit dem bezahlten Bildungsurlaub zusammenhängenden Entlohnungen aus.

Artikel 20 regelt die Vermeidung von Doppelbezuschussung und die Kumulierung von unterschiedlichen Förderinstrumenten für berufliche Ausbildungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

19. Anpassungen im Rahmen der Reform des Prüfungsausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Sekundarunterricht (Artikel 22-36)

Inkrafttreten: mit Wirkung vom 1. September 2023, da die erste Prüfungssitzung nach neuem Regelwerk bereits im Januar 2024 stattfinden wird. Die Einschreibungen beginnen im September 2023.

Im Rahmen der Reform des schulexternen Prüfungsausschusses für den Sekundarunterricht, die Teil des Laufenden Arbeitsprogramms der Regierung 2019-2024 ist, wurden 2022 bereits Änderungen im Dekret vom 18. April 1994 bezüglich der Einsetzung des Prüfungsausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Sekundarunterricht sowie der Durchführung der Prüfungen vor diesem Ausschuss vorgenommen. Des Weiteren wird im Rahmen des Reformprojekts der Ausführungserlass vom 20. Juli 1994 aufgehoben und durch einen neuen ersetzt.

Artikel 17.1 des Dekrets vom 18. April 1994 besagt seit der Anpassung im Jahr 2022, dass die Regierung die Studienrichtungen festlegt, in denen die Prüfungen zum Erwerb des Abschlusszeugnisses der Unter- und Oberstufe im allgemeinbildenden Unterricht, im technischen Befähigungsunterricht und im berufsbildenden Unterricht abgelegt werden können. Im Anhang 1 und 2 zum neuen Ausführungserlass werden die Fächer, in denen die Prüfungen in den Studienrichtungen abgelegt werden, aufgezählt. Der Ausführungserlass vom 20. Juli 1994 sah eine Aufteilung der Fächer in drei Prüfungsteile vor. Diese Aufteilung wurde im neuen Ausführungserlass nicht übernommen, da die aktuellen Studienrichtungen im Regelsekundarschulwesen nicht in dieser Weise organisiert sind. Die Prüfungen sind in Analogie zum Regelsekundarschulwesen in Fächer der „gemeinsamen Ausbildung“ und in „studienrichtungsspezifische Fächer“ aufgegliedert. Da die Aufteilung in Prüfungsteile wegfällt, werden im Dekret vom 18. April 1994 alle Passagen, in denen die Sprache von Prüfungsteilen ist, abgeändert bzw. gestrichen.

Die vorliegende Maßnahme sieht ferner vor, dass dem Vorsitzenden des Ausschusses ermöglicht wird, fortan für alle Studienrichtungen die Prüfer auch unter den Mitgliedern der mittelständischen Aus- und Weiterbildung auszuwählen. Bisher konnten die Mitglieder der mittelständischen Aus- und Weiterbildung nur für die Studienrichtungen im berufsbildenden Unterricht der Oberstufe des Sekundarunterrichts als Prüfer bezeichnet werden. In den vergangenen Jahren hat sich in der Praxis gezeigt, dass Lehrer der Zentren für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand u.a. auch im technischen Befähigungsunterricht als Prüfer eingesetzt werden könnten. Daher soll durch die Maßnahme die Möglichkeit geschaffen werden, diese Lehrer in allen Unterrichtsformen einsetzen zu können.

Des Weiteren sieht die vorliegende Maßnahme vor, dass die Ergebnisse der Beratungen des Ausschusses fortan den Kandidaten im Anschluss an die Beratung schriftlich mitgeteilt werden. Bisher wurden die Ergebnisse im Anschluss an die Beratung in öffentlicher Sitzung bekanntgegeben und erst danach schriftlich mitgeteilt. Um die Privatsphäre der Kandidaten zu wahren und um zu vermeiden, dass die mündliche und die schriftliche Mitteilung der Ergebnisse nicht zeitgleich erfolgt, was zu Unklarheiten der Kandidaten in Bezug auf die in Artikel 39 des Dekrets vom 31. August 1998 festgelegten Einspruchsfristen führen kann, wird vorgeschlagen, die Ergebnisse ausschließlich schriftlich zu kommunizieren.

Darüber hinaus wird ein Kapitel zum Datenschutz im Rahmen des schulexternen Prüfungsausschusses für den Sekundarunterricht eingefügt. Es enthält Bestimmungen zur Vertraulichkeit, zur Verarbeitung personenbezogener Daten und Gesundheitsdaten, zu Datenkategorien, zur Dauer der Verarbeitung und zu Sicherheitsmaßnahmen.

Bislang ist der Zugang zu den Prüfungen der Studienrichtung der berufsbildenden Oberstufe des Sekundarunterrichts „Spezialisierungsjahr allgemeinbildende Kurse“ Schülern, die das sechste Jahr des berufsbildenden Sekundarunterrichts erfolgreich abgeschlossen haben, und Schülern, die im Besitz des Abschlusszeugnisses der Unterstufe und des

Gesellenzeugnisses sind, vorbehalten. Im Rahmen der Reform des Prüfungsausschusses und im Hinblick auf eine verbesserte Durchlässigkeit werden die Zugangsbedingungen dahingehend angepasst, dass Lehrlinge, die im Besitz des Abschlusszeugnisses der Unterstufe sind, bereits ab dem zweiten Lehrjahr an den Prüfungen des Prüfungsausschusses teilnehmen können. Das Abschlusszeugnis kann ihnen nach Erhalt des Gesellenzeugnisses verliehen werden.

Artikel 22 ermöglicht es dem Vorsitzenden, künftig für alle Studienrichtungen die Prüfer auch unter den Mitgliedern der mittelständischen Aus- und Weiterbildung auszuwählen. Bislang ist dies nur für berufsbildende Studienrichtungen möglich. Die Abweichungsbestimmung in Absatz 2, besagt, dass die Regierung zur Vergabe des Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts, berufsbildender Unterricht, Prüfer unter den Mitgliedern der mittelständischen Aus- und Weiterbildung bezeichnen kann, wird folglich aufgehoben.

Artikel 23 ermöglicht es der Regierung, festzulegen, welche Tätigkeiten der Prüfer einem Sitzungstag entsprechen. Dies ist ausschlaggebend für die Entschädigung der Prüfer.

Artikel 24 öffnet den Zugang zu den Prüfungen der Studienrichtung der berufsbildenden Oberstufe des Sekundarunterrichts „Spezialisierungsjahr allgemeinbildende Kurse“ für Lehrlinge, die das Abschlusszeugnis der Unterstufe des Sekundarunterrichts vorweisen können und mindestens im zweiten Jahr der Allgemeinkunde und der Fachkunde sind. Das Abschlusszeugnis der Oberstufe kann diesen Kandidaten erst nach Erhalt des Gesellenzeugnisses verliehen werden.

Artikel 25 hebt die Bestimmung auf, die besagt, dass der Prüfungsteil „praktische Fächer“ unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet, da die Fächer in den einzelnen Studienrichtungen nicht mehr in Prüfungsteile unterteilt werden.

Artikel 26 streicht den Hinweis auf die Prüfungsteile, da die Fächer in den einzelnen Studienrichtungen nicht mehr in Prüfungsteile unterteilt werden. Zudem hebt der Artikel die Bestimmung auf, dass die Ergebnisse der Beratungen sofort in öffentlicher Sitzung bekanntgegeben werden, und ersetzt diese durch die Bestimmung, dass die Prüfungsergebnisse im Anschluss an die Beratung des Ausschusses den Kandidaten schriftlich mitgeteilt werden.

Artikel 27 hebt die Bestimmung auf, dass wenn der Kandidat die Prüfungsteile auf mehrere Sitzungen verteilt, er nach jeder Sitzung eine Bescheinigung über die Prüfungsbefreiung erhält. Die Bestimmung wird aufgehoben, da die Fächer in den einzelnen Studienrichtungen nicht mehr in Prüfungsteile unterteilt werden.

Artikel 28 ändert den bisherigen Artikel dahingehend ab, dass der Antrag auf Einsicht in die Prüfungsunterlagen innerhalb von zwei Wochen nach der schriftlichen Mitteilung statt nach der öffentlichen Bekanntgabe der Ergebnisse an den Schriftführer zu richten ist, da fortan die Ergebnisse dem Kandidaten im Anschluss an die Beratung schriftlich mitgeteilt werden.

Artikel 29 fügt ein neues Kapitel VI.I zum Datenschutz in das Dekret ein.

Artikel 30 fügt einen neuen Artikel 38.1. in das Dekret ein, der die Vertraulichkeit der Angaben, die den am Prüfungsausschuss beteiligten Personen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, festhält.

Artikel 31 fügt einen neuen Artikel 38.2. in das Dekret ein, der der Regierung die Verarbeitung personenbezogener Daten, die sie in Ausführung der durch vorliegenden Dekretentwurf festgelegten Aufträge erhält, ermöglicht. Mit diesem neuen Artikel wird präzisiert, dass die Regierung im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten der Verantwortliche für die Verarbeitung ist.

Artikel 32 fügt einen neuen Artikel 38.3. in das Dekret ein, der festlegt, unter wessen Verantwortung die Verarbeitung von Daten zur Gesundheit in Bezug auf den Nachteilsausgleich und den Notenschutz stattfindet.

Artikel 33 fügt einen neuen Artikel 38.4. in das Dekret ein, der die Datenkategorien festlegt, die künftig im Rahmen des schulexternen Prüfungsausschusses für den Sekundarunterricht verarbeitet werden. Dabei geht es darum, eine transparente und vorhersehbare Grundlage für diese Datenkategorien zu erstellen. Ebenfalls führt der Artikel die Zwecke an, zu denen die Daten genutzt werden. Unter „Daten zur Gesundheit und Entwicklung des Kandidaten in Verbindung mit Abhilfemaßnahmen im Bildungsbereich“ versteht man die Daten, die aus dem in Artikel 93.34 §1 Absätze 2 und 3 bzw. dem in Artikel 93.39 §1 Absätze 2 und 3 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen angeführten Gutachten, das die Notwendigkeit des Nachteilsausgleichs bzw. des Notenschutzes begründet, hervorgehen.

Artikel 34 fügt einen neuen Artikel 38.5 in das Dekret ein, der bestimmt, dass die Regierung zur Erstellung von Analysen und Statistiken auf anonymisierte bzw. gegebenenfalls pseudonymisierte Daten im Rahmen dieses Dekretentwurfs zurückgreifen kann.

Artikel 35 fügt einen neuen Artikel 38.6 in das Dekret ein, der die Dauer der Verarbeitung der erhobenen Daten regelt.

Artikel 36 fügt einen neuen Artikel 38.7 ein, der vorsieht, dass die Regierung gegebenenfalls die nötigen Sicherheitsmaßnahmen für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten festlegt.

20. Beförderungsantrag und Beförderungsordnung in der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten Schülerbeförderung (Artikel 38-48)

Inkrafttreten: 1. September 2024

Gemäß Gesetz vom 15. Juli 1983 zur Schaffung eines Nationalen Dienstes für Schülerbeförderung und Artikel 24 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen gewährleistet die Deutschsprachige Gemeinschaft die Beförderung der Schüler, die in einer bestimmten Entfernung zur nächstgelegenen Grund- oder Sekundarschule des von ihnen gewählten Unterrichtsnetzes wohnen.

Organisiert der Öffentliche Nahverkehr der Wallonischen Region – der „transport en commun“ (TEC) – keine passende Beförderung, übernimmt die Deutschsprachige Gemeinschaft die Beförderung für jene Schüler, die die ihrem Wohnsitz am nächsten gelegene Schule freier Wahl besuchen. In diesem Zusammenhang stellt die Beförderung der Förderschüler eine besondere Herausforderung dar. Um die spezifischen gesundheitlichen Bedürfnisse der Förderschüler, aber auch einiger Regelschüler mit medizinischen Bedarfen zu berücksichtigen, wird auf ihren Fahrten Busbegleitpersonal zur Betreuung eingesetzt.

Die Aufgabe der Busbegleitpersonen besteht in der Gewährung eines reibungslosen Ablaufs der Schülerbeförderung und der Unterstützung sowie Sicherheit der ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schüler. Diese Mitarbeiter werden per Arbeitsvertrag über den Dienst mit getrennter Geschäftsführung (DgG) „Service und Logistik im Gemeinschaftsunterrichtswesen“ beschäftigt und auf ihre Aufgabe vorbereitet.

Um die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler im medizinischen Ernstfall während der Schülerbeförderung und somit eine reibungslose optimale medizinische Unterstützung ohne unnötigen Zeitverlust sicherzustellen, werden die Schulen dazu verpflichtet, Kontaktinformationen der zur Schülerbeförderung angemeldeten Schüler, deren Erziehungsberechtigter und medizinisch relevante Daten der betreffenden Schüler an die Regierung zu übermitteln. Die Regierung gibt diese Angaben an die Busbegleitpersonen und Busfahrer, die beim DgG „Service und Logistik im Gemeinschaftsunterrichtswesen“ angestellt sind, sowie bei Bedarf an die Busunternehmen, die die Schülerbeförderung im Auftrag der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausführen, weiter, damit diese zum einen wissen, worauf sie selbst bei den Schülerinnen und Schülern achten sollten, und zum anderen im Notfall den hinzugezogenen Rettungskräften medizinische Informationen wie bspw. zur Medikamenteneinnahme liefern können. Zu den erhobenen Daten zählen:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben der Schüler;
2. Daten zur Identität und Kontaktangaben der Erziehungsberechtigten der Schüler, um diese bei Bedarf kontaktieren zu können;
3. Daten zum Schulbesuch;
4. Daten zur Nutzung der Schülerbeförderung;
5. Daten zu den Ordnungs- und Disziplinarmaßnahmen;
6. Daten zur Gesundheit und Entwicklung der Schüler:
 - a) Daten zur körperlichen Gesundheit;
 - b) Daten zu Impfungen;
 - c) Daten zur psychischen Gesundheit;
 - d) Daten zum Verhalten;
 - e) Daten zu Risiken und Gefährdungsfaktoren.

Die Datenverarbeitung und -weitergabe geschieht auf Basis des Artikels 6.1e der Datenschutzgrundverordnung, um die gesundheitlichen Interessen der Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten.

Zu diesem Zweck arbeiten die Regel- und Förderschulen sowie die Regierung zusammen und verarbeiten die genannten Datenkategorien. Die dazu nötigen rechtlichen Rahmenbedingungen werden durch die vorliegende Dekretergänzung geschaffen.

Die Information der Erziehungsberechtigten und ggf. der volljährigen Schüler zur Datenverarbeitung erfolgt im Rahmen der Beförderungsordnung, für die ebenfalls eine dekretale Grundlage geschaffen wird. Sie wird durch die Regierung festgelegt und betrifft die Schüler, die die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten Schülerbeförderung in Anspruch nehmen. Die Beförderungsordnung umfasst die Verhaltensregeln für die zu befördernden Schüler an der Bushaltestelle, im Bus und nach dem Ausstieg, enthält Ordnungs- und Disziplinarmaßnahmen im Falle des Verstoßes gegen diese Regeln und liefert Informationen zur Datenverarbeitung.

Artikel 38 führt einen Abschnitt zur Schülerbeförderung in Kapitel IV des Dekrets vom 31. August 1998 ein.

Artikel 39 regelt den Anwendungsbereich des Abschnitts zur Schülerbeförderung und verweist dazu auf Artikel 24 Absatz 3 und 4 desselben Dekrets vom 31. August 1998.

Artikel 40 regelt die Anmeldung zur Schülerbeförderung und legt den Inhalt des Antrags auf Beförderung fest. Dem Beförderungsantrag wird eine unterschriebene Beförderungsordnung beigelegt. Fehlt diese, wird der Antrag abgelehnt.

Artikel 41 regelt, dass die Regierung eine Beförderungsordnung für die von ihr organisierte Schülerbeförderung festlegt, die insbesondere die Verhaltensregeln, die Ordnungs- und Disziplinarmaßnahmen und Hinweise zur Datenverarbeitung enthält. Die Anmeldung zur Schülerbeförderung erfolgt in der Schule, die der Schüler besucht. Die Schule legt den Erziehungsberechtigten die Beförderungsordnung zur Unterschrift vor und leitet dieses Dokument zusammen mit dem Beförderungsantrag an das Ministerium weiter.

Artikel 42 regelt die Vertraulichkeit.

Artikel 43 enthält Bestimmungen über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten und bestimmt die Regierung als den für die Verarbeitung Verantwortlichen.

Artikel 44 bestimmt den Verantwortlichen zur Verarbeitung von Daten zur Gesundheit.

Artikel 45 legt die Datenkategorien fest. Sie sind nötig zur zielgerichteten Unterstützung der Schüler mit medizinischen Bedarfen und zur Sicherstellung lebensrettender Versorgung durch die Rettungskräfte im Notfall.

Artikel 46 regelt die Zusammenarbeit und den Datenaustausch zwischen Regel- und Förderschulen, Regierung, den beim Dienst mit getrennter Geschäftsführung „Service und Logistik im Gemeinschaftsunterrichtswesen“ angestellten Busbegleitpersonen und Busfahrern und den Busunternehmen, die die Schülerbeförderung im Auftrag der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausführen.

Artikel 47 legt die Dauer der Aufbewahrung der Daten fest. Nimmt ein Schüler die Schülerbeförderung nicht mehr in Anspruch, werden die Daten nach einer Frist für Einsprüche im Umfang von drei Monaten vernichtet.

Artikel 48 erlaubt der Regierung die Festlegung nötiger Sicherheitsmaßnahmen.

21. Gültigkeit der Nachteilsausgleichsmaßnahmen (Artikel 49 und 50)

Inkrafttreten: 1. September 2024

Es handelt sich um eine technische Korrektur, da die Formulierung der Gültigkeit der Nachteilsausgleichsmaßnahmen missverständlich ist. In den Artikeln über die Gültigkeit der Nachteilsausgleichsmaßnahmen und des Notenschutzes wird präzisiert, dass eine Verlängerung der Maßnahmen mehrfach möglich ist.

Artikel 49 nimmt die Abänderung für die Nachteilsausgleichsmaßnahmen vor.

Artikel 50 nimmt die Abänderung für den Notenschutz vor.

22. Textkorrekturen und Ergänzungen zur DuO-Ausbildungsförderung (Artikel 82-92)

Inkrafttreten: 1. Juli 2024

Das Dekret vom 26. Juni 2023 zur Einrichtung eines Fonds für zinslose Darlehen an Auszubildende, Studierende und Schüler in Mangelberufen ermöglicht eine finanzielle Beihilfe für Personen, die sich in einem Mangelberuf ausbilden lassen. Nachdem die ersten Anträge zum Erhalt dieses Darlehens eingegangen sind, wurde festgestellt, dass einige Korrekturen und Ergänzungen notwendig sind.

Die unsachgemäße Verwendung des Begriffs „Meistervolontariat“ wird korrigiert. Ein Meistervolontariatsvertrag ist kein Studien- oder Lehrprogramm, sondern dient der Zuordnung des sozialen Statuts im Betrieb als Auszubildender. Deshalb wird dieser Begriff in den betreffenden Artikeln gestrichen.

Darüber hinaus werden Personen, die einen Arbeitsvertrag haben, vom Darlehenssystem ausgeschlossen. Diese Personen können von zahlreichen anderen finanziellen Unterstützungen profitieren, wie zum Beispiel von bezahltem Bildungsurlaub, Zeitkredit und Fonds wie Maribel, die Programme wie „Projet 600“ und „#choississlessoins“ im Bereich Krankenpflege finanzieren.

Der Zweck des Systems ist, Fachkräfte in Mangelberufen zu gewinnen.

Für Darlehensnehmer, die über einen Arbeitsvertrag beschäftigt sind und im akademischen Jahr bzw. im Ausbildungsjahr 2023-2024 ein Darlehen erhalten haben, wird eine Übergangsbestimmung eingefügt. Sie behalten bis zum Abschluss des Studiums oder der Lehre das Anrecht auf ein Darlehen, insofern sie die Bedingungen in Artikel 3 §1 und §2 erfüllen.

Ein Schüler, der ein Darlehen für ein oder maximal zwei Jahre erhalten hat, muss nach den aktuellen Regeln das bereits erhaltene Darlehen zurückzahlen, wenn er nach erfolgreichem Abschluss des siebten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts ein Studium oder eine Lehre in einem Mangelberuf beginnen möchte. Die vorliegende Maßnahme sieht nun eine Abweichung von dieser Regelung vor. In diesem Fall wird das bereits erhaltene Darlehen von der maximalen Bezugshöhe, die sich aus der Regeldauer des neuen Studiums oder der neuen Lehre ergibt, abgezogen – wie bei einem Wechsel des Studiums oder der Lehre. Diese Vorgehensweise ist sowohl administrativ als auch für die Betroffenen viel einfacher und hat finanziell keine Auswirkungen.

Schließlich legt die vorliegende Maßnahme fest, wie die Erfüllung der diversen Bedingungen im Zusammenhang mit dem Darlehen in Zusammenarbeit mit den Bildungseinrichtungen kontrolliert wird. Zur Kontrolle der Angaben des Antragstellers bezüglich der Ausbildung werden lediglich die notwendigen Daten zwecks Bestätigung an die betroffene Bildungseinrichtung übermittelt. Zur Kontrolle der erfolgreichen Abschlüsse übermittelt die Bildungseinrichtung dem Ministerium die notwendigen Daten. Dementsprechend werden zusätzliche Datenschutzbestimmungen eingeführt und es wird eine Definition von „Bildungseinrichtung“ in das Dekret vom 26. Juni 2023 eingefügt.

Artikel 82 fügt die Definition des Begriffs „Bildungseinrichtung“ in Artikel 1 des Dekrets vom 26. Juni 2023 zur Einrichtung eines Fonds für zinslose Darlehen an Auszubildende, Studierende und Schüler in Mangelberufen ein.

Artikel 83 Nummer 1 streicht die Regel, dass freie Schüler, die einen Arbeitsvertrag haben, kein Darlehen beantragen können, in Artikel 3 §1 Nummer desselben Dekrets.

Nummer 2 streicht den Begriff „Meistervolontariat“ in Artikel 3 §1 Absatz 2 desselben Dekrets.

Nummer 3 streicht den Begriff „Meistervolontariat“ in Artikel 3 §1 Absatz 3 desselben Dekrets.

Nummer 4 schließt Personen, die einen Arbeitsvertrag haben, vom Darlehenssystem aus.

Artikel 84 Nummer 1 streicht den Begriff „Meistervolontariat“ in Artikel 6 §2 Absatz 1 desselben Dekrets.

Nummer 2 sieht eine Ausnahme für Absolventen des siebten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichtes vor zur Regel, dass eine Person erst erneut Anrecht auf ein Darlehen hat, wenn die in Artikel 8 §1 des Dekrets angeführten Vorgaben erfüllt worden sind.

Artikel 85 streicht den Begriff „Meistervolontariat“ in Artikel 9 Absatz 1 Nummer 3 desselben Dekrets.

Artikel 86 fügt ein neues Kapitel 7.1 zur Kontrolle der Bedingungen des Darlehenssystems in dasselbe Dekret ein.

Artikel 87 fügt einen neuen Artikel 17.1 in das Dekret ein, der festlegt, welche persönlichen Angaben eines Antragstellers den betroffenen Bildungseinrichtungen zwecks Kontrolle der Richtigkeit dieser Angaben bezüglich der in Artikel 3 des Dekrets genannten Anwendungsbedingungen übermittelt werden. Der Artikel legt ferner fest, welche Informationen eine Bildungseinrichtung dem Ministerium zwecks Kontrolle der in Artikel 8 des Dekrets genannten erfolgreichen Abschlüsse übermittelt.

Artikel 88-90 passen die Artikel über den Datenschutz an die Datenverarbeitung durch die Bildungseinrichtungen an.

Artikel 91 streicht den Begriff „Meistervolontariat“ in Artikel 28 desselben Dekrets.

Artikel 92 fügt eine Übergangsbestimmung in dasselbe Dekret ein, die festhält, dass Personen, die einen Arbeitsvertrag haben und im Ausbildungsjahr 2023-2024 ein Darlehen erhalten haben, das Anrecht auf den Erhalt eines Darlehens bis zum Abschluss des Studiums oder der Ausbildung behalten.

23. Verweiskorrekturen im Dienstrecht (Artikel 3, 4, 5, 52, 53 und 54)

Inkrafttreten: 1. September 2024

Die Artikel 91undequadragies (Amt des Direktionssekretärs), 91quadragiessexies (Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters) und 91quintagiessemel (Amt des förderpädagogischen Schul- und Lernbegleiters) des Dienstrechts des Gemeinschaftsunterrichtswesens sowie die Artikel 62.37 (Amt des Direktionssekretärs), 62.44 (Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters) und 62.49 (Amt des förderpädagogischen Schul- und Lernbegleiters) des Dienstrechts des freien subventionierten Unterrichtswesens an sind jeweils durch das Dekret vom 24. April 2023 über Maßnahmen zur Stärkung des Wohlbefindens des Personals im Unterrichtswesen und des Dekrets vom 26. Juni 2023 über Maßnahmen im Unterrichtswesen, in der Ausbildung, in der Erwachsenenbildung und zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung 2023 abgeändert worden. Dadurch ist in den jeweiligen Artikel ein Verweisfehler entstanden und der Verweis auf den Paragraphen verschwunden, der auf definitive Personalmitglieder in einem dieser Ämter Anwendung findet.

Daher schlägt die Regierung vor, den Verweisfehler „§1 Absatz 1 Absatz 1“ zu korrigieren und den Verweis auf den Paragraphen, der auf definitive Personalmitglieder in einem dieser Ämter Anwendung findet, wieder einzufügen.

Artikel 3, 4 und 5 nehmen diese Korrekturen im Dienstrecht des Gemeinschaftsunterrichtswesens vor.

Artikel 52, 53 und 54 nehmen diese Korrekturen im Dienstrecht des freien subventionierten Unterrichtswesens vor.

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung

Lydia
Klinkenberg

Digital unterschrieben von Lydia
Klinkenberg
Datum: 2023.12.15 09:55:05
+01'00'
L. KLINKENBERG

DEKRETVORENTWURF

Dekretvorentwurf über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2024

KAPITEL 1 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 2. OKTOBER 1968 ZUR FESTLEGUNG UND EINTEILUNG DER ÄMTER DER MITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS, DES PARAMEDIZINISCHEN UND SOZIALPSYCHOLOGISCHEN PERSONALS SOWIE DES VERWALTUNGSPERSONALS DER STAATLICHEN EINRICHTUNGEN FÜR VOR-, PRIMAR-, FÖRDER-, MITTEL-, TECHNISCHEN, KUNST- UND NORMALSCHULUNTERRICHT UND DER ÄMTER DER PERSONALMITGLIEDER DES INSPEKTIONSDIENSTES BEAUFTRAGT MIT DER AUFSICHT DIESER EINRICHTUNGEN

Artikel 1 – Artikel 6 des Königlichen Erlasses vom 2. Oktober 1968 zur Festlegung und Einteilung der Ämter der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals sowie des Verwaltungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der Ämter der Personalmitglieder des Inspektionsdienstes beauftragt mit der Aufsicht dieser Einrichtungen, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. Zwischen Buchstabe B) und C) wird folgender Buchstabe B.1) Buchstabe a) Nummer 1 eingefügt:

„B.1) Im Grundschulwesen

a) Anwerbungsämter

1. Fachlehrer für Musik;“

2. In Buchstabe C) Buchstabe a) wird folgende Nummer 2 wieder eingeführt:

„2. Lehrer für allgemeinbildende Kurse im differenzierten Unterricht;“

3. In Buchstabe E Buchstabe b) Nummer 17 wird das Wort „Evaluator“ durch die Wortfolge „Evaluator aus dem Grundschulwesen“ ersetzt.

4. In Buchstabe E Buchstabe b) wird folgende Nummer 18 wieder eingeführt:

„18. Externer Evaluator aus dem Sekundarschulwesen“.

KAPITEL 2 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. MÄRZ 1969 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER PERSONALMITGLIEDER DES GEMEINSCHAFTSUNTERRICHTSWESENS

Art. 2 – In Artikel 91quaterdecies Absatz 2 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013 und ersetzt durch das Dekret vom 18. Juni 2018 und abgeändert durch das Dekret vom 24. April 2023, wird die Wortfolge „91octies §1 und §2 Absätze 1 und 2“ durch die Wortfolge „91octies §1 und §2 Absätze 1, 2 und 3 Nummer 2“ ersetzt.

Art. 3 – In Artikel 91undequadragies Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 18. Juni 2018 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird die Angabe „91octies §1 Absatz 1 Absatz 1“ durch die Angabe „91octies §1 Absatz 1 und §2 Absatz 1“ ersetzt.

Art. 4 – In Artikel 91quadragesiessexies Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 22. Juni 2020 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom

26. Juni 2023, wird die Angabe „91octies §1 Absatz 1 Absatz 1“ durch die Angabe „91octies §1 Absatz 1 und §2 Absatz 1“ ersetzt.

Art. 5 – In Artikel 91quintagiessemel Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2021 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird die Angabe „91octies §1 Absatz 1 Absatz 1“ durch die Angabe „91octies §1 Absatz 1 und §2 Absatz 1“ ersetzt.

Art. 6 – In Artikel 133 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird die Wortfolge „im aktiven Dienst“ durch die Wortfolge „im aktiven Dienst oder im Ruhestand“ ersetzt.

Art. 7 – In Kapitel XIbis desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird folgender Artikel 169triciesbis eingefügt:

„Art. 169triciesbis – In Abweichung von Artikel 22 §1 Absatz 1 erfolgt der Bewerbungsauftrag für eine zeitweilige Bezeichnung im Amt des Fachlehrers für Musik für das Schuljahr 2024-2025 zwischen dem Tag der Verabschiedung des Dekrets vom [Tag der Verabschiedung des Dekrets] über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2024 und dem 31. August 2024.“

Art. 8 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 169triciester eingefügt:

„Art. 169triciester – In Abweichung von Artikel 22 §1 Absatz 1 erfolgt der Bewerbungsauftrag für eine zeitweilige Bezeichnung im Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse im differenzierten Unterricht für das Schuljahr 2024-2025 zwischen dem Tag der Verabschiedung des Dekrets vom (Tag der Verabschiedung des Dekrets) und dem 31. August 2024.“

Art. 9 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 169triciesquater eingefügt:

„Art. 169triciesquater – Unbeschadet von Artikel 16 und Artikel 39 werden im Amt des Lehrers für allgemeinbildend Kurse im differenzierten Unterricht Abweichungen berücksichtigt, die ein Personalmitglied vor dem 1. September 2024 im Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse in der Unterstufe des Sekundarunterrichts durchlaufen hat.“

Art. 10 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 169triciesquinquies eingefügt:

„Art. 169triciesquinquies – Zur Berechnung des in Artikel 17 und Artikel 39 angeführten Alters werden im Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse im differenzierten Unterricht ebenfalls Dienstage berücksichtigt, die das Personalmitglied vor dem 1. September 2024 im differenzierten Unterricht im Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse in der Unterstufe des Sekundarunterrichts erwirtschaftet hat. Als Nachweis, dass es im differenzierten Unterricht als Lehrer für allgemeinbildende Kurse tätig war, dient eine vom Schulleiter ausgestellte Bescheinigung.“

KAPITEL 3 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. APRIL 1969 ZUR FESTLEGUNG DER ERFORDERLICHEN BEFÄHIGUNGSNACHWEISE DER MITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS, DES PARAMEDIZINISCHEN UND DES SOZIALPSYCHOLOGISCHEN PERSONALS SOWIE DES VERWALTUNGSPERSONALS DER EINRICHTUNGEN DES STAATLICHEN VOR-, PRIMAR-, FÖRDER- UND MITTELSCHULWESENS, DES TECHNISCHEN UNTERRICHTS, DES KUNSTUNTERRICHTS UND DES NORMALSCHULWESENS UND DER VON DIESEN EINRICHTUNGEN ABHÄNGENDEN INTERNATE

Art. 11 – In Artikel 7 Nummer 7 des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und des sozialpsychologischen Personals sowie des Verwaltungspersonals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-

, Förder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate, eingefügt durch das Dekret vom 21. April 2008 und abgeändert durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird folgender Buchstabe d) eingefügt:

„d) das Diplom eines Kindergärtners, der Nachweis über das Bestehen einer Ausbildung in Fremdsprachendidaktik und der Nachweis der gründlichen Beherrschung der betreffenden Fremdsprache.“

Art. 12 – In das Kapitel II desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird folgender Artikel 7.1 eingefügt:

„Art. 7.1 – Als erforderliche Befähigungsnachweise für das Amt des Fachlehrers für Musik im Grundschulwesen gelten folgende Diplome:

1. Das Diplom des Kunst-Hochschulwesens oder des höheren Kunstunterrichts, ausgestellt in einer Studienrichtung des Musikunterrichts jeweils ergänzt um ein von einer Kunsthochschule oder einem Konservatorium ausgestellt Pädagogisches Befähigungsdiplom in der Studienrichtung „Notenlehre“ oder „Musikerziehung“ oder ein Nachweis, der nach erfolgreichem Abschluss einer Ausbildung des Hochschulwesens kurzer oder langer Dauer von der Regierung auf der Grundlage eines von einer Kunstakademie in der Deutschsprachigen Gemeinschaft erstellten Gutachtens als gleichwertig anerkannt wird.

2. Das Diplom eines Kindergärtners oder eines Primarschullehrers oder eines Lehrbefähigten für die Unterstufe des Sekundarunterrichts oder eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts jeweils ergänzt um einen der folgenden Nachweise:

a) ein Diplom des Kunst-Hochschulwesens oder des höheren Kunstunterrichts ausgestellt in einer Studienrichtung des Musikunterrichts oder ein Nachweis, der nach erfolgreichem Abschluss einer Ausbildung des Hochschulwesens kurzer oder langer Dauer von der Regierung auf der Grundlage eines von einer Kunstakademie in der Deutschsprachigen Gemeinschaft erstellten Gutachtens als gleichwertig anerkannt wird;

b) ein Nachweis über das Bestehen einer mindestens 15 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung im Bereich Musikerziehung, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung auf der Grundlage eines von einer Kunstakademie in der Deutschsprachigen Gemeinschaft erstellten Gutachtens als gleichwertig anerkannt werden.“

Art. 13 – In Artikel 8 desselben Königlichen Erlass, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird folgende Nummer 1.1. eingefügt:

„1.1. Lehrer für allgemeinbildende Kurse im differenzierten Unterricht:

a) das Diplom eines Lehrbefähigten für die Unterstufe des Sekundarunterrichts (alle Studienrichtungen);

b) das Diplom eines Primarschullehrers.“

Art. 14 – Artikel 10 desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 18sexies wird wie folgt ersetzt:

„18sexies. Externer Evaluator aus dem Grundschulwesen: mindestens ein Diplom des Hochschulwesens ersten Grades und eine Berufserfahrung von mindestens fünf Jahren als Klassenleiter mit vollständigem Stundenplan im Grundschulwesen. Teilzeitige Dienste werden verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung in diesem Amt angerechnet.“

2. Folgende Nummer 18sexies/1 wird eingefügt:

„18sexies/1. Externer Evaluator aus dem Sekundarschulwesen: mindestens ein Diplom des Hochschulwesens ersten Grades und eine Berufserfahrung von mindestens fünf Jahren in einem Amt der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals mit vollständigem Stundenplan im Sekundarschulwesen. Teilzeitige Dienste werden verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung in diesem Amt angerechnet.“

Art. 15 - In Artikel 17.1 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 5. Mai 2014 und abgeändert durch die Dekrete vom 26. Juni 2017, vom 6. Mai 2019 und vom 22. Juni 2020, wird die Wortfolge „während der Schuljahre 2014-2024“ gestrichen.

Art. 16 - In Artikel 17.2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 29. Juni 2015 und abgeändert durch die Dekrete vom 26. Juni 2017 und vom 6. Mai 2019, wird die Wortfolge „während der Schuljahre 2015-2024“ gestrichen.

KAPITEL 4 - ABÄNDERUNG DES GESETZES VOM 6. JULI 1970 ÜBER DAS SONDER-SCHULWESEN UND DAS INTEGRIERTE SCHULWESEN

Art. 17 - In der Überschrift des Gesetzes vom 6. Juli 1970 über das Sonderschulwesen und das integrierte Schulwesen, abgeändert durch das Gesetz vom 11. März 1986, wird das Wort „Sonderschulwesen“ durch das Wort „Förderschulwesen“ ersetzt.

Art. 18 - Artikel 4 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird aufgehoben.

KAPITEL 5 - ABÄNDERUNG DES SANIERUNGSGESETZES VOM 22. JANUAR 1985 ZUR FESTLEGUNG SOZIALER BESTIMMUNGEN

Art. 19 - In Artikel 109 des Sanierungsgesetzes vom 22. Januar 1985 zur Festlegung sozialer Bestimmungen, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. April 2016, wird folgender §2.1 eingefügt:

„§2.1 - In Abweichung von §§1 und 2 geben Ausbildungen am Arbeitsplatz, die durch einen Betriebsangehörigen gegeben werden, kein Recht auf bezahlten Bildungsurlaub.“

Art. 20 - In Artikel 120 desselben Gesetzes, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. April 2016, wird zwischen den Absätzen 1 und 2 folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:

„Die Rückzahlung der mit dem bezahlten Bildungsurlaub zusammenhängenden Entlohnungen kann mit einer anderen öffentlichen und sektoriellen finanziellen Ausbildungsunterstützung, die sich auf dieselbe Ausbildung bezieht, kumuliert werden, insofern die Gesamtsumme der gewährten Ausbildungsunterstützungen die effektiven Lohnkosten pro Stunde nicht überschreitet.

In Abweichung von Absatz 1 sind die finanziellen Ausbildungsunterstützungen beziehungsweise -beihilfen und die zinslosen Darlehen an Auszubildende, Studierende und Schüler in Mangelberufen, die im Rahmen gesetzlicher oder verordnungsrechtlicher Bestimmungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft erteilt werden, nicht kumulierbar mit der Rückzahlung der mit dem bezahlten Bildungsurlaub zusammenhängenden Entlohnungen.“

KAPITEL 6 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 5. JUNI 1990 ZUR FESTLEGUNG DER ANZAHL UNTERRICHTSSTUNDEN/LEHRPERSON IM VOLLZEITSEKUNDAR-UNTERRICHT DES TYP S I

Art. 21 - In das Dekret vom 5. Juni 1990 zur Festlegung der Anzahl Unterrichtsstunden/Lehrperson im Vollzeitsekundarunterricht des Typs I, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird folgender Artikel 4.2 eingefügt:

„Art. 4.2 - Der Schulleiter einer Regelsekundarschule, die eine erste differenzierte Stufe anbietet, kann maximal eine Stelle des gewährten Stundenkapitals im Amt des Erzieher-

Aufseher organisieren. Diese Verwendung des Stundenkapitals darf keine Zurdispositionstellung wegen Stellenmangels zur Folge haben.“

KAPITEL 7 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 18. APRIL 1994 BEZÜGLICH DER EINSETZUNG DES PRÜFUNGSAUSSCHUSSES DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT FÜR DEN SEKUNDARUNTERRICHT SOWIE DER DURCHFÜHRUNG DER PRÜFUNGEN VOR DIESEM AUSSCHUSS

Art. 22 – Artikel 5 des Dekrets vom 18. April 1994 bezüglich der Einsetzung des Prüfungsausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Sekundarunterricht sowie der Durchführung der Prüfungen vor diesem Ausschuss, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird zwischen den Wörtern „Weiterbildung“ und „sowie“ die Wortfolge „ , der mittelständischen Aus- und Weiterbildung“ eingefügt.
2. Absatz 2 wird aufgehoben.

Art. 23 – In Artikel 7 desselben Dekrets wird folgender Satz eingefügt:
„Die Regierung legt die Definition eines Sitzungstags fest.“

Art. 24 – Artikel 14 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 Nummer 2 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
2. In Absatz 2 wird folgende Nummer 3 eingefügt:
„3. die Lehrlinge, die im Besitz des Abschlusszeugnisses der Unterstufe des Sekundarunterrichts oder eines diesem gleichgestellten Studiennachweises sind, und die sich sowohl in Allgemeinkunde als auch in Fachkunde mindestens im zweiten Lehrjahr befinden.“
3. Zwischen Absatz 2 und Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, wird folgender Absatz eingefügt:
„Den in Absatz 2 Nummer 3 angeführten Kandidaten kann das Abschlusszeugnis erst nach dem Erhalt des Gesellenzeugnisses gemäß Artikel 7 §6 Absatz 2 desselben Dekrets vom 16. Dezember 1991 verliehen werden.“

Art. 25 – Artikel 29 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 26 – Artikel 34 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 17. Juli 1995, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird die Wortfolge „bzw. Prüfungsteilen“ gestrichen.
2. In Absatz 3 wird die Wortfolge „sofort in öffentlicher Sitzung bekanntgegeben“ gestrichen.
3. In Absatz 3 wird folgender Satz eingefügt:
„Die Prüfungsergebnisse werden den Kandidaten im Anschluss an die Beratung schriftlich mitgeteilt.“

Art. 27 – Artikel 35 Absatz 1 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 28 – In Artikel 38 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge „der öffentlichen Bekanntmachung“ durch „der schriftlichen Mitteilung“ ersetzt.

Art. 29 – In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird folgendes Kapitel VII, das die Artikel 38.1-38.6 umfasst, eingefügt:
„KAPITEL VII – DATENSCHUTZ“

Art. 30 – In das Kapitel VII. wird folgender Artikel 38.1 eingefügt:

„Art. 38.1 – Vertraulichkeit

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen ist jeder, der in gleich welcher Eigenschaft an der Anwendung des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungsbestimmungen mitwirkt, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihm in Ausübung seines Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.“

Art. 31 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 38.2 eingefügt:

„Art. 38.2 – Verarbeitung personenbezogener Daten

Unbeschadet des Artikels 38.3 ist die Regierung für die Verarbeitung der in Artikel 38.4 angeführten personenbezogenen Daten im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Verordnung 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) verantwortlich.

Die Regierung erhebt und verarbeitet personenbezogene Daten im Hinblick auf die Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufgaben, insbesondere was die in Artikel 1 angeführten Aufgaben betrifft. Die Regierung darf die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufgaben verwenden.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der anwendbaren Rechtsvorschriften im Bereich Datenschutz.

Die Regierung weist in diesem Zusammenhang ihre Mitarbeiter und externen Berater auf ihre Pflichten zur Informationssicherheit und zum Datenschutz hin.“

Art. 32 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 38.3 eingefügt:

„Art. 38.3 – Verarbeitung von Daten zur Gesundheit

Die Verarbeitung von Daten zur Gesundheit in Bezug auf den Nachteilsausgleich und Notenschutz findet statt unter der Verantwortung des Vorsitzenden des Ausschusses, der Mitglieder des Ausschusses und des zuständigen Dienstes der fachkundigen Einrichtung, die das in Artikel 93.34 §1 Absätze 2 und 3 bzw. das in Artikel 93.39 §1 Absätze 2 und 3 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen angeführte Gutachten, das die Notwendigkeit des Nachteilsausgleichs bzw. des Notenschutzes begründet, erstellt.“

Art. 33 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 38.4 eingefügt:

„Art. 38.4 – Datenkategorien

§1. – Die Regierung kann alle gemäß Artikel 38.2 angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien in Bezug auf den Kandidaten erheben und verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben;
2. Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;
3. Daten zu den Sprachkenntnissen;
4. Daten zum Geburtsdatum und zum Geburtsort;
5. Daten zur Zahlung der Einschreibgebühr;
6. Daten, die aus einer in Artikel 30bis angeführten Rechtfertigung einer Abwesenheit hervorgehen;

7. Daten zur Gesundheit und Entwicklung des Kandidaten in Verbindung mit Abhilfemaßnahmen im Bildungsbereich.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien können zu folgenden Zwecken verarbeitet werden:

1. Verleihung der Zeugnisse gemäß Artikel 1;
2. Überprüfung der Zahlung der Einschreibgebühr gemäß Artikel 12;
3. Überprüfung der Zulassungsbedingungen zu den Prüfungen gemäß Artikel 14 und 15;
4. Gewährung von Prüfungsbefreiungen gemäß Artikel 16 und 35;
5. Folgen von Täuschungshandlungen gemäß Artikel 30;
6. Rechtfertigung einer Abwesenheit bei einer Prüfung gemäß Artikel 30bis;
7. Protokollierung und Mitteilung der Beratungsergebnisse gemäß Artikel 34;
8. Gewährung des Nachteilsausgleichs oder Notenschutzes gemäß Artikel 36.1;
9. Bearbeitung des Einspruchs gemäß Artikel 37;
10. Akteneinsicht gemäß Artikel 38.

§2 – Die Regierung kann alle gemäß Artikel 38.2 angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien in Bezug auf den Prüfer erheben und verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben;
2. die in Artikel 8 §1 Nummer 1 oder 2 des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit angeführten Erkennungsnummern;
3. Daten zur Kontonummer und Bankverbindung.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien können zu folgenden Zwecken verarbeitet werden:

1. zur Zusammensetzung des Ausschusses gemäß Artikel 2, 3, 4 und 5;
2. zur Zahlung der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen gemäß Artikel 7;
3. zur Gewährleistung eines reibungslosen Ablaufs der Prüfungssitzung gemäß Artikel 8 und 9.

§3 – Die Regierung kann die in §§1 und 2 angeführten Datenkategorien präzisieren.“

Art. 34 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 38.5 eingefügt:

„Art. 38.5 – *Nutzung von Daten zur Erstellung von Analysen und Statistiken*

Die Regierung greift grundsätzlich zur Erstellung von Analysen und Statistiken bezüglich der Ausführung ihrer Aufgaben im Rahmen des vorliegenden Dekrets bevorzugt auf anonyme Daten zurück.

Können anhand der in Absatz 1 angeführten anonymen Daten die Analysen und Statistiken nicht umfassend erstellt werden, ist der Rückgriff auf pseudonymisierte Daten gestattet.

Für die Anwendung von Absatz 2 vermerkt die Regierung in der Verarbeitungserklärung, aus welchen Gründen die Verarbeitung anonymer Daten die Erstellung der in Absatz 1 angeführten Analysen und Statistiken nicht ermöglicht.“

Art. 35 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 38.6 eingefügt:

„Art. 38.6 – *Dauer der Datenverarbeitung*

Die in Artikel 38.3 werden unbeschadet anderer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmungen, die gegebenenfalls eine längere Aufbewahrungsfrist vorsehen, wie folgt aufbewahrt:

1. die Einschreibeakte der Kandidaten: bis der Kandidat das angestrebte Abschlusszeugnis erhalten hat und maximal zehn Jahre nach dem Einreichen der Einschreibeakte;
2. die Notenbescheinigungen und Kopie der Diplome: zehn Jahre ab dem Zeitpunkt, an dem der Kandidat sein Abschlusszeugnis erhalten hat.

Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden die Daten spätestens nach Ablauf der in Absatz 1 angeführten Fristen vernichtet.“

Art. 36 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 38.7 eingefügt:

„Art. 38.7 – Sicherheitsmaßnahmen

Die Regierung legt für die durch vorliegendes Kapitel vorgesehene Verarbeitung der personenbezogenen Daten gegebenenfalls die nötigen Sicherheitsmaßnahmen fest.“

KAPITEL 8 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 31. AUGUST 1998 ÜBER DEN AUFTRAG AN DIE SCHULTRÄGER UND DAS SCHULPERSONAL SOWIE ÜBER DIE ALLGEMEINEN PÄDAGOGISCHEN UND ORGANISATORISCHEN BESTIMMUNGEN FÜR DIE REGEL- UND FÖRDERSCHULEN

Art. 37 – In Artikel 22.1 §1 Absatz 2 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird folgender Satz eingefügt:

„Die Genehmigung gilt für ein Schuljahr und kann nur einmal erteilt werden.“

Art. 38 – In das Kapitel IV desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird folgender Abschnitt 11, der die Artikel 45.2 bis 45.11 umfasst, eingefügt:

„Abschnitt 11 – Schülerbeförderung“

Art. 39 – In Kapitel IV Abschnitt 11 desselben Dekrets wird folgender Artikel 45.2 eingefügt:

„Art. 45.2 – Anwendungsbereich

Vorliegender Abschnitt findet Anwendung auf die in Artikel 24 Absätze 3 und 4 angeführten Schüler und die in Artikel 20 des Gesetzes vom 6. Juli 1970 über das Förderschulwesen und das integrierte Schulwesen angeführten Schüler, die eine von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierte Schülerbeförderung in Anspruch nehmen.“

Art. 40 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 45.3 eingefügt:

„Art. 45.3 – Anmeldung zur Schülerbeförderung

Die Schule, an der der Schüler eingeschrieben ist, stellt bei der Regierung den Antrag auf Beförderung des betreffenden Schülers. Der Beförderungsantrag beinhaltet folgende Angaben:

1. Name der Schule;
2. Name des Schülers, Adresse, Geburtstag, Unterrichtsstufe, Studienjahr und, falls zutreffend, Unterrichtsform;
3. Angabe, ob es sich bei der besuchten Schule um die nächstgelegene Schule freier Wahl handelt;
4. Entfernung zwischen Wohnsitz und Schule in Kilometern;

5. Datum der gewünschten Inanspruchnahme der Schülerbeförderung;
6. Im Fall eines Umzugs: Angaben zur vorherigen Rundfahrt, die der Schüler in Anspruch nahm;
7. Datum des Antrags;
8. die von den Erziehungsberechtigten unterschriebene Busordnung gemäß Artikel 45.4;
9. Unterschrift des Schulleiters oder seines Vertreters.

Nach Erhalt des Beförderungsantrags prüft die Regierung das Anrecht auf Schülerbeförderung gemäß Artikel 24 Absätze 3 und 4 und Artikel 20 des Gesetzes vom 6. Juli 1970 über das Förderschulwesen und das integrierte Schulwesen und weist die Schüler, die Anrecht auf die Schülerbeförderung haben, einer Rundfahrt zu. Sie teilt ihre Entscheidung der Schule und den Erziehungsberechtigten schriftlich mit.

Liegt dem Beförderungsantrag keine unterschriebene Beförderungsordnung bei, lehnt die Regierung den Antrag ab.“

Art. 41 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 45.4 eingefügt:

„Art. 45.4– Beförderungsordnung

Die Regierung legt für die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierte Schülerbeförderung eine Beförderungsordnung fest, die folgende Bestimmungen enthält:

1. die Verhaltensregeln an den Bushaltestellen, im Bus und nach dem Aussteigen;
2. die Ordnungsmaßnahmen, die das Busbegleitpersonal oder, falls in der Rundfahrt keine Busbegleitung vorgesehen ist, der Busfahrer, ggf. in Absprache mit der Schulleitung, bei Nichteinhaltung der Beförderungsordnung aussprechen darf:
 - a) Verwarnung durch einen schriftlichen Eintrag ins Tagebuch an die Erziehungsberechtigten;
 - b) Erteilen einer Strafe im Verhältnis zum unangemessenen Verhalten;
 - c) sofortiger Ausschluss von der Schülerbeförderung;
3. die Disziplinarmaßnahmen, die nur in außergewöhnlichen Fällen von der Regierung verhängt werden:
 - a) zeitweiliger Ausschluss eines Schülers von der Schülerbeförderung;
 - b) endgültiger Ausschluss eines Schülers von der Schülerbeförderung;
4. die Datenverarbeitung.

Zur Anwendung von Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe c) dürfen Busbegleitpersonen oder Busfahrer in Fällen, die ein sofortiges Handeln erfordern, weil die Sicherheit der anderen Schüler, der Busbegleitperson oder des Busfahrers gefährdet ist, Schüler unmittelbar von der Beförderung ausschließen. Der Ausschluss darf nur an einer Haltestelle oder innerhalb einer geschlossenen Ortschaft durchgeführt werden. Der Busfahrer oder die Begleitperson benachrichtigen in diesem Fall unmittelbar die Erziehungsberechtigten oder die Polizei.

Die Busbegleitperson oder der Busfahrer, die die Ordnungsmaßnahmen aussprechen, informieren die Regierung schriftlich noch am selben Tag über die ausgesprochenen Maßnahmen.

Die Schule, an der der Schüler eingeschrieben ist, legt den Erziehungsberechtigten bei der Anmeldung zur Schülerbeförderung sowie bei jeder Änderung die Beförderungsordnung zur Unterschrift vor.“

Art. 42 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 45.5 eingefügt:

„Art. 45.5 – Vertraulichkeit

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen ist jeder, der in gleich welcher Eigenschaft an der Anwendung des vorliegenden Abschnitts, des Artikels 24, des Artikels 20 des Gesetzes vom 6. Juli 1970 über das Förderschulwesen und das integrierte Schulwesen und des Gesetzes vom 15. Juli 1983 zur Schaffung eines Nationalen Dienstes für Schülerbeförderung und seinen Ausführungsbestimmungen mitwirkt, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihm in Ausübung seines Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.“

Art. 43 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 45.6 eingefügt:

„Art. 45.6 – Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten Schülerbeförderung

Unbeschadet des Artikels 45.7 ist die Regierung für die Verarbeitung der in Artikel 45.8 angeführten personenbezogenen Daten im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Verordnung 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) verantwortlich.

Die Regierung erhebt und verarbeitet personenbezogene Daten im Hinblick auf die Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufgaben, insbesondere was die in Artikel 24 des vorliegenden Dekrets, die in Artikel 20 des Gesetzes vom 6. Juli 1970 über das Förderschulwesen und das integrierte Schulwesen und die im Gesetz vom 15. Juli 1983 zur Schaffung eines Nationalen Dienstes für Schülerbeförderung angeführten Aufgaben betrifft. Die Regierung darf die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufgaben verwenden.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der anwendbaren Rechtsvorschriften im Bereich Datenschutz.

Die Regierung weist in diesem Zusammenhang ihre Mitarbeiter und externen Berater auf ihre Pflichten zur Informationssicherheit und zum Datenschutz hin.“

Art. 44 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 45.7 eingefügt:

„Art. 45.7 – Verarbeitung von Daten zur Gesundheit

Die Verarbeitung von Daten zur Gesundheit der betroffenen Personen findet unter der Verantwortung einer Fachkraft der Gesundheitspflege statt.“

Art. 45 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 45.8 eingefügt:

„Art. 45.8 – Datenkategorien

§1 - Die Regierung kann alle gemäß Artikel 45.6 angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben des Schülers;
2. Daten zum Geburtsdatum und zum Geburtsort;
3. Daten zur Identität und Kontaktangaben des Erziehungsberechtigten des Schülers;
4. Daten zum Schulbesuch;
5. Daten zur Nutzung der Schülerbeförderung;
6. Daten zu den Ordnungs- und Disziplinarmaßnahmen gemäß Artikel 45.3 §1 Absatz 2 Nummern 2 und 3;
7. Daten zur Gesundheit und Entwicklung des Schülers:
 - a) Daten zur körperlichen Gesundheit;
 - b) Daten zu Impfungen;

- c) Daten zur psychischen Gesundheit;
- d) Daten zum Verhalten;
- e) Daten zu Risiken und Gefährdungsfaktoren.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien können zu folgenden Zwecken verarbeitet werden:

1. Ermittlung des Anrechts auf Schülerbeförderung gemäß Artikel 24 Absätze 3 und 4 und Artikel 20 des Gesetzes vom 6. Juli 1970 über das Förderschulwesen und das integrierte Schulwesen;
2. Planung der Rundfahrten der Schülerbeförderung;
3. Aussprache von Disziplinarmaßnahmen gemäß Artikel 45.3 §1 Absatz 2 Nummer 3.

§2 - Der Dienst mit getrennter Geschäftsführung „Service und Logistik im Gemeinschaftsunterrichtswesen“ kann alle gemäß Artikel 45.4 angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben des Schülers;
2. Daten zur Identität und Kontaktangaben des Erziehungsberechtigten des Schülers;
3. Daten zum Schulbesuch;
4. Daten zur Nutzung der Schülerbeförderung;
5. Daten zu den Ordnungs- und Disziplinarmaßnahmen gemäß Artikel 45.3 §1 Absatz 2 Nummern 2 und 3;
6. Daten zur Gesundheit und Entwicklung des Schülers, um im Notfall eingreifen zu können:
 - a) Daten zur körperlichen Gesundheit;
 - b) Daten zu Impfungen;
 - c) Daten zur psychischen Gesundheit;
 - d) Daten zum Verhalten;
 - e) Daten zu Risiken und Gefährdungsfaktoren.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien können zu folgenden Zwecken verarbeitet werden:

1. Unterstützung der Regierung bei der Planung der Rundfahrten der Schülerbeförderung;
2. Kontaktaufnahme zu den Erziehungsberechtigten, um die Fahrzeiten und eventuelle Änderungen mitzuteilen sowie zur Kontaktaufnahme im Notfall;
3. Weiterleitung der schülerbezogenen Angaben an Rettungskräfte in Notfallsituationen.

§3 - Die Unternehmen, die die Schülerbeförderungsrundfahrten im Auftrag der Regierung durchführen, können alle gemäß Artikel 45.4 angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben des Schülers;
2. Daten zur Identität und Kontaktangaben des Erziehungsberechtigten des Schülers;
3. Daten zum Schulbesuch;
4. Daten zur Nutzung der Schülerbeförderung;
5. Daten zu den Ordnungs- und Disziplinarmaßnahmen gemäß Artikel 45.3 §1 Absatz 2 Nummern 2 und 3;
6. Daten zur Gesundheit und Entwicklung des Schülers, um im Notfall eingreifen zu können:
 - a) Daten zur körperlichen Gesundheit;
 - b) Daten zu Impfungen;
 - c) Daten zur psychischen Gesundheit;
 - d) Daten zum Verhalten;
 - e) Daten zu Risiken und Gefährdungsfaktoren.

Die in Absatz 1 Nummer 2, 5 und 6 aufgeführten Datenkategorien werden nur von den Unternehmern verarbeitet, wenn keine Busbegleitperson in der Schülerbeförderungsrundfahrt vorgesehen ist.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien können zu folgenden Zwecken verarbeitet werden:

1. Unterstützung der Regierung bei der Planung der Rundfahrten der Schülerbeförderung;
2. Kontaktaufnahme zu den Erziehungsberechtigten, um die Fahrzeiten und eventuelle Änderungen mitzuteilen sowie zur Kontaktaufnahme im Notfall, falls keine Busbegleitperson in der Schülerbeförderungsrundfahrt vorgesehen ist;
3. Weiterleitung der schülerbezogenen Angaben an Rettungskräfte in Notfallsituationen, falls keine Busbegleitperson in der Schülerbeförderungsrundfahrt vorgesehen ist.

§4 – Die Regierung kann die in Absatz 1 angeführten Datenkategorien präzisieren.“

Art. 46 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 45.9 eingefügt:

„Art. 45.9 – *Zusammenarbeit*

Die Regierung arbeitet mit den Regel- und Förderschulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie die in Artikel 45.5 §3 genannten Dienstleistern zusammen, die an der Ausführung der Schülerbeförderung beteiligt sind. Zu diesem Zweck tauschen die genannten Einrichtungen die in Artikel 45.5 angeführten Daten über die zur Schülerbeförderung angemeldeten Schüler aus, wenn die Übermittlung der Informationen im Interesse des Schülers erforderlich ist und die übermittelten Informationen angemessen, sachdienlich und verhältnismäßig sind.“

Art. 47 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 45.10 eingefügt:

„Art. 45.10 – *Dauer der Datenverarbeitung*

Unbeschadet anderer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmungen, die gegebenenfalls eine längere Aufbewahrungsfrist vorsehen, werden die Daten eines Schülers für die Dauer der vom Schüler in Anspruch genommenen Schülerbeförderung, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert wird, ab Datum der Anmeldung bis nach drei Monaten nach der Abmeldung verarbeitet und aufbewahrt.

Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Frist vernichtet.“

Art. 48 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 45.11 eingefügt:

„Art. 45.11 – *Sicherheitsmaßnahmen*

Die Regierung legt für die durch vorliegenden Abschnitt vorgesehene Verarbeitung der personenbezogenen Daten gegebenenfalls nötigen Sicherheitsmaßnahmen fest.“

Art. 49 – In Artikel 93.36 Absatz 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird am Ende des Satzes die Wortfolge „ , wobei mehrere Verlängerungen möglich sind“ eingefügt.

Art. 50 – In Artikel 93.41 Absatz 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird am Ende des Satzes die Wortfolge „ , wobei mehrere Verlängerungen möglich sind“ eingefügt.

KAPITEL 9 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 14. DEZEMBER 1998 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER SUBVENTIONIERTEN PERSONALMITGLIEDER DES FREIEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSWESENS UND DES FREIEN SUBVENTIONIERTEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTRUMS

Art. 51 – In Artikel 62.13 Absatz 2 des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums, ersetzt durch das Dekret vom 18. Juni 2018 und abgeändert durch das Dekret vom 24. April 2023, wird die Wortfolge „62.7 §1 und §2 Absätze 1 und 2“ durch die Wortfolge „62.7 §1 und §2 Absätze 1, 2 und 3 Nummer 2“ersetzt.

Art. 52 – In Artikel 62.37 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 18. Juni 2018 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird die Angabe „62.7 §1 Absatz 1 Absatz “ durch die Angabe „62.7 §1 Absatz 1 und §2 Absatz 1“ ersetzt.

Art. 53 – In Artikel 62.44 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 22. Juni 2020 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird die Angabe „62.7 §1 Absatz 1 Absatz 1 “ durch die Angabe „62.7 §1 Absatz 1 und §2 Absatz 1“ ersetzt.

Art. 54 – In Artikel 62.49 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2021 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird die Angabe „62.7 §1 Absatz 1 Absatz 1“ durch die Angabe „62.7 §1 Absatz 1 und §2 Absatz 1“ ersetzt.

Art. 55 – In Artikel 90 §1 Absatz 3 desselben Dekrets wird die Wortfolge „im aktiven Dienst“ durch die Wortfolge „im aktiven Dienst oder im Ruhestand“ ersetzt.

Art. 56 - In Titel IV desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird folgender Artikel 119.27 eingefügt:

„Art. 119.27 – Unbeschadet von Artikel 33 und Artikel 49 werden im Amt des Lehrers für allgemeinbildend Kurse im differenzierten Unterricht Abweichungen berücksichtigt, die ein Personalmitglied vor dem 1. September 2024 im Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse in der Unterstufe des Sekundarunterrichts durchlaufen hat.“

Art. 57 - In denselben Titel wird folgender Artikel 119.28 eingefügt:

„Art. 119.28 - Zur Berechnung des in Artikel 35 und Artikel 49 angeführten Amtsalters werden im Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse im differenzierten Unterricht ebenfalls Diensttage berücksichtigt, die das Personalmitglied vor dem 1. September 2024 im differenzierten Unterricht im Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse in der Unterstufe des Sekundarunterrichts erwirtschaftet hat. Als Nachweis, dass es im differenzierten Unterricht als Lehrer für allgemeinbildende Kurse tätig war, dient eine vom Schulleiter ausgestellte Bescheinigung.“

KAPITEL 10 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS 26. APRIL 1999 ÜBER DAS REGELGRUNDSCHULWESEN

Art. 58 – In Artikel 64.1.1 Absatz 1 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird die Wortfolge „im Amt des Fachlehrers für fremdsprachliche Aktivitäten im Kindergarten“ durch die Wortfolge „im Amt

des Fachlehrers für fremdsprachliche Aktivitäten im Kindergarten oder im Amt des Fachlehrers für Musik“ ersetzt.

Art. 59 – In Artikel 75 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird die Wortfolge „Die Kindergärtnerin erteilt“ durch die Wortfolge „Der Kindergärtner, der Fachlehrer für fremdsprachliche Aktivitäten und der Fachlehrer für Musik erteilen“ ersetzt.

Art. 60 - In Artikel 76 Absatz 2 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 21. April 2008, wird das Wort „Fremdsprache“ durch die Wortfolge „Fremdsprache, der Fachlehrer für Musik“ ersetzt.

KAPITEL 11 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 25. JUNI 2001 ÜBER BESONDERE MASSNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEN LEHRÄMTERN UND ÜBER DIE ANPASSUNG DES BESOLDUNGSSTATUTS

Art. 61 – Artikel 7 §3 des Dekrets vom 25. Juni 2001 über besondere Maßnahmen im Zusammenhang mit den Lehrämtern und über die Anpassung des Besoldungsstatuts, abgeändert durch das Dekret vom 30. Juni 2003, wird aufgehoben.

Art. 62 - In Artikel 8 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge „Nrn. 3 und 4“ gestrichen.

KAPITEL 12 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 30. JUNI 2003 ÜBER DRINGENDE MASSNAHMEN IM UNTERRICHTSWESEN 2003

Art. 63 – In Artikel 11.5 Absatz 1 des Dekrets vom 30. Juni 200 über dringende Maßnahmen im Unterrichtswesen 2003, eingefügt durch das Dekret vom 16. Juni 2012 und abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird die Wortfolge „definitiv ernanntes beziehungsweise eingestelltes“ durch die Wortfolge „definitiv ernanntes beziehungsweise eingestelltes oder ein auf unbestimmte Dauer bzw. auf unbestimmte Dauer ab Dienstbeginn zeitweilig bezeichnetes oder eingestelltes“ ersetzt.

KAPITEL 13 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 29. MÄRZ 2004 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER SUBVENTIONIERTEN PERSONALMITGLIEDER DES OFFIZIELLEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSWESENS UND DER OFFIZIELLEN SUBVENTIONIERTEN PSYCHOMEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTREN

Art. 64 – In Artikel 88 §1 Absatz 3 des Dekrets vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren wird die Wortfolge „im aktiven Dienst“ durch die Wortfolge „im aktiven Dienst oder im Ruhestand“ ersetzt.

Art. 65 - In das Kapitel XIV desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird folgender Artikel 111septiesdecies eingefügt:

„Art. 111septiesdecies – Unbeschadet von Artikel 20 und Artikel 37 werden im Amt des Lehrers für allgemeinbildend Kurse im differenzierten Unterricht Abweichungen berücksichtigt, die ein Personalmitglied vor dem 1. September 2024 im Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse in der Unterstufe des Sekundarunterrichts durchlaufen hat.

Art. 66 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 111octiesdecies eingefügt:

„Art. 111octiesdecies - Zur Berechnung des in Artikel 20 und Artikel 37 angeführten Altersalters werden im Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse im differenzierten Unterricht ebenfalls Diensttage berücksichtigt, die das Personalmitglied vor dem 1. September 2024 im differenzierten Unterricht im Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse in der Unterstufe des Sekundarunterrichts erwirtschaftet hat. Als Nachweis, dass es im differenzierten Unterricht als Lehrer für allgemeinbildende Kurse tätig war, dient eine vom Schulleiter ausgestellte Bescheinigung.“

KAPITEL 14 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 19. APRIL 2004 ÜBER DIE VERMITTLUNG UND DEN GEBRAUCH DER SPRACHEN IM UNTERRICHTSWESEN

Art. 67 - In Titel VI Untertitel II Kapitel 3 des Dekrets vom 19. April 2004 über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird folgender Artikel 19.1 eingefügt:

„Art. 19.1 - *Andere moderne Sprachen*

Mit Ausnahme der in Artikel 18 und 19 erwähnten Sprachen wird der Unterricht der modernen Sprachen von Lehrern erteilt, die die deutsche Sprache ausreichend beherrschen.“

KAPITEL 15 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 27. JUNI 2005 ZUR SCHAFFUNG EINER AUTONOMEN HOCHSCHULE

Art. 68 - In Artikel 1.3 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird folgende Nummer 4.2 eingefügt:

„4.2. externer Evaluator: Person, die das Amt des externen Evaluators aus dem Grundschulwesen oder das Amt des externen Evaluators aus dem Sekundarschulwesen bekleidet;“

Art. 69 - Artikel 3.1 §1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 3 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
2. Folgende Nummer 4 wird eingefügt:

„Er verfügt über einen in Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches angeführten Auszug aus dem Strafregister, der nicht älter als drei Monate ist und keinen Eintrag enthält.“

Art. 70 - Artikel 3.2 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 25. Juni 2007, 28 Juni 2010 und vom 22. Juni 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Nummer 3 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
2. In §1 wird folgende Nummer 4 eingefügt:

„Er verfügt über einen in Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches angeführten Auszug aus dem Strafregister, der nicht älter als drei Monate ist und keinen Eintrag enthält.“

3. §4 Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

„Er verfügt über einen in Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches angeführten Auszug aus dem Strafregister, der nicht älter als drei Monate ist und keinen Eintrag enthält.“

Art. 71 - Artikel 3.13 Absatz 1 Satz 2 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Dem freien Schüler oder Studenten wird für die Teilnahme an Ausbildungsaktivitäten eine Anwesenheitsbescheinigung ausgehändigt.“

Art. 72 – In Artikel 3.24 desselben Dekrets wird die Angabe „1280“ durch die Angabe „1066“ und die Angabe „50“ durch die Angabe „60“ ersetzt.

Art. 73 – Artikel 3.33 §2 Absatz 2 Satz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird wie folgt ersetzt:

„Der Student wird zum nächsten Studienjahr zugelassen, wenn er alle Ausbildungsaktivitäten des entsprechenden Studienjahres bestanden hat.“

Art. 74 – Artikel 3.34 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 wird die Wortfolge „mit mindestens 60% der Punkte“ gestrichen.
2. In §2 Absatz 1 wird die Wortfolge „mit mindestens 60% bestandenen Prüfungen“ durch die Wortfolge „bestandenen Ausbildungsaktivitäten“ ersetzt.
3. In §2 wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz 2 eingefügt:
„Von Absatz 1 ausgenommen sind Praktika.“
4. in §2 Absatz 3 wird die Wortfolge „Absatz 1 und 2“ durch die Wortfolge „Absätze 1-3“ ersetzt.
5. In §3 Absatz 2 wird die Wortfolge „mindestens 50% in jeder der abzulegenden Prüfungen und mindestens 60% der Gesamtzahl der bei diesen Prüfungen zu vergebenden Punkte erreichen“ durch die Wortfolge „jede der abzulegenden Prüfungen bestehen“ ersetzt.

Art. 75 – In Artikel 5.45 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In §2 wird das Wort „Urlaub“ durch die Wortfolge „Urlaub, mit Ausnahme des Jahresurlaubs für jene Personalmitglieder, die in den Anwendungsbereich von §3 fallen“ ersetzt.
2. In §3 werden zwischen Absatz 4 und Absatz 5, der zu Absatz 7 wird, folgende Absätze eingefügt:
„Zusätzlich haben die in Absatz 1 angeführten Personalmitglieder Anspruch auf Urlaub an allen gesetzlich festgelegten Feiertagen und am 15. November.

Fällt ein gesetzlich festgelegter Feiertag oder der 15. November auf einen Samstag oder einen Sonntag, haben die Personalmitglieder Anrecht auf einen Ausgleichstag. Der Schulträger kann den Ausgleichstag auf einen bestimmten Tag festlegen.“

Art. 76 – In Artikel 5.62 §1 Absatz 3 desselben Dekrets wird die Wortfolge „im aktiven Dienst“ durch die Wortfolge „im aktiven Dienst oder im Ruhestand“ ersetzt.

Art. 77 – In Artikel 5.105.1 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe b) desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird die Angabe „18sexies“ durch die Wortfolge „18sexies oder 18sexies/1“ ersetzt.

Art. 78 – In Artikel 6.10 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Oktober 2010, wird die Wortfolge „drei Vollzeitstellen“ durch die Wortfolge „zwei Vollzeitstellen im Amt des externen Evaluators aus dem Grundschulwesen und eine Vollzeitstelle im Amt des externen Evaluators aus dem Sekundarschulwesen“ ersetzt.

Art. 79 – In Titel IX desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird folgender Artikel 9.11duodecies eingefügt:

„Art. 9.11duodecies – §1 – Personalmitglieder, die am [Vortrag der Verabschiedung des Dekrets] im Amt des Externen Evaluators definitiv ernannt bzw. zeitweilig bezeichnet sind und gemäß Artikel 10 Nummer 18sexies des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur

Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals sowie des Verwaltungspersonals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Förder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate eine nützliche Berufserfahrung von mindestens fünf Jahren im Grundschulwesen aufweisen, gelten ab dem [Tag der Verabschiedung des Dekrets] als definitiv ernannt bzw. zeitweilig bezeichnet im Amt des Externen Evaluators aus dem Grundschulwesen.

Personalmitglieder, die am [Vortrag der Verabschiedung des Dekrets] im Amt des Externen Evaluators definitiv ernannt bzw. zeitweilig bezeichnet sind und gemäß Artikel 10 Nummer 18sexies/1 desselben Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 eine nützliche Berufserfahrung von mindestens fünf Jahren im Sekundarschulwesen aufweisen, gelten ab dem [Tag der Verabschiedung des Dekrets] als definitiv ernannt bzw. zeitweilig bezeichnet im Amt des Externen Evaluators aus dem Sekundarschulwesen.

§2 – Die Dienstage, die das ab dem [Tag der Verabschiedung des Dekrets] im Amt des Externen Evaluators aus dem Grundschulwesen bzw. im Amt des Externen Evaluators aus dem Sekundarschulwesen zeitweilig bezeichnete oder definitiv ernannte Personalmitglied vor diesem Datum im Amt des Externen Evaluators geleistet hat, werden für die Ermittlung des in Artikel 5.105.5 angeführten Amtsalters so berücksichtigt, als ob sie im Amt des Externen Evaluators aus dem Grundschulwesen bzw. im Amt des Externen Evaluators aus dem Sekundarschulwesen geleistet worden wären.“

KAPITEL 16 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 25. OKTOBER 2010 ÜBER PÄDAGOGISCHE UND ADMINISTRATIVE NEUERUNGEN IM UNTERRICHTSWESEN

Art. 80 - Artikel 1 §2 Nummer 3 Buchstabe k) des Dekrets vom 25. Oktober 2010 über pädagogische und administrative Neuerungen im Unterrichtswesen, aufgehoben durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt wieder eingeführt:

„k) Lehrer für allgemeinbildende Kurse im differenzierten Unterricht;“

KAPITEL 17 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 31. MÄRZ 2014 ÜBER DAS ZENTRUM FÜR DIE GESUNDE ENTWICKLUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN

Art. 81 – In Artikel 6.70 §1 Absatz 3 des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wird die Wortfolge „im aktiven Dienst“ durch die Wortfolge „im aktiven Dienst oder im Ruhestand“ ersetzt.

KAPITEL 18 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 26. JUNI 2023 ZUR EINRICHTUNG EINES FONDS FÜR ZINSLOSE DARLEHEN AN AUSZUBILDENDE, STUDIERENDE UND SCHÜLER IN MANGELBERUFEN

Art. 82 – Artikel 1 des Dekrets vom 26. Juni 2023 zur Einrichtung eines Fonds für zinslose Darlehen an Auszubildende, Studierende und Schüler in Mangelberufen wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 11 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt;
2. Folgende Nummer 12 wird eingefügt:

„12. Bildungseinrichtungen: das Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen im Sinne von Artikel 15 des Dekrets vom 16.

Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, die Autonome Hochschule im Sinne von Artikel 1.1 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule, die Sekundarschulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die Universitäten, die ein Studium gemäß Nummer 4 oder 5 anbieten.“

Art. 83 – Artikel 3 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 Nummer 2 wird die Wortfolge „oder ein Meistervolontariat absolvieren und über einen Arbeitsvertrag beschäftigt sind“ durch das Wort „absolvieren“ ersetzt.
2. In §1 Absatz 2 wird die Wortfolge „Lehr- und Meistervolontariatsprogramme“ durch das Wort „Lehrprogramme“ ersetzt.
3. In §1 Absatz 3 wird die Wortfolge „Lehr- und Meistervolontariatsprogramm“ durch das Wort „Lehrprogramm“ ersetzt.
4. Folgender §3 wird eingefügt:
„§3 – Personen, die über einen Arbeitsvertrag beschäftigt sind, haben kein Anrecht auf ein Darlehen.“

Art. 84 – Artikel 6 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In §2 Absatz 1 wird die Wortfolge „Lehr- und Meistervolontariatsprogramm“ durch das Wort „Lehrprogramm“ ersetzt.
2. Folgender §3 eingefügt:
„§3 – Schüler, die bereits ein Darlehen erhalten haben, können nach einem in Artikel 8 §1 Absatz 3 Nummer 4 angeführten erfolgreichen Abschluss ohne Rückzahlung des bereits erhaltenen Darlehens gemäß §1 einen neuen Erstantrag stellen. In diesem Fall wird die Bezugsdauer des bereits erhaltenen Darlehens von der maximal möglichen Bezugsdauer des neuen Studiengangs bzw. der neuen Lehre gemäß Artikel 3 §1 Absatz 1 Nummer 3 des Dekrets abgezogen.“

Art. 85 – In Artikel 9 Absatz 1 Nummer 3 desselben Dekrets wird die Wortfolge „ , sein Meistervolontariat“ gestrichen.

Art. 86 – In dasselbe Dekret wird folgendes Kapitel 7.1, das die Artikel 17.1 und 17.2 umfasst, eingefügt:
„KAPITEL 7.1 – KONTROLLE“

Art. 87 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 17.1 eingefügt:

„Art. 17.1 – §1 – Für die Kontrolle der in Artikel 3 §1 Absatz 1 Nummern 2 und 3 angeführten Bedingungen übermittelt die Regierung den betroffenen Bildungseinrichtungen folgende Informationen:

1. Name und Vorname des Antragstellers;
2. das vom Antragsteller angegebene Einschreibungsdatum;
3. durch den Antragsteller angegebener Studiengang, Studienrichtung des berufsbildenden Sekundarunterrichts oder Lehrprogramm;
4. durch den Antragsteller angegebenes Studien- oder Ausbildungsjahr.

Die betroffene Bildungseinrichtung bestätigt der Regierung die Richtigkeit oder Falschheit der gemäß Absatz 1 zugestellten Informationen.

§2 – Für die Kontrolle der in Artikel 8 §1 Absätze 1 und 2 angeführten erfolgreichen Abschlüsse übermitteln die jeweiligen Bildungseinrichtungen der Regierung die in §1 angeführten Daten der Darlehensnehmer bei:

1. Abbruch des Studiengangs, der Ausbildung oder des siebten Jahres des berufsbildenden Regelsekundarunterrichts sowie das Datum des Abbruchs;
2. bestandenen Ausbildungs- oder Studienjahr;

3. erfolgreichem Abschluss des Studiengangs, der Ausbildung oder der Studienrichtung im Sinne von Artikel 8 §1 Absatz 3 sowie den Titel und das Datum des Abschlusses.“

Art. 88 – In Artikel 18 desselben Dekrets wird zwischen der Wortfolge „die Regierung, “ und der Wortfolge „und andere Personen“ die Wortfolge „ , die jeweilige Bildungseinrichtung“ eingefügt.

Art. 89 – In Artikel 19 desselben Dekrets wird das Wort „ist“ durch die Wortfolge „und die jeweilige Bildungseinrichtung, jeder für seinen Aufgabenbereich, sind“ ersetzt.

Art. 90 – In Artikel 20 §1 Absatz 1 einleitender Satz wird zwischen dem Wort „Regierung“ und der Wortfolge „in Bezug“ die Wortfolge „und die jeweilige Bildungseinrichtung“ eingefügt.

Art. 91 – In Artikel 28 desselben Dekrets wird die Wortfolge „Lehr- und Meistervolontariatsprogramme“ durch das Wort „Lehrprogramme“ ersetzt.

Art. 92 – In das Kapitel 10 desselben Dekrets wird folgender Artikel 28.1 eingefügt:
„Art. 28.1 – In Abweichung von Artikel 3 §3 behalten Darlehensnehmer, die über einen Arbeitsvertrag beschäftigt sind und im akademischen Jahr bzw. im Ausbildungsjahr 2023-2024 ein Darlehen erhalten haben, bis zum Abschluss des Studiums oder der Lehre das Anrecht auf ein Darlehen, insofern sie die Bedingungen in Artikel 3 §1 und §2 erfüllen.“

KAPITEL 19 – INKRAFTTRETEN

Art. 93 – Vorliegendes Dekret tritt am 1. September 2024 in Kraft mit Ausnahme:

1. der Artikel 22-36, die mit Wirkung vom 1. September 2023 in Kraft treten;
2. des Artikels 20, der mit Wirkung vom 1. Januar 2024;
3. der Artikel 19 und 82-92, die am 1. Juli 2024 in Kraft treten;
4. der Artikel 11 und 67, die am 1. Januar 2025 in Kraft treten;
5. der Artikel 1, 7-10, 12-14, 56-60, 66, 68 und 77-80, die am Tag der Verabschiedung des Dekrets in Kraft treten.

Eupen, den

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung

L. KLINKENBERG

**Lydia
Klinkenberg**

Digital unterschrieben
von Lydia Klinkenberg
Datum: 2023.12.15
09:56:11 +01'00'

25/10/2023
Gouvernement de la Communauté germanophone

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Enseignement,

Après délibération,

Arrête :

Le Ministre compétent en matière d'Enseignement est chargé de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone le projet de décret dont la teneur suit :

Avant-projet de décret portant des mesures en matière d'enseignement - 2024

CONTENU

Le présent avant-projet de décret modifie diverses dispositions en matière de personnel et d'organisation dans l'enseignement.

Il contient entre autres les modifications suivantes :

- des adaptations du statut en ce qui concerne les évaluateurs externes;
- la création de la fonction de maître spécial de musique dans l'enseignement fondamental;
- l'adaptation des conditions de passage au sein de la haute école autonome;
- des adaptations dans le cadre du jury d'examen de la Communauté germanophone pour l'enseignement secondaire;
- le soutien à la formation « DuO ».

TABLE DES MATIÈRES

	Page
Exposé des motifs.....	
.....4 Explications	
générales.....	
...4	
Avant-projet	
.....30	

EXPOSÉ DES MOTIFS

EXPLICATIONS GÉNÉRALES

Le présent avant-projet de décret est construit selon le schéma habituel : chaque chapitre adapte un texte réglementaire particulier, et ce, dans l'ordre chronologique.

Afin d'avoir rapidement une meilleure vue d'ensemble, cet exposé des motifs ne suit pas strictement l'ordre des chapitres, mais s'articule autour d'un thème ou d'une mesure et contient en même temps le commentaire des différents articles. Les articles connexes sont énumérés.

1. Instituteurs primaires dans l'enseignement secondaire (articles 15 et 16)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2024.

La législation sur les titres a été adaptée en 2014 afin que le diplôme d'instituteur primaire soit considéré comme le titre requis pour dispenser des cours généraux en première année d'adaptation de l'enseignement secondaire, dans l'enseignement professionnel du degré inférieur de l'enseignement secondaire ordinaire ou dans le degré inférieur de l'enseignement secondaire spécialisé, ainsi que pour dispenser des cours généraux ou techniques dans l'enseignement à horaire réduit. Dans un premier temps, cette disposition a été prévue pour une durée limitée jusqu'au 31 août 2024. Toutefois, comme cette disposition s'est avérée très utile, les instituteurs primaires étant les mieux placés, de par leur formation, pour dispenser des cours généraux en première année d'adaptation, dans l'enseignement professionnel, dans l'enseignement à horaire réduit et en école secondaire spécialisée, il est proposé d'inscrire cette disposition dans la législation sur les titres pour une durée illimitée.

Les articles 15 et 16 procèdent aux adaptations dans l'arrêté royal du 22 avril 1969.

2. Adaptation des conditions de titre pour les maîtres de première langue étrangère dans l'enseignement primaire (article 11)

Entrée en vigueur : 1^{er} janvier 2025.

Le Gouvernement propose d'adapter les conditions de titre pour la fonction de maître de première langue étrangère dans l'enseignement primaire afin d'ouvrir l'accès à cette fonction aux personnes titulaires du diplôme d'instituteur maternel, d'une attestation de suivi d'une formation en didactique

des langues étrangères et d'une attestation de maîtrise approfondie de la langue étrangère concernée. Cette adaptation est motivée par le fait qu'il est parfois difficile de pourvoir les postes dans la fonction de maître de première langue étrangère par des porteurs du titre et que, dans ce contexte, il est parfois fait appel à des instituteurs maternels formés. Afin d'offrir des perspectives de carrière à ces personnes, il est proposé d'adapter la législation sur les titres, étant donné qu'une régularisation dans cette fonction par d'autres moyens n'est pas possible pour les instituteurs maternels.

L'article 11 procède à l'adaptation correspondante dans l'arrêté royal du 22 avril 1969.

3. Adaptations du statut en ce qui concerne les évaluateurs externes (article 1^{er}, 3^o et 4^o, articles 14, 68, 77, 78 et 79)

Entrée en vigueur : Date d'adoption du décret

Le Gouvernement propose de scinder la fonction d'évaluateur externe en fonction d'évaluateur externe provenant de l'enseignement fondamental et en fonction d'évaluateur externe provenant de l'enseignement secondaire. Les conditions de titre sont également adaptées en conséquence. Ainsi, pour accéder à la fonction d'évaluateur externe provenant de l'enseignement fondamental, le candidat doit être titulaire au minimum d'un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré et avoir une expérience professionnelle d'au moins cinq ans en tant que titulaire de classe à horaire complet dans l'enseignement fondamental. Pour accéder à la fonction d'évaluateur externe provenant de l'enseignement secondaire, le candidat doit être titulaire au minimum d'un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré et avoir une expérience professionnelle d'au moins cinq ans dans une fonction de la catégorie du personnel de direction et d'enseignement à horaire complet dans l'enseignement secondaire. Les services à temps partiel sont reconnus proportionnellement à une occupation à temps plein.

Jusqu'à présent, pour occuper la fonction d'évaluateur externe, une expérience professionnelle utile d'au moins dix ans dans une fonction à horaire complet dans l'enseignement fondamental ou secondaire était requise. Vu qu'il s'avère difficile de pourvoir les postes d'évaluation externe, notamment parce que les candidats n'ont parfois pas l'expérience professionnelle requise dans l'enseignement, et que le recrutement par dérogation n'est pas autorisé dans cette fonction de sélection, il est donc proposé d'abaisser l'expérience professionnelle utile requise. Parallèlement, il est précisé que l'expérience professionnelle doit être acquise dans l'enseignement fondamental dans la fonction de titulaire de classe ou dans l'enseignement secondaire dans une fonction de la catégorie du personnel de direction et d'enseignement.

Une disposition transitoire précise que les membres du personnel qui, à la veille de l'entrée en vigueur des nouvelles dispositions, sont nommés à titre définitif ou désignés à titre temporaire dans la fonction d'évaluateur externe et qui ont une expérience professionnelle utile d'au moins cinq ans dans

l'enseignement fondamental, sont transférés dans la fonction d'évaluateur externe provenant de l'enseignement fondamental. Les membres du personnel qui, à la veille de l'entrée en vigueur des nouvelles dispositions, sont nommés à titre définitif ou désignés à titre temporaire dans la fonction d'évaluateur externe et qui ont une expérience professionnelle utile d'au moins cinq ans dans l'enseignement secondaire sont transférés dans la fonction d'évaluateur externe provenant de l'enseignement secondaire. Les jours de service acquis jusqu'à présent dans la fonction d'évaluateur externe sont pris en compte pour la nouvelle fonction. De facto, cette répartition est déjà appliquée de cette manière dans la haute école autonome.

Enfin, le statut de la haute école précise que sur les trois postes à temps plein accordés à la haute école pour l'évaluation externe, deux postes à temps plein doivent être organisés dans la fonction d'évaluateur externe provenant de l'enseignement fondamental et un poste à temps plein dans la fonction d'évaluateur externe provenant de l'enseignement secondaire.

L'article 1^{er}, 3^o et 4^o, procède à la scission des fonctions dans le décret sur les fonctions du 2 octobre 1968.

L'article 14 définit les titres requis pour la fonction d'évaluateur externe provenant de l'enseignement fondamental et la fonction d'évaluateur externe provenant de l'enseignement secondaire dans l'arrêté royal du 22 avril 1969.

Les articles 68, 77, 78 et 79 apportent des adaptations textuelles au statut de la haute école du 27 juin 2005. Ainsi, outre quelques adaptations législatives, il est stipulé que sur les trois postes à temps plein accordés à la haute école pour l'évaluation externe, deux postes à temps plein doivent être organisés dans la fonction d'évaluateur externe provenant de l'enseignement fondamental et un poste à temps plein dans la fonction d'évaluateur externe provenant de l'enseignement secondaire. En outre, une disposition transitoire garantit que les membres du personnel déjà en poste dans la fonction d'évaluateur externe sont transférés (temporairement ou définitivement) vers la fonction d'évaluateur externe provenant de l'enseignement fondamental ou vers la fonction d'évaluateur externe provenant de l'enseignement secondaire, selon l'expérience professionnelle utile dont ils disposent.

4. Présidence des chambres de recours (articles 3, 54, 64, 76 et 81)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2024.

Dans l'enseignement, il existe au niveau de l'enseignement communautaire, de l'enseignement libre subventionné, de l'enseignement officiel subventionné, de la Haute école autonome Ostbelgien et de Kaleido Ostbelgien, une chambre de recours pour traiter les recours des membres du personnel contre un licenciement pour incompatibilité, contre un rapport d'évaluation ou de notation, contre un licenciement anticipé ou contre une sanction disciplinaire. La chambre de recours est présidée par un

président désigné par le Gouvernement parmi les magistrats en activité. Parallèlement, le Gouvernement désigne deux présidents suppléants, également choisis parmi les magistrats en activité.

Compte tenu du fait qu'il s'avère de plus en plus difficile de composer en conséquence les différents organes qui prévoient la présence d'un magistrat germanophone, le Gouvernement propose qu'à l'avenir, des magistrats à la retraite puissent également être désignés président ou président suppléant d'une chambre de recours.

L'article 3 procède aux adaptations correspondantes dans le statut de l'enseignement communautaire.

L'article 54 adapte le statut de l'enseignement libre subventionné.

L'article 64 adapte le statut de l'enseignement officiel subventionné.

L'article 76 adapte le statut des membres du personnel de la Haute école autonome.

L'article 81 adapte le statut des membres du personnel du Centre pour le développement sain des enfants et des jeunes.

5. Création de la fonction de maître spécial de musique dans l'enseignement fondamental (article 1^{er}, 1^o, articles 7, 12, 58, 59 et 60).

Entrée en vigueur : Date d'adoption du décret.

Le Gouvernement propose de créer, dans l'enseignement fondamental, la fonction de maître spécial de musique, qui peut être affecté tant à l'école maternelle qu'à l'école primaire.

La fonction de maître spécial de musique qui sera créée se distingue des tâches de l'enseignant de l'école maternelle ou de l'école primaire. Les maîtres spéciaux de musique occupés dans l'enseignement fondamental peuvent aussi bien diriger des activités musicales à l'école maternelle que dispenser des cours de musique de perfectionnement dans les trois degrés de l'école primaire. Il en résulte une revalorisation qualitative de l'enseignement musical et un allègement de la charge de travail des titulaires de classe. Le concept de l'enseignement musical structuré repose sur la structuration de la pratique musicale afin de construire des compétences métriques, rythmiques,

tonales et vocales. Les trois domaines de pratique de l'enseignement musical structurant sont la création musicale par une pratique musicale variée et des activités liées à la musique, le développement des compétences musicales et l'ouverture aux cultures. Le chant dans différentes langues contribue en outre au développement de la capacité d'expression et a des effets positifs sur les aspects orthophoniques.

L'accès à la fonction de maître spécial de musique dans l'enseignement fondamental est soumis à certaines conditions et exigences. Les diplômes requis pour la fonction de maître spécial de musique dans l'enseignement fondamental sont les suivants :

1. le diplôme de l'enseignement supérieur artistique ou de l'enseignement artistique supérieur, délivré dans une discipline de l'enseignement musical, complété par un diplôme d'aptitude pédagogique dans la discipline « solfège » ou « éducation musicale » délivré par une école supérieure d'art ou un conservatoire, ou un certificat reconnu équivalent par le Gouvernement sur la base d'un avis émis par une académie des arts de la Communauté germanophone après avoir suivi avec succès une formation de l'enseignement supérieur de courte ou de longue durée ;
2. le diplôme d'instituteur maternel ou primaire ou le diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire inférieur ou le diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire supérieur, complété par l'un des titres suivants :
 - a. un diplôme de l'enseignement supérieur artistique ou de l'enseignement artistique supérieur délivré dans une discipline de l'enseignement musical ou un certificat reconnu équivalent par le Gouvernement sur la base d'un avis émis par une académie des arts de la Communauté germanophone, après avoir suivi avec succès une formation de l'enseignement supérieur de courte ou de longue durée ;
 - b. un titre sanctionnant une formation complémentaire d'au moins 15 points ECTS dans le domaine de l'éducation musicale, délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone, ou un ou plusieurs titres reconnus équivalents par le Gouvernement sur la base d'un avis émis par une académie des arts de la Communauté germanophone.

La formation complémentaire en éducation musicale mentionnée dans les conditions du titre sera organisée par la Haute école autonome en étroite collaboration avec l'Académie de musique.

Aucun capital de poste supplémentaire n'est accordé pour la fonction de maître spécial de musique à l'école fondamentale, mais les pouvoirs organisateurs ont la possibilité d'organiser jusqu'à 50 % du capital de poste dans la fonction d'assistant en section maternelle dans une autre fonction. Ils peuvent choisir d'organiser le capital de postes dans la fonction d'assistant en section maternelle, d'instituteur maternel, de maître spécial d'activités en langue étrangère en section maternelle, de surveillant-éducateur ou dans la fonction de maître spécial de musique.

L'article 1^{er}, 1^o, crée dans l'arrêté royal du 2 octobre 1968 la fonction de maître spécial de musique au niveau de l'enseignement fondamental.

L'article 7 prévoit dans le statut de l'enseignement communautaire que l'appel à candidatures pour l'année scolaire 2024-2025 peut être lancé en dehors du délai réglementaire.

L'article 12 fixe dans l'arrêté royal du 22 avril 1969 les titres requis pour la fonction de maître spécial de musique.

Les articles 58, 59 et 60 réglementent, dans l'arrêté du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, la durée hebdomadaire de travail du maître spécial de musique. Si le maître spécial est affecté à l'école maternelle, il dispense 28 heures de cours par semaine pour un horaire complet. Si le maître spécial est affecté à l'école primaire, il assure 24 à 26 heures de cours par semaine dans le cadre d'un horaire complet. En outre, le décret sur l'enseignement fondamental ordinaire prévoit qu'un pouvoir organisateur peut utiliser jusqu'à 50 % du capital de postes dans la fonction d'assistant en section maternelle pour l'organiser, entre autres, dans la fonction de maître spécial de musique.

6. Création de la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement différencié (article 1^{er}, 2^o, articles 8, 9, 10, 13, 56, 57, 66 et 80).

Entrée en vigueur : Date d'adoption du décret.

Le Gouvernement propose de créer, dans l'enseignement secondaire inférieur, la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement différencié afin d'offrir une meilleure perspective statutaire aux membres du personnel occupés dans le degré différencié de l'enseignement secondaire.

Le degré différencié, qui comprend la première année d'adaptation et la deuxième année de formation professionnelle dans l'enseignement secondaire, s'adresse principalement aux élèves de l'enseignement secondaire qui ne sont pas titulaires du certificat d'études de base. Le degré différencié emploie souvent des instituteurs primaires ou des agrégés de l'enseignement secondaire inférieur, car ces membres du personnel possèdent la meilleure formation pour y dispenser des cours généraux. Toutefois, comme il n'existe pas de fonction spécifique, ces personnes doivent être employées dans différentes fonctions [par exemple professeur de cours généraux (langues germaniques), professeur de cours généraux (langues romanes), professeur de cours généraux (mathématiques), etc.]. Ce morcellement des fonctions n'est pas très avantageux du point de vue du statut, car il rend plus difficile l'obtention de jours de service ainsi que le chemin vers une nomination définitive. Il n'est pas rare non plus que ces inconvénients rendent difficile le recrutement de personnel qualifié prêt à travailler à long terme dans l'enseignement différencié.

Les titres requis pour la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement différencié sont définis comme étant le diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire inférieur (toutes orientations d'études confondues) et le diplôme d'instituteur primaire.

Les membres du personnel qui ne possèdent pas le titre requis pour cette fonction peuvent se régulariser au niveau du statut en suivant trois dérogations dans cette fonction et en obtenant un certificat d'aptitude pédagogique plus (CAP+). Ils doivent en outre obtenir au moins la mention « suffisant » dans le rapport d'évaluation relatif à la troisième dérogation.

Une disposition transitoire prévoit la prise en compte, dans cette nouvelle fonction, des éventuelles dérogations suivies par un membre du personnel avant le 1^{er} septembre 2024 dans la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement secondaire inférieur.

Une autre disposition transitoire prévoit que, pour le calcul de l'ancienneté administrative dans la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement différencié, il est également tenu compte des jours de service que le membre du personnel a accomplis avant le 1^{er} septembre 2024 dans l'enseignement différencié dans la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement secondaire inférieur. Une attestation délivrée par le chef d'établissement sert de preuve qu'il a exercé dans l'enseignement différencié la fonction de professeur de cours généraux.

L'article 1^{er}, 2^o, crée dans l'arrêté royal du 2 octobre 1968, au niveau de l'enseignement secondaire inférieur, la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement différencié.

L'article 8 prévoit dans le statut de l'enseignement communautaire que l'appel à candidatures pour l'année scolaire 2024-2025 peut être lancé en dehors du délai réglementaire.

L'article 13 fixe dans l'arrêté royal du 22 avril 1969 les titres requis pour la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement différencié.

L'article 8o stipule dans le décret du 25 octobre 2010 que le CAP+ est considéré comme le titre d'enseignement requis pour les personnes qui changent d'orientation et qui ne possèdent pas le titre requis pour la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement différencié.

Les articles 9, 10, 56, 57, 65 et 66 inscrivent dans le statut de l'enseignement communautaire, de l'enseignement libre subventionné et de l'enseignement officiel subventionné deux dispositions transitoires concernant la prise en compte des dérogations suivies dans la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement différencié et l'ancienneté acquise dans cette fonction.

7. Adaptation du traitement en cas de rappel pour cause de pénurie d'enseignants (articles 61 et 62).

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2024.

En cas de pénurie d'enseignants, un pouvoir organisateur ou le chef d'établissement ou le directeur peut faire appel temporairement à un membre du personnel qui :

- est en congé pour prestations réduites pour raisons sociales ou familiales, en congé pour prestations réduites pour raisons personnelles ou en congé pour prestations réduites pour les membres du personnel qui ont atteint l'âge de 50 ans ou pour les membres du personnel qui ont deux enfants âgés de 14 ans ou moins ;
- est en disponibilité pour convenances personnelles ;
- est totalement ou partiellement en disponibilité pour convenances personnelles avant sa mise à la retraite ;
- est à la retraite.

Dans tous les cas, l'accord du membre du personnel est une condition préalable.

Pendant la période de rappel pour cause de pénurie d'enseignants, les membres du personnel en congé pour prestations réduites ou en disponibilité pour raisons personnelles perçoivent un salaire ou une subvention salariale pour les heures effectuées. Il existe toutefois une différence de traitement entre les membres du personnel temporaires et définitifs. Pour les membres du personnel temporaires, ce rappel pour cause de pénurie d'enseignants est pris en compte dans le salaire différé versé en juillet et en août. En revanche, pour les membres du personnel définitifs, ce rappel n'est pas pris en compte dans le salaire dû au membre du personnel en juillet et août. En juillet et en août, les membres du personnel nommés à titre définitif retrouvent leur forme de congé initiale et perçoivent le salaire auquel ils ont droit sur la base de la forme de congé dont ils ont bénéficié.

Etant donné que, dans un contexte de pénurie d'enseignants dans presque toutes les disciplines, les membres du personnel en congé sont très souvent rappelés à l'activité, le Gouvernement propose, en vue de mettre fin à cette injustice, de rémunérer à l'avenir les membres du personnel en congé pour prestations réduites ou en disponibilité pour convenances personnelles qui sont rappelés temporairement à l'activité, totalement ou partiellement, de la même manière que les membres du personnel en préretraite totale ou partielle ou en retraite qui sont rappelés temporairement à l'activité, à savoir sous la forme d'une allocation. Concrètement, cela signifie que les membres du personnel rappelés ne reçoivent plus de salaire, mais une allocation pour les heures qu'ils effectuent dans le cadre du rappel. Cette allocation est calculée en dixièmes et versée à la fin de chaque mois. De cette manière, les mois de juillet et d'août sont également pris en compte au prorata dans la rémunération et il n'y a plus de différence entre la rémunération des membres du personnel temporaires et définitifs.

Les articles 61 et 62 procèdent aux adaptations prévues par le décret du 25 juin 2001.

8. Congé de maladie (article 46)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2024.

La législation en vigueur en cas d'absence pour cause de maladie prévoit qu'un membre du personnel nommé ou engagé à titre définitif qui est malade pendant plus de quinze jours, reprend son service moins de trente jours avant les vacances d'été ou, selon le cas, dix jours avant les autres vacances scolaires et, moins de quinze jours après la rentrée, interrompt de nouveau son service pendant au moins dix jours, se trouve, pendant ces vacances et pendant les week-ends de ces vacances, en congé ou en disponibilité pour cause de maladie ou d'infirmité, pour autant que le médecin-contrôle atteste que l'incapacité de travail après les vacances scolaires s'appuie sur un diagnostic qui est médicalement lié à celui sur lequel reposait l'incapacité de travail avant les vacances scolaires. Le membre du personnel a toutefois droit à un congé annuel garanti dont l'étendue correspond à celle du congé annuel accordé aux agents du Ministère de la Communauté germanophone. Ces jours de congé garanti ne sont pas considérés comme des jours de congé pour cause de maladie. Ils sont accordés au membre du personnel à partir du 15 juillet, après déduction d'éventuelles vacances de Noël et/ou de Pâques. Il n'est toutefois pas logique que cette règle ne s'applique qu'aux membres du personnel nommés à titre définitif. Afin d'éviter une inégalité de traitement entre les membres du personnel nommés à titre définitif et ceux qui sont désignés ou engagés à titre temporaire pour une durée indéterminée ou pour une durée indéterminée dès l'entrée en service, il est donc proposé d'adapter le texte en question de manière que la réglementation mentionnée ici s'applique à l'avenir également aux membres du personnel désignés ou engagés à titre temporaire pour une durée indéterminée ou pour une durée indéterminée dès l'entrée en service.

L'article 63 procède aux adaptations nécessaires dans le décret du 30 juin 2003 portant mesures urgentes dans l'enseignement 2003.

9. Fin de carrière pour les cadres intermédiaires (articles 2 et 55).

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2024.

La fonction de cadre intermédiaire pouvant également être exercée sous forme de trois quarts de poste depuis septembre 2023, le Gouvernement propose d'adapter le statut pour permettre au cadre intermédiaire qui atteint l'âge de 58 ans au moins au plus tard le 31 décembre de l'année scolaire en cours de bénéficier de la mise en disponibilité à mi-temps pour convenances personnelles avant la

mise à la retraite, pour autant qu'il soit nommé à titre définitif dans la fonction de cadre intermédiaire et qu'il puisse être mis à la retraite dans un délai maximum de 28 mois.

L'article 2 procède aux adaptations correspondantes dans le statut de l'enseignement communautaire.

L'article 55 adapte le statut de l'enseignement libre subventionné.

10. Haute école autonome - Congés annuels de diverses fonctions (article 75)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2024.

Une précision textuelle est proposée dans le statut de la haute école autonome concernant les congés annuels du médiathécaire, de l'assistant médiathécaire, du chargé de recherches, des membres du personnel administratif et de l'évaluateur externe. Pour éviter une inégalité de traitement, le Gouvernement propose de préciser que ces membres du personnel ont droit, en plus du congé annuel proprement dit, à un congé pour tous les jours fériés fixés par la loi et pour le 15 novembre. Si un jour férié fixé par la loi ou le 15 novembre tombe un samedi ou un dimanche, les membres du personnel ont droit à un jour de compensation. Le pouvoir organisateur peut fixer le jour de compensation à un jour précis.

L'article 75 procède aux adaptations correspondantes dans le décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome.

11. Haute école autonome - Définition des compétences linguistiques en allemand pour l'enseignement des langues modernes autres que l'allemand et le français dans l'enseignement supérieur (article 67).

Entrée en vigueur : 1^{er} janvier 2025.

L'article 5, § 3, du même décret du 19 avril 2004 prévoit que dans l'enseignement supérieur, d'autres langues étrangères que le français peuvent être enseignées et sont définies par le pouvoir organisateur dans le cadre du programme d'études. Les professeurs qui enseignent le français ou l'allemand doivent avoir une maîtrise approfondie de la langue concernée. Le décret ne précise pas les exigences linguistiques pour les membres du personnel qui enseignent des langues autres que le français et l'allemand dans l'enseignement supérieur.

Jusqu'à présent, les langues modernes autres que le français et l'allemand n'étaient pas enseignées dans l'enseignement supérieur de la Communauté germanophone. Étant donné que l'introduction de l'enseignement de l'anglais est imminente en raison de la création de la nouvelle filière d'études en travail social, il convient de préciser, avant son lancement, les exigences linguistiques pour les membres du personnel enseignant qui dispensent des cours dans des langues modernes autres que le français et l'allemand.

Par analogie avec la disposition de l'article 15 du même décret du 19 avril 2004 qui fixe les exigences linguistiques pour les langues modernes autres que l'allemand et le français dans l'enseignement secondaire, le Gouvernement propose d'insérer un article 19.1 dans le même décret du 19 avril 2004 qui précise qu'à l'exception de l'enseignement de l'allemand et du français, l'enseignement des langues modernes est dispensé par des enseignants qui ont une maîtrise suffisante de la langue allemande. Cette disposition garantit, par analogie avec l'enseignement secondaire, que les membres du personnel qui enseignent les langues modernes dans l'enseignement supérieur peuvent, si nécessaire, fournir des explications en allemand.

La maîtrise de la langue moderne enseignée par le personnel enseignant est attestée par la possession du diplôme de didactique des langues étrangères requis pour l'accès à la fonction concernée, de sorte qu'aucune disposition n'est nécessaire à cet égard dans le décret du 19 avril 2004.

L'article 67 insère un article 19.1 dans le décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement, qui précise qu'à l'exception de l'enseignement de l'allemand et du français, l'enseignement des langues modernes est dispensé par des professeurs ayant une maîtrise suffisante de la langue allemande.

12. Haute école autonome - Complément aux conditions d'admission aux formations initiales dans les sections « fonction enseignante » et « soins infirmiers » (articles 69 et 70).

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2024.

Par le décret du 26 juin 2023 portant des mesures en matière d'enseignement, de formation et de formation des adultes et visant à lutter contre certaines formes de discrimination - 2023, il a été précisé, pour le nouveau bachelor en travail social, que l'inscription doit notamment être accompagnée de la production d'un extrait de casier judiciaire vierge, conformément à l'article 596, alinéa 2, du Code d'instruction criminelle. Cet extrait de casier judiciaire concerne l'accès à une activité dans le domaine de l'éducation, de la consultation psycho-médico-sociale, de l'aide à la jeunesse, de la protection de l'enfance, de l'animation ou de l'encadrement de mineurs.

Pour l'admission au brevet en soins infirmiers, le décret du 27 juin 2005 prévoit déjà la présentation d'un certificat de bonne conduite. Cette formulation est imprécise, car il existe trois extraits de casier judiciaire différents, mais l'article ne précise pas quel extrait doit être présenté. Il est donc proposé d'adapter le passage correspondant et de renvoyer ici aussi à l'article susmentionné du code pénal.

Dans l'optique d'une harmonisation des conditions d'admission à la formation de brevet et aux études de bachelor dans le domaine des soins infirmiers, le Gouvernement propose de compléter les conditions d'admission des étudiants par un extrait correspondant du casier judiciaire ne comportant pas d'inscription.

En outre, le Gouvernement propose de compléter les conditions d'admission à la formation initiale dans la section « fonction enseignante » par un extrait de casier judiciaire vierge, étant donné que ces étudiants travaillent également avec des mineurs dans le cadre de leurs stages. Pour le travail dans l'enseignement en Communauté germanophone, un extrait correspondant du casier judiciaire doit être présenté, de sorte qu'il semble judicieux d'exiger cet extrait dès l'entrée dans les études.

L'article 69 complète les conditions d'admission dans la section « fonction enseignante » de l'article 3.1 du décret du 27 juin 2005 par un extrait du casier judiciaire datant de moins de trois mois et ne portant aucune inscription, visé à l'article 596, alinéa 2, du Code d'instruction criminelle.

L'article 70 procède au même ajout à l'article 3.2 du même décret pour la section « soins infirmiers » et précise le passage de texte existant pour le brevet en soins infirmiers.

13. Haute école autonome - Adaptations relatives aux élèves et étudiants libres (article 71).

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2024.

La Haute école autonome Ostbelgien peut inscrire des élèves ou étudiants non régulièrement inscrits en tant qu'élèves et étudiants libres afin de leur permettre de suivre des cours. L'article 3.13, alinéa 1^{er}, du décret du 27 juin 2005 prévoit qu'une attestation de participation est délivrée à ces élèves et étudiants libres pour chaque examen passé.

À la demande de la Haute école autonome Ostbelgien, cette disposition doit être adaptée de manière qu'une attestation de présence soit délivrée aux élèves ou étudiants libres. Dans les filières d'études du département des sciences pédagogiques dont l'accès est limité par la procédure d'admission, il n'est pas possible de passer des examens et de recevoir les attestations de participation qui en découlent. Seule la réussite de la procédure d'admission donne la possibilité de passer des examens et de fournir des prestations d'études. Afin de rester cohérent au sein des départements, le

Gouvernement propose d'adapter l'article de manière que les élèves et étudiants libres ne puissent pas participer aux examens. La possibilité de délivrer des attestations de présence est prévue.

L'article 71 adapte l'article 3.13 du décret du 27 juin 2005 afin de permettre la délivrance d'une attestation de présence aux élèves et étudiants libres. La possibilité d'assister aux examens et de se voir délivrer une attestation de participation est abrogée.

14. Haute école autonome - Adaptation du volume d'études de l'année préparatoire (article 72)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2024.

L'année préparatoire prépare à l'examen pour l'obtention du certificat d'enseignement secondaire supérieur devant le jury d'examen de la Communauté germanophone pour l'enseignement secondaire. L'article 3.24 du décret du 27 juin 2005 prévoit que l'année préparatoire comporte un volume d'études d'au moins 1 280 heures d'enseignement de 50 minutes. Cela signifie qu'au moins 64 000 minutes d'enseignement sont dispensées.

Or, les cours de la section préparatoire sont dispensés, comme les cours de bachelor et de l'enseignement professionnel secondaire complémentaire, en heures d'enseignement de 60 minutes, afin de rendre les temps d'enseignement et de pause identiques au sein de l'établissement. C'est pourquoi le Gouvernement propose d'adapter le volume d'enseignement de l'article 3.24 du décret du 27 juin 2005 à au moins 1 066 heures d'enseignement de 60 minutes. Cela signifie qu'au moins 63 960 minutes d'enseignement seront dispensées. L'adaptation ne réduit donc le volume d'heures minimal que de 40 minutes.

L'article 72 adapte le volume d'études de l'année préparatoire de l'article 3.24 du décret du 27 juin 2005 à au moins 1 066 heures de 60 minutes.

15. Haute école autonome - Adaptation des conditions de passage à l'année suivante au sein de la Haute école autonome Ostbelgien (articles 73 et 74).

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2024.

Conformément à l'article 3.33, § 2, du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome, pour être admis à l'année académique suivante, l'étudiant doit obtenir au moins 50% des points à attribuer à chaque épreuve et au moins 60% du nombre total de points à attribuer.

La condition des 60% de réussite n'est plus d'actualité, car dans de nombreuses activités de formation, conformément au guide ECTS, des points ECTS sont attribués sans notation. Dans ce cas, les prestations d'études sont certifiées comme « réussies » ou « achevées ». Ces activités de formation ne peuvent pas être prises en compte pour le calcul de la moyenne des notes, de sorte que la note moyenne ne reflète pas toutes les activités de formation. À la demande de la Haute école autonome Ostbelgien, la réglementation doit être adaptée de manière que les étudiants qui ont réussi toutes les activités de formation de l'année académique correspondante soient admis à l'année académique suivante.

L'article 73 procède à la modification de la règle de réussite prévue à l'article 3.33, § 2, du décret du 27 juin 2005.

L'article 74 supprime l'exigence d'une moyenne de 60% dans les dispositions relatives au report des résultats d'examen et au passage conditionnel de l'article 3.34 du même décret.

16. Utilisation du capital périodes professoral pour la fonction de surveillant-éducateur dans l'enseignement secondaire ordinaire différencié (article 21).

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2024.

Les écoles secondaires ordinaires qui offrent un premier degré différencié signalent un besoin accru de postes de surveillant-éducateur. Afin d'offrir aux directions d'école une plus grande flexibilité dans l'utilisation du capital périodes alloué, il est proposé qu'un maximum d'un emploi du capital périodes professoral puisse être utilisé dans la fonction de surveillant-éducateur lorsqu'une école secondaire ordinaire offre un premier degré différencié.

L'article 21 insère un article 4.2 dans le décret du 5 juin 1990 qui permet au directeur d'une école secondaire ordinaire qui offre un premier degré différencié d'utiliser au maximum un emploi du capital périodes professoral dans la fonction de surveillant-éducateur, pour autant que cette utilisation n'entraîne pas une mise en disponibilité par manque de postes.

17. Correction du texte concernant les conditions d'admission dans l'enseignement spécialisé (articles 18 et 37).

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2024.

L'article 4 de la loi du 6 juillet 1970 sur l'enseignement spécial et intégré stipule que l'enseignement spécialisé est accessible aux élèves âgés de trois à vingt et un ans. Dans le décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, les articles 21.1 et 22.1 reprennent également les conditions d'accès à l'enseignement fondamental spécialisé, mais elles y ont été adaptées à deux ans et demi et 21 ans par le décret du 22 juin 2020. Afin de résoudre cette contradiction et d'éviter un doublement des conditions d'admission, l'article 4 de la loi du 6 juillet 1970 précitée est abrogé.

La condition contenue dans l'article 4 de la même loi du 6 juillet 1970, selon laquelle l'autorisation accordée par commission de soutien pour la fréquentation d'une école spécialisée au-delà de l'âge de 21 ans ne peut être accordée qu'une seule fois et pour une année scolaire, est transférée à l'article 21.1, alinéa 2, du même décret du 31 août 1998.

L'article 18 abroge l'article 4 de la loi du 6 juillet 1970, dont le contenu est déjà couvert par les articles 21.1 et 22.1, § 1^{er}, du décret du 31 août 1998.

L'article 37 transfère de la loi du 6 juillet 1970 précitée au décret du 31 août 1998 la disposition selon laquelle la prolongation de la scolarité spécialisée au-delà de l'âge de 21 ans ne peut être accordée qu'une seule fois.

18. Adaptations dans le cadre du projet LAP « Réforme des instruments de soutien » (articles 19 et 20).

Entrée en vigueur : Article 19 au 1^{er} juillet 2024 ; article 20 avec effet au 1^{er} janvier 2024.

Les formations internes dispensées par des formateurs internes sont déjà soutenues en Communauté germanophone sur la base de l'arrêté du Gouvernement du 13 février 2008 relatif aux aides à la formation accordées pour les travailleurs occupés par les entreprises.

Les formations internes qui ont lieu sur le lieu de travail et qui sont dispensées par des membres du personnel de l'entreprise ne peuvent en principe pas être certifiées par un organisme de formation. Certaines commissions paritaires nationales ont pris l'habitude de délivrer les attestations nécessaires par le biais de leur « Fonds de sécurité d'existence », bien qu'elles ne soient pas l'organisme de formation. La pratique a montré que ces commissions paritaires ne peuvent pas fournir d'informations fiables sur le déroulement de la formation et que, dans ce cas, elles ont elles-mêmes des difficultés à fournir des justificatifs pour l'octroi de leur propre aide financière sectorielle à la formation.

Le double subventionnement et le cumul de différents instruments de soutien pour les formations professionnelles de la Communauté germanophone sont exclus.

L'article 19 exclut désormais explicitement les formations internes dispensées par des formateurs internes ou des membres du personnel de l'entreprise du remboursement des rémunérations liées au congé-éducation payé.

L'article 20 règle la prévention du double subventionnement et du cumul des différents instruments de soutien pour les formations professionnelles de la Communauté germanophone.

19. Adaptations dans le cadre de la réforme du jury d'examen de la Communauté germanophone pour l'enseignement secondaire (articles 22-36)

Entrée en vigueur : avec effet au 1^{er} septembre 2023, étant donné que la première session d'examens selon le nouveau cadre réglementaire aura lieu dès janvier 2024. Les inscriptions débuteront en septembre 2023.

Dans le cadre de la réforme du jury d'examen extrascolaire pour l'enseignement secondaire, qui fait partie du Programme de travail en cours du Gouvernement 2019-2024, des modifications ont déjà été apportées en 2022 au décret du 18 avril 1994 relatif à l'installation d'un jury d'examen de la Communauté germanophone pour l'enseignement secondaire et à l'organisation des examens présentés devant ce jury. Par ailleurs, dans le cadre du projet de réforme, l'arrêté d'exécution du 20 juillet 1994 est abrogé et remplacé par un nouveau.

L'article 17.1 du décret du 18 avril 1994 stipule, depuis son adaptation en 2022, que le Gouvernement détermine les orientations d'études dans lesquelles les examens pour l'obtention du certificat de fin d'études secondaires inférieures et supérieures peuvent être passés dans l'enseignement général, l'enseignement technique de qualification et l'enseignement professionnel. Les annexes 1 et 2 du nouvel arrêté d'exécution énumèrent les matières dans lesquelles les examens sont passés dans les orientations d'études. L'arrêté d'exécution du 20 juillet 1994 prévoyait une répartition des matières en trois épreuves. Cette répartition n'a pas été reprise dans le nouvel arrêté d'exécution, car les orientations d'études actuelles de l'enseignement secondaire ordinaire ne sont pas organisées de cette manière. Par analogie avec l'enseignement secondaire ordinaire, les examens sont répartis entre les « matières de la formation commune » et les « matières spécifiques à l'orientation d'études ». La division en épreuves étant supprimée, il est procédé dans le décret du 18 avril 1994 à la modification ou à la suppression de tous les passages où il est question d'épreuves.

La présente mesure prévoit également de permettre au président du jury de choisir dorénavant, pour toutes les orientations d'études, les examinateurs également parmi les membres de la formation et de la formation continue dans les classes moyennes. Jusqu'à présent, les membres de la formation et de la formation continue dans les classes moyennes ne pouvaient être désignés comme examinateurs que pour les orientations d'études de l'enseignement professionnel du degré supérieur de l'enseignement secondaire. Au cours des dernières années, il s'est avéré dans la pratique que les enseignants des centres de formation et de formation continue dans les classes moyennes pouvaient également être désignés comme examinateurs, entre autres, dans l'enseignement technique de qualification. La mesure vise donc à permettre à ces enseignants d'intervenir dans toutes les formes d'enseignement.

Par ailleurs, la présente mesure prévoit que les résultats des délibérations du jury seront dorénavant communiqués par écrit aux candidats à l'issue de la délibération. Jusqu'à présent, les résultats étaient annoncés à l'issue de la délibération en séance publique et communiqués par écrit seulement après. Afin de préserver la vie privée des candidats et d'éviter que la communication orale et la communication écrite des résultats ne soient pas simultanées, ce qui peut créer une ambiguïté pour les candidats quant aux délais de recours fixés par l'article 39 du décret du 31 août 1998, il est proposé de communiquer les résultats uniquement par écrit.

Par ailleurs, un chapitre relatif à la protection des données dans le cadre du jury d'examen extrascolaire pour l'enseignement secondaire est inséré. Il contient des dispositions relatives à la confidentialité, au traitement des données à caractère personnel et des données relatives à la santé, aux catégories de données, à la durée du traitement et aux mesures de sécurité.

Jusqu'à présent, l'accès aux examens de l'orientation d'études de l'enseignement secondaire professionnel supérieur « année de spécialisation - cours généraux » était réservé aux élèves ayant terminé avec succès la sixième année de l'enseignement secondaire professionnel et aux élèves titulaires du certificat d'enseignement secondaire inférieur et du certificat d'apprentissage. Dans le cadre de la réforme du jury et en vue d'améliorer la perméabilité, les conditions d'accès sont adaptées de manière que les apprentis titulaires du certificat d'enseignement secondaire inférieur puissent participer aux examens du jury dès la deuxième année d'apprentissage. Le certificat de fin d'études peut leur être délivré après l'obtention du certificat d'apprentissage.

L'article 22 permet au président de choisir à l'avenir, pour toutes les orientations d'études, les examinateurs également parmi les membres de la formation et de la formation continue dans les classes moyennes. Jusqu'à présent, cela n'était possible que pour les orientations d'études professionnelles. La disposition dérogatoire de l'alinéa 2, qui prévoit que le Gouvernement peut désigner des examinateurs parmi les membres de la formation et formation continue dans les classes moyennes pour délivrer le certificat d'enseignement secondaire professionnel supérieur, est par conséquent abrogée.

L'article 23 permet au Gouvernement de déterminer quelles activités des examinateurs correspondent à une journée de session. Ceci est déterminant pour la rémunération des examinateurs.

L'article 24 ouvre l'accès aux examens de l'orientation d'études de l'enseignement secondaire supérieur professionnel « année de spécialisation - cours généraux » aux apprentis titulaires du certificat d'enseignement secondaire inférieur et qui sont au moins en deuxième année de cours généraux et techniques. Le certificat d'enseignement secondaire supérieur ne peut être délivré à ces candidats qu'après l'obtention du certificat d'apprentissage.

L'article 25 supprime la disposition selon laquelle l'épreuve consacrée aux matières pratiques se déroule à huis clos, étant donné que les matières ne sont plus subdivisées en épreuves dans les différentes orientations d'études.

L'article 26 supprime la référence aux épreuves, étant donné que les matières ne sont plus subdivisées en épreuves dans les différentes orientations d'études. En outre, l'article supprime la disposition selon laquelle les résultats des délibérations sont immédiatement communiqués en séance publique et la remplace par la disposition selon laquelle les résultats des examens sont communiqués par écrit aux candidats à l'issue de la délibération du jury.

L'article 27 abroge la disposition selon laquelle, si le candidat répartit les épreuves de l'examen sur plusieurs sessions, il reçoit une attestation de dispense d'examen après chaque session. Cette disposition est abrogée, car les matières ne sont plus subdivisées en épreuves dans les différentes orientations d'études.

L'article 28 modifie l'article actuel en ce sens que la demande de consultation des documents d'examen doit être adressée au secrétaire dans les deux semaines suivant la communication écrite, et non plus après la proclamation publique des résultats, puisque désormais les résultats sont communiqués par écrit au candidat à l'issue de la délibération.

L'article 29 insère dans le décret un nouveau chapitre VI.I sur la protection des données.

L'article 30 insère un nouvel article 38.1. dans le décret qui consacre la confidentialité des données confiées aux personnes participant au jury d'examen dans l'exercice de leur mission.

L'article 31 insère un nouvel article 38.2. dans le décret qui permet au Gouvernement de traiter les données à caractère personnel qu'il reçoit en exécution des missions définies par le présent projet de décret. Ce nouvel article précise que le Gouvernement est le responsable du traitement au sens du RGPD en ce qui concerne le traitement des données à caractère personnel.

L'article 32 insère un nouvel article 38.3. dans le décret qui précise sous la responsabilité de qui s'effectue le traitement des données relatives à la santé en ce qui concerne la compensation des désavantages et la protection des notes.

L'article 33 insère un nouvel article 38.4. dans le décret qui définit les catégories de données qui seront dorénavant traitées dans le cadre du jury d'examen extrascolaire pour l'enseignement secondaire. Il s'agit d'établir une base transparente et prévisible pour ces catégories de données. L'article précise également les finalités pour lesquelles les données seront utilisées. Par « données concernant la santé et le développement du candidat en lien avec les mesures correctives prises dans le domaine de formation concerné », on entend les données issues des avis motivant la nécessité de compenser les désavantages ou de protéger les notes, visés à l'article 93.34, § 1^{er}, alinéas 2 et 3, ou à l'article 93.39, § 1^{er}, alinéas 2 et 3, du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées.

L'article 34 insère un nouvel article 38.5 dans le décret qui dispose que le Gouvernement peut recourir à des données anonymisées ou, le cas échéant, pseudonymisées dans le cadre de ce projet de décret pour l'établissement d'analyses et de statistiques.

L'article 35 insère un nouvel article 38.6 dans le décret, qui régit la durée du traitement des données collectées.

L'article 36 insère un nouvel article 38.7 qui prévoit que le Gouvernement détermine, le cas échéant, les mesures de sécurité nécessaires pour le traitement des données à caractère personnel.

20. Demande de transport et règlement régissant le transport dans le cadre du transport scolaire organisé par la Communauté germanophone (articles 38 à 48)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2024.

Conformément à la loi du 15 juillet 1983 portant création d'un Service national de transport scolaire et à l'article 24 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, la Communauté germanophone assure le transport des élèves qui résident à une distance déterminée de l'école fondamentale ou secondaire la plus proche du réseau d'enseignement qu'ils ont choisi.

Si les transports en commun de la Région wallonne - le transport en commun (TEC) - n'organisent pas le transport adéquat, la Communauté germanophone prend en charge le transport des élèves qui fréquentent l'école de libre choix la plus proche de leur domicile. Dans ce contexte, le transport des élèves de l'enseignement spécialisé représente un défi particulier. Afin de tenir compte des besoins spécifiques en matière de santé des élèves de l'enseignement spécialisé, mais aussi de certains élèves de l'enseignement ordinaire qui ont des besoins médicaux, des accompagnateurs de bus sont engagés pour les assister lors de leurs trajets.

La mission des accompagnateurs de bus consiste à garantir le bon déroulement du transport scolaire et à apporter soutien et sécurité aux élèves qui leur sont confiés. Ces agents sont engagés par contrat de travail par l'intermédiaire du service à gestion séparée « Service et logistique dans l'enseignement communautaire » et sont préparés à leur mission.

Afin de garantir la sécurité des élèves en cas d'urgence médicale pendant le transport scolaire et donc une assistance médicale optimale sans faille et sans perte de temps inutile, les écoles sont tenues de transmettre au Gouvernement les coordonnées des élèves inscrits au transport scolaire, des personnes chargées de leur éducation et les données médicales pertinentes concernant les élèves en question. Le Gouvernement transmet ces données aux accompagnateurs et aux chauffeurs de bus employés par le service à gestion séparée « Service et logistique dans l'enseignement communautaire » et, si nécessaire, aux entreprises de bus qui assurent le transport scolaire pour le compte de la Communauté germanophone, afin que ceux-ci sachent d'une part à quoi ils doivent eux-mêmes faire attention avec les élèves et, d'autre part, qu'ils puissent, en cas d'urgence, fournir des informations médicales aux équipes de secours appelées à intervenir, comme par exemple la prise de médicaments. Les données collectées sont les suivantes :

1. données relatives à l'identité et coordonnées des élèves ;
2. données relatives à l'identité et coordonnées des personnes chargées de l'éducation des élèves, afin de pouvoir les contacter en cas de besoin ;
3. données relatives à la fréquentation scolaire ;
4. données relatives à l'utilisation du transport scolaire ;
5. données relatives aux mesures d'ordre et disciplinaires ;
6. données relatives à la santé et au développement des élèves :
 - a) données relatives à la santé physique ;
 - b) données relatives aux vaccinations ;
 - c) données relatives à la santé psychique ;
 - d) données relatives au comportement ;
 - e) données relatives aux risques et aux facteurs de risque.

Le traitement et la communication des données se font sur la base de l'article 6.1e du RGPD, afin de garantir les intérêts des élèves en matière de santé.

À cette fin, les écoles ordinaires et spécialisées ainsi que le Gouvernement coopèrent et traitent les catégories de données mentionnées. Le cadre juridique nécessaire à cet effet est créé par le présent complément de décret.

L'information des personnes chargées de l'éducation et, le cas échéant, des élèves majeurs sur le traitement des données se fait dans le cadre du règlement régissant le transport, pour lequel une base décrétable est également créée. Il est fixé par le Gouvernement et concerne les élèves qui font appel au transport scolaire organisé par la Communauté germanophone. Le règlement régissant le transport comprend les règles de comportement à respecter par les élèves à transporter à l'arrêt de bus, dans le bus et après la descente, contient des mesures d'ordre et disciplinaires en cas de non-respect de ces règles et fournit des informations sur le traitement des données.

L'article 38 introduit une section relative au transport scolaire dans le chapitre IV du décret du 31 août 1998.

L'article 39 définit le champ d'application de la section relative au transport scolaire et renvoie à cet effet aux alinéas 3 et 4 de l'article 24 du même décret du 31 août 1998.

L'article 40 régit l'inscription au transport scolaire et définit le contenu de la demande de transport. La demande de transport est accompagnée d'un règlement régissant le transport signé. En l'absence de celui-ci, la demande est rejetée.

L'article 41 prévoit que le Gouvernement établit un règlement régissant le transport pour le transport scolaire qu'il organise, contenant notamment les règles de comportement, les mesures d'ordre et disciplinaires et des indications sur le traitement des données. L'inscription au transport scolaire se fait dans l'établissement scolaire que l'élève fréquente. L'école soumet le règlement régissant le transport à la signature des personnes chargées de l'éducation et transmet ce document au Ministère en même temps que la demande de transport.

L'article 42 régit la confidentialité.

L'article 43 contient des dispositions relatives au traitement des données à caractère personnel et désigne le Gouvernement comme responsable du traitement.

L'article 44 désigne le responsable du traitement des données relatives à la santé.

L'article 45 définit les catégories de données. Elles sont nécessaires pour apporter un soutien ciblé aux élèves ayant des besoins médicaux et pour garantir des soins vitaux par les équipes de secours en cas d'urgence.

L'article 46 régit la coopération et l'échange de données entre les écoles ordinaires et spécialisées, le Gouvernement, les accompagnateurs et les chauffeurs de bus employés par le service à gestion séparée « Service et logistique dans l'enseignement communautaire » et les entreprises de bus qui assurent le transport des élèves pour le compte de la Communauté germanophone.

L'article 47 fixe la durée de conservation des données. Si un élève ne fait plus appel au transport scolaire, les données sont détruites après un délai d'opposition de trois mois.

L'article 48 permet au Gouvernement de fixer les mesures de sécurité nécessaires.

21. Validité des mesures de compensation des désavantages (articles 49 et 50)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2024.

Il s'agit d'une correction technique, car la formulation de la validité des mesures de compensation des désavantages est ambiguë. Dans les articles relatifs à la validité des mesures de compensation des désavantages et de la protection des notes, il est précisé que la prolongation des mesures est possible plusieurs fois.

L'article 49 introduit l'amendement pour les mesures de compensation des désavantages.

L'article 50 introduit l'amendement relatif à la protection des notes.

22. Corrections de texte et ajouts concernant le soutien à la formation DuO (articles 82 à 92)

Entrée en vigueur : 1^{er} juillet 2024.

Le décret du 26 juin 2023 portant création d'un Fonds relatif aux prêts sans intérêts à destination des apprentis, étudiants et élèves désirant se former à un métier en pénurie permet d'apporter une aide financière aux personnes qui se forment à un métier en pénurie. Après avoir reçu les premières

demandes d'obtention de ce prêt, il a été constaté que certaines corrections et certains compléments étaient nécessaires.

L'utilisation inappropriée de l'expression « stage volontaire de maîtrise » est corrigée. Un contrat de volontariat de maîtrise n'est pas un programme d'études ou d'apprentissage, mais sert à attribuer un statut social dans l'entreprise en tant qu'apprenti. Par conséquent, ce terme est supprimé dans les articles concernés.

En outre, les personnes qui ont un contrat de travail sont exclues du système de prêts. Ces personnes peuvent bénéficier de nombreuses autres aides financières, comme le congé-éducation payé, le crédit-temps et les fonds comme Maribel qui financent des programmes tels que « Projet 600 » et « #choississlessoins » dans le domaine des soins infirmiers.

Le but de ce système est d'attirer des professionnels dans les professions en pénurie.

Une disposition transitoire est ajoutée pour les emprunteurs qui sont employés dans le cadre d'un contrat de travail et qui ont reçu un prêt pendant l'année académique ou l'année de formation 2023-2024. Ils conservent le droit à un prêt jusqu'à la fin de leurs études ou de leur apprentissage, pour autant qu'ils remplissent les conditions prévues à l'article 3, § 1^{er} et § 2.

Selon les règles actuelles, un élève qui a bénéficié d'un prêt pour une ou deux années maximum doit rembourser le prêt déjà obtenu s'il souhaite entamer des études ou un apprentissage dans une profession en pénurie après avoir terminé avec succès sa septième année d'enseignement secondaire professionnel. La présente mesure prévoit désormais une dérogation à cette règle. Dans ce cas, le prêt déjà obtenu est déduit de la durée de perception maximale résultant de la durée réglementaire des nouvelles études ou du nouvel apprentissage - comme dans le cas d'un changement d'études ou d'apprentissage. Cette procédure est beaucoup plus simple, tant sur le plan administratif que pour les personnes concernées, et n'a aucune incidence financière.

Enfin, la présente mesure définit les modalités de contrôle du respect des diverses conditions liées au prêt, en collaboration avec les établissements d'enseignement. Pour contrôler les informations fournies par le demandeur concernant la formation, seules les données nécessaires sont transmises à l'établissement d'enseignement concerné pour confirmation. Pour contrôler la réussite du diplôme, l'établissement d'enseignement transmet les données nécessaires au Ministère. En conséquence, des dispositions supplémentaires en matière de protection des données sont introduites et la définition d'« établissement d'enseignement » est ajoutée au décret du 26 juin 2023.

L'article 82 insère la définition d'« établissement d'enseignement » à l'article 1^{er} du décret du 26 juin 2023 portant création d'un Fonds relatif aux prêts sans intérêts à destination des apprentis, étudiants et élèves désirant se former à un métier en pénurie.

L'article 83, 1°, supprime la règle selon laquelle les élèves libres qui ont un contrat de travail ne peuvent pas demander de prêt à l'article 3, § 1^{er}, du même décret.

Le 2° supprime l'expression « stage volontaire de maîtrise » à l'article 3, § 1^{er}, alinéa 2, du même décret.

Le 3° supprime l'expression « stage volontaire de maîtrise » à l'article 3, § 1^{er}, alinéa 3, du même décret.

Le 4° exclut du système de prêt les personnes ayant un contrat de travail.

L'article 84, 1°, supprime l'expression « stage volontaire de maîtrise » à l'article 6, § 2, alinéa 1^{er}, du même décret.

Le 2° prévoit une exception pour les diplômés de la septième année de l'enseignement secondaire professionnel à la règle selon laquelle une personne n'a de nouveau droit à un prêt qu'après avoir rempli les conditions mentionnées à l'article 8, § 1^{er}, du décret.

L'article 85 supprime l'expression « stage volontaire de maîtrise » à l'article 9, alinéa 1^{er}, 3°, du même décret.

L'article 86 insère un nouveau chapitre 7.1 relatif au contrôle des conditions du système de prêt dans le même décret.

L'article 87 insère un nouvel article 17.1 dans le décret, qui précise les informations personnelles d'un demandeur qui sont transmises à l'établissement d'enseignement concerné en vue de contrôler l'exactitude de ces informations par rapport aux conditions d'application visées à l'article 3 du décret. L'article précise également les informations qu'un établissement d'enseignement transmet au Ministère en vue du contrôle des achèvements visés à l'article 8 du décret.

Les articles 88 à 90 adaptent les articles relatifs à la protection des données au traitement des données par les établissements d'enseignement.

L'article 91 supprime l'expression « stage volontaire de maîtrise » à l'article 28 du même décret.

L'article 92 insère dans le même décret une disposition transitoire précisant que les personnes titulaires d'un contrat de travail et ayant bénéficié d'un prêt au cours de l'année de formation 2023-2024 conservent le droit de bénéficier d'un prêt jusqu'à la fin de leurs études ou de leur formation.

23. Corrections de référence dans le statut (articles 3, 4, 5, 52, 53 et 54).

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2024.

Les articles 91*undequadragies* (fonction de secrétaire de direction), 91*quadragiessexies* (fonction de gestionnaire financier et immobilier) et 91*quintagiessemel* (fonction d'auxiliaire d'intégration scolaire en pédagogie de soutien) du statut de l'enseignement communautaire ainsi que les articles 62.37 (fonction de secrétaire de direction), 62.44 (fonction de gestionnaire financier et immobilier) et 62.49 (fonction d'auxiliaire d'intégration scolaire en pédagogie de soutien) du statut de l'enseignement libre subventionné ont été modifiés respectivement par le décret du 24 avril 2023 relatif aux mesures visant à renforcer le bien-être du personnel dans l'enseignement et le décret du 26 juin 2023 portant des mesures en matière d'enseignement, de formation et de formation des adultes et visant à lutter contre certaines formes de discrimination - 2023. Il en a résulté une erreur de référence dans les articles respectifs et la disparition de la référence au paragraphe applicable aux membres définitifs du personnel occupant l'une de ces fonctions.

Le Gouvernement propose donc de corriger l'erreur de référence « § 1^{er}, alinéa 1^{er}, alinéa 1^{er} » et de réintroduire la référence au paragraphe applicable aux membres définitifs du personnel occupant l'une de ces fonctions.

Les articles 3, 4 et 5 apportent ces corrections au statut de l'enseignement communautaire.

Les articles 52, 53 et 54 apportent ces corrections au statut de l'enseignement libre subventionné.

La Ministre de l'Éducation
et de la Recherche scientifique

L. KLINKENBERG

AVANT-PROJET DE DÉCRET

Avant-projet de décret portant des mesures en matière d'enseignement - 2024

Chapitre 1^{er} – Modification de l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique ainsi que du personnel administratif des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements

Article 1^{er} – À l'article 6 de l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique ainsi que du personnel administratif des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2023, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° entre les B. et C., il est inséré un B.1., a), 1°, rédigé comme suit :
« B.1. Dans l'enseignement fondamental
a) fonctions de recrutement
1° maître spécial de musique; »
- 2° dans le C., a), un 2° est rétabli dans la rédaction suivante :
« 2° professeur de cours généraux dans l'enseignement différencié; »
- 3° dans le E., b), 17°, les mots « évaluateur externe. » sont remplacés par les mots « évaluateur externe provenant de l'enseignement fondamental »;
- 4° dans le E., b), un 18° est rétabli dans la rédaction suivante :
« 18° évaluateur externe provenant de l'enseignement secondaire ».

Chapitre 2 – Modification de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire

Art. 2 – Dans l'article 91*quaterdecies*, alinéa 2, de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire, inséré par le décret du 24 juin 2013, remplacé par le décret du 18 juin 2018 et modifié par le décret du 24 avril 2023, les mots « 91*octies*, § 1^{er} et § 2, alinéas 1^{er} et 2 » sont remplacés par les mots « 91*octies*, § 1^{er} et § 2, alinéas 1^{er}, 2 et 3, 2° ».

Art. 3 – Dans l'article 91*undequadragies*, alinéa 2, du même arrêté royal, inséré par le décret du 18 juin 2018 et modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2023, les mots « 91*octies*, § 1^{er}, alinéa 1^{er} » sont remplacés par les mots « 91*octies*, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2, alinéa 1^{er} ».

Art. 4 – Dans l'article 91*quadragiessexies*, alinéa 2, du même arrêté royal, inséré par le décret du 22 juin 2020 et modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2023, les mots « 91*octies*, § 1^{er}, alinéa 1^{er} » sont remplacés par les mots « 91*octies*, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2, alinéa 1^{er} ».

Art. 5 – Dans l'article 91*quintagiessemel*, alinéa 2, du même arrêté royal, inséré par le décret du 28 juin 2021 et modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2023, les mots « 91*octies*, § 1^{er}, alinéa 1^{er} » sont remplacés par les mots « 91*octies*, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2, alinéa 1^{er} ».

Art. 6 – Dans l'article 133 du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006, l'alinéa 1^{er} est complété par les mots « de service ou retraités ».

Art. 7 – Dans le chapitre XIbis du même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, il est inséré un article 16gtriciesbis rédigé comme suit :

« Art. 16gtriciesbis – Par dérogation à l'article 22, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, l'appel aux candidats à une désignation à titre temporaire dans la fonction de maître spécial de musique pour l'année scolaire 2024-2025 est effectué entre la date d'adoption du décret du [date d'adoption du décret] portant des mesures en matière d'enseignement - 2024 et le 31 août 2024. »

Art. 8 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 16gtriciester rédigé comme suit :

« Art. 16gtriciester – Par dérogation à l'article 22, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, l'appel aux candidats à une désignation à titre temporaire dans la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement différencié pour l'année scolaire 2024-2025 est effectué entre la date d'adoption du décret du [date d'adoption du décret] et le 31 août 2024. »

Art. 9 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 16gtriciesquater rédigé comme suit :

« Art. 16gtriciesquater – Sans préjudice de l'article 16 et de l'article 39, il est tenu compte dans la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement différencié des dérogations dont a bénéficié un membre du personnel avant le 1^{er} septembre 2024 dans la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement secondaire inférieur. »

Art. 10 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 16gtriciesquinquies rédigé comme suit :

« Art. 16gtriciesquinquies – Pour le calcul de l'ancienneté de fonction mentionnée à l'article 17 et à l'article 39, il est également tenu compte dans la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement différencié des jours de service que le membre du personnel a prestés avant le 1^{er} septembre 2024 dans l'enseignement différencié dans la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement secondaire inférieur. Une attestation délivrée par le chef d'établissement permet de prouver que ledit membre a exercé une activité comme professeur de cours généraux dans l'enseignement différencié. »

Chapitre 3 – Modification de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique ainsi que du personnel administratif des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et des internats dépendant de ces établissements

Art. 11 – Dans l'article 7 de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique ainsi que du personnel administratif des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et des internats dépendant de ces établissements, le 7^o, inséré par le décret du 21 avril 2008 et modifié par le décret du 22 juin 2020, est complété par un d) rédigé comme suit :

« d) le diplôme d'instituteur maternel, l'attestation de réussite d'une formation en didactique des langues étrangères et la preuve de la connaissance approfondie de la langue étrangère en question. »

Art. 12 – Dans le chapitre II du même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2023, il est inséré un article 7.1 rédigé comme suit :

« Art. 7.1 – Les titres requis pour la fonction de maître spécial de musique dans l'enseignement fondamental sont les suivants :

1^o Le diplôme de l'enseignement artistique supérieur ou supérieur artistique délivré dans une orientation d'études de l'enseignement musical, complété par un diplôme d'aptitude pédagogique

dans l'orientation "solfège" ou "éducation musicale" délivré par une école de l'enseignement supérieur artistique ou un conservatoire, ou un titre sanctionnant une formation de l'enseignement supérieur de type court ou long reconnu équivalent par le Gouvernement sur la base d'un avis émis par une académie des arts de la Communauté germanophone.

2° Le diplôme d'instituteur maternel ou d'instituteur primaire ou d'agrégé de l'enseignement secondaire inférieur ou d'agrégé de l'enseignement secondaire supérieur, complété par un des titres énumérés ci-après :

a) un diplôme de l'enseignement artistique supérieur ou supérieur artistique délivré dans une orientation d'études de l'enseignement musical ou un titre sanctionnant une formation de l'enseignement supérieur de type court ou long reconnu équivalent par le Gouvernement sur la base d'un avis émis par une académie des arts de la Communauté germanophone;

b) un titre sanctionnant une formation complémentaire dans le domaine de l'éducation musicale d'au moins 15 points ECTS délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou un ou plusieurs titres reconnus équivalents par le Gouvernement sur la base d'un avis émis par une académie des arts de la Communauté germanophone. »

Art. 13 – Dans l'article 8 du même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 24 juin 2013, il est inséré un 1.1° rédigé comme suit :

« 1.1° professeur de cours généraux dans l'enseignement différencié :

a) le diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire inférieur (toute orientation);

b) le diplôme d'instituteur primaire. »

Art. 14 – À l'article 10 du même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2023, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 18^{sexies} est remplacé par ce qui suit :

« 18^{sexies} - évaluateur externe provenant de l'enseignement fondamental : au moins un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré et une expérience professionnelle d'au moins cinq ans en tant que titulaire de classe avec un horaire complet dans l'enseignement fondamental. Les services à temps partiel sont pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein dans cette fonction. »;

2° il est inséré un 18^{sexies/1} rédigé comme suit :

« 18^{sexies/1} - évaluateur externe provenant de l'enseignement secondaire : au moins un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré et une expérience professionnelle d'au moins cinq ans dans une fonction de la catégorie du personnel directeur et enseignant avec un horaire complet dans l'enseignement secondaire. Les services à temps partiel sont pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein dans cette fonction. »

Art. 15 – Dans l'article 17.1 du même arrêté royal, inséré par le décret du 5 mai 2014 et modifié par les décrets des 26 juin 2017, 6 mai 2019 et 22 juin 2020, les mots « , et ce, pendant les années scolaires 2014-2024 » sont abrogés.

Art. 16 – Dans l'article 17.2 du même arrêté royal, inséré par le décret du 29 juin 2015 et modifié par les décrets des 26 juin 2017 et 6 mai 2019, les mots « , et ce, pendant les années scolaires 2015-2024 » sont abrogés.

Chapitre 4 – Modification de la loi du 6 juillet 1970 sur l'enseignement spécial et intégré

Art. 17 – Dans l'intitulé de la loi du 6 juillet 1970 sur l'enseignement spécial et intégré, modifiée par la loi du 11 mars 1986, les mots « l'enseignement spécial » sont remplacés par les mots « l'enseignement spécialisé ».

Art. 18 – L'article 4 de la même loi, remplacé par le décret du 11 mai 2009, est abrogé.

Chapitre 5 – Modification de la loi de redressement du 22 janvier 1985 contenant des dispositions sociales

Art. 19 – Dans l'article 109 de la loi de redressement du 22 janvier 1985 contenant des dispositions sociales, modifié en dernier lieu par le décret du 25 avril 2016, il est inséré un § 2.1 rédigé comme suit :

« § 2.1 – Par dérogation aux §§ 1^{er} et 2, les formations dispensées sur le lieu de travail par un membre du personnel de l'entreprise ne donnent pas droit à un congé-éducation payé. »

Art. 20 – Dans l'article 120 de la même loi, modifié en dernier lieu par le décret du 25 avril 2016, il est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2 deux alinéas rédigés comme suit :

« Le remboursement des rémunérations afférentes au congé-éducation payé peut être cumulé avec une autre aide financière publique et sectorielle à la formation qui se rapporte à la même formation, pour autant que le montant total des aides à la formation accordées ne dépasse pas les coûts salariaux horaires effectifs.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, les aides ou allocations financières à la formation et les prêts sans intérêts qui sont destinés aux apprenants, étudiants et élèves désirant se former à un métier en pénurie et qui sont accordés dans le cadre des dispositions légales ou réglementaires de la Communauté germanophone ne sont pas cumulables avec le remboursement des rémunérations afférentes au congé-éducation payé. »

Chapitre 6 – Modification du décret du 5 juin 1990 fixant le nombre de périodes-professeur pour l'enseignement secondaire de plein exercice de type I

Art. 21 – Dans le décret du 5 juin 1990 fixant le nombre de périodes-professeur pour l'enseignement secondaire de plein exercice de type I, modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, il est inséré un article 4.2 rédigé comme suit :

« Art. 4.2 – Le chef d'établissement d'une école secondaire ordinaire qui propose un premier degré différencié peut organiser au maximum un emploi du capital périodes accordé dans la fonction de surveillant-éducateur. Cette utilisation du capital périodes ne peut entraîner de mise en disponibilité par défaut d'emploi. »

Chapitre 7 – Modification du décret du 18 avril 1994 relatif à l'installation d'un jury d'examen de la Communauté germanophone pour l'enseignement secondaire et à l'organisation des examens présentés devant ce jury

Art. 22 – À l'article 5 du décret du 18 avril 1994 relatif à l'installation d'un jury d'examen de la Communauté germanophone pour l'enseignement secondaire et à l'organisation des examens présentés devant ce jury, modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « de la formation et de la formation continue dans les classes moyennes, » sont insérés entre les mots « scolaire continuée, » et les mots « ainsi que parmi »;

2° l'alinéa 2 est abrogé.

Art. 23 – L'article 7 du même décret est complété par la phrase suivante :

« Le Gouvernement fixe la définition d'un jour de session. »

Art. 24 – À l'article 14 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, 2°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;
2° l'alinéa 2 est complété par un 3° rédigé comme suit :
« 3° les apprentis porteurs du certificat d'enseignement secondaire inférieur ou d'un titre y assimilé et qui, dans les cours tant généraux que techniques, se trouvent au moins dans la deuxième année d'apprentissage. »;
3° un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 2 et 3, qui devient l'alinéa 4 :
« Le certificat ne peut être délivré aux candidats mentionnés à l'alinéa 2, 3°, qu'après l'obtention par ceux-ci du certificat de fin d'apprentissage conformément à l'article 7, § 6, alinéa 2, du même décret du 16 décembre 1991. »

Art. 25 – L'article 29 du même décret est abrogé.

Art. 26 – À l'article 34 du même décret, modifié par le décret du 17 juillet 1995, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, les mots « ou quelles épreuves » sont abrogés;
2° dans l'alinéa 3, les mots « et proclamé immédiatement en séance publique » sont abrogés;
3° l'alinéa 3 est complété par la phrase suivante :
« Les résultats des examens sont communiqués par écrit aux candidats à l'issue de la délibération. »

Art. 27 – Dans l'article 35 du même décret, l'alinéa 1^{er} est abrogé.

Art. 28 – Dans l'article 38, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots « la proclamation publique » sont remplacés par les mots « la communication écrite ».

Art. 29 – Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, il est inséré un chapitre VI.I, comportant les articles 38.1 à 38.6, intitulé comme suit :
« Chapitre VI.I – Protection des données ».

Art. 30 – Dans le chapitre VI.I, il est inséré un article 38.1 rédigé comme suit :
« Art. 38.1 – *Confidentialité*

Sans préjudice de dispositions légales ou décrétales contraires, quiconque, à quelque titre que ce soit, participe à l'application du présent décret et de ses dispositions d'exécution est tenu de traiter confidentiellement les données qui lui sont confiées dans le cadre de l'exercice de sa mission. »

Art. 31 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 38.2 rédigé comme suit :
« Art. 38.2 – *Traitement des données à caractère personnel*

Sans préjudice de l'article 38.3, le Gouvernement est responsable du traitement des données à caractère personnel mentionnées à l'article 38.4 au sens de l'article 4, 7), du règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE (règlement général sur la protection des données).

Le Gouvernement collecte et traite des données à caractère personnel en vue de l'exercice de ses missions légales ou décrétales, notamment en ce qui concerne les missions mentionnées à l'article 1^{er}. Le Gouvernement ne peut utiliser les données collectées à d'autres fins que l'exercice de ses missions légales ou décrétales.

Le traitement des données à caractère personnel s'opère dans le respect des dispositions légales applicables en matière de protection des données.

Le Gouvernement informe à cet égard ses collaborateurs et conseillers externes de ses devoirs en matière de sécurité de l'information et de protection des données. »

Art. 32 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 38.3 rédigé comme suit :

« *Art. 38.3 – Traitement de données relatives à la santé*

Le traitement de données relatives à la santé en ce qui concerne la compensation des désavantages et la protection des notes s'opère sous la responsabilité du président du jury, des membres du jury et du service compétent de l'organisme expert en la matière qui rend l'avis motivant la nécessité de compenser des désavantages ou de protéger les notes, mentionné respectivement à l'article 93.34, § 1^{er}, alinéas 2 et 3, et à l'article 93.39, § 1^{er}, alinéas 2 et 3, du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées. »

Art. 33 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 38.4 rédigé comme suit :

« *Art. 38.4 – Catégories de données*

§ 1^{er} – Le Gouvernement peut collecter et traiter, en ce qui concerne le candidat, toutes les données à caractère personnel appropriées, utiles et proportionnées, conformément à l'article 38.2, relevant des catégories de données suivantes :

- 1° les données relatives à l'identité et les données de contact;
- 2° les données relatives au diplôme et à la formation;
- 3° les données relatives aux connaissances linguistiques;
- 4° les données relatives à la date et au lieu de naissance;
- 5° les données relatives au paiement des droits d'inscription;
- 6° les données issues d'une justification d'absence mentionnée à l'article 30bis;
- 7° les données concernant la santé et le développement du candidat en lien avec les mesures correctives prises dans le domaine de formation concerné.

Les catégories de données mentionnées à l'alinéa 1^{er} peuvent être traitées aux fins suivantes :

- 1° la délivrance des certificats conformément à l'article 1^{er};
- 2° le contrôle du paiement des droits d'inscription conformément à l'article 12;
- 3° le contrôle des conditions d'admission aux examens conformément aux articles 14 et 15;
- 4° l'octroi de dispenses d'examen conformément aux articles 16 et 35;
- 5° les conséquences de tricheries conformément à l'article 30;
- 6° la justification d'une absence à un examen conformément à l'article 30bis;
- 7° le procès-verbal et la communication des résultats de la délibération conformément à l'article 34;
- 8° l'octroi de la compensation des désavantages ou de la protection des notes conformément à l'article 36.1;
- 9° le traitement du recours conformément à l'article 37;
- 10° la consultation des documents conformément à l'article 38.

§ 2 – Le Gouvernement peut collecter et traiter, en ce qui concerne l'examineur, toutes les données à caractère personnel appropriées, utiles et proportionnées, conformément à l'article 38.2, relevant des catégories de données suivantes :

- 1° les données relatives à l'identité et les données de contact;
- 2° les numéros d'identification mentionnés à l'article 8, § 1^{er}, 1° ou 2°, de la loi du 15 janvier 1990 relative à l'institution et à l'organisation d'une Banque-carrefour de la Sécurité sociale;
- 3° les données relatives au numéro de compte et les coordonnées bancaires.

Les catégories de données mentionnées à l'alinéa 1^{er} peuvent être traitées aux fins suivantes :

- 1° la composition du jury conformément aux articles 2, 3, 4 et 5;
- 2° le paiement des jetons de présence et des indemnités pour frais de déplacement conformément à l'article 7;
- 3° la garantie d'un bon déroulement de la session d'examens conformément aux articles 8 et 9.

§ 3 – Le Gouvernement peut préciser les catégories de données mentionnées aux §§ 1^{er} et 2. »

Art. 34 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 38.5 rédigé comme suit :

« Art. 38.5 – *Utilisation de données pour établir des analyses et statistiques*

En principe, le Gouvernement recourt de préférence à des données anonymes pour établir des analyses et statistiques en ce qui concerne l'exercice de ses missions dans le cadre du présent décret.

Si les données anonymes mentionnées à l'alinéa 1^{er} ne permettent pas d'établir des analyses et statistiques détaillées, le recours à des données pseudonymisées est autorisé.

Pour l'application de l'alinéa 2, le Gouvernement mentionne dans la déclaration de traitement les raisons pour lesquelles le traitement de données anonymes ne permet pas d'établir les analyses et statistiques mentionnées à l'alinéa 1^{er}. »

Art. 35 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 38.6 rédigé comme suit :

« Art. 38.6 – *Durée du traitement des données*

Sans préjudice d'autres dispositions légales, décrétales ou réglementaires prévoyant, le cas échéant, un délai de conservation plus long, les données mentionnées à l'article 38.3 sont conservées comme suit :

- 1° pour le dossier d'inscription des candidats : jusqu'à ce que le candidat ait obtenu le certificat visé et au maximum dix ans après le dépôt du dossier d'inscription;
- 2° pour les relevés de notes et la copie des diplômes : dix ans à compter de la date à laquelle le candidat a obtenu son certificat.

Sans préjudice des dispositions relatives à l'archivage, les données sont détruites au plus tard au terme des délais mentionnés à l'alinéa 1^{er}. »

Art. 36 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 38.7 rédigé comme suit :

« Art. 38.7 – *Mesures de sécurité*

Le cas échéant, le Gouvernement fixe les mesures de sécurité nécessaires pour le traitement des données à caractère personnel prévu par le présent chapitre. »

Chapitre 8 – Modification du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées

Art. 37 – Dans l'article 22.1, § 1^{er}, du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, l'alinéa 2, inséré par le décret du 11 mai 2009, est complété par la phrase suivante :

« Cette autorisation vaut pour une année scolaire et ne peut être accordée qu'une fois. »

Art. 38 – Dans le chapitre IV du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2023, il est inséré une section 11, comportant les articles 45.2 à 45.11, intitulée comme suit :

« Section 11 – Transport scolaire ».

Art. 39 – Dans le chapitre IV, section 11, du même décret, il est inséré un article 45.2 rédigé comme suit :

« Art. 45.2 – Champ d'application »

La présente section s'applique aux élèves mentionnés à l'article 24, alinéas 3 et 4, ainsi qu'aux élèves mentionnés à l'article 20 de la loi du 6 juillet 1970 sur l'enseignement spécialisé et intégré qui utilisent un transport scolaire organisé par la Communauté germanophone. »

Art. 40 – Dans la même section, il est inséré un article 45.3 rédigé comme suit :

« Art. 45.3 – Inscription au transport scolaire »

L'établissement dans lequel l'élève est inscrit introduit auprès du Gouvernement une demande de transport pour l'élève concerné. La demande de transport reprend les données suivantes :

- 1° le nom de l'établissement;
- 2° le nom de l'élève, son adresse, sa date de naissance, le niveau d'enseignement, l'année d'études et, le cas échéant, la forme d'enseignement;
- 3° la mention indiquant si l'établissement fréquenté correspond à l'école de libre choix la plus proche;
- 4° la distance en kilomètres entre le domicile et l'établissement;
- 5° la date d'utilisation souhaitée du transport scolaire;
- 6° en cas de déménagement : la mention indiquant l'ancien circuit qu'empruntait l'élève;
- 7° la date de la demande;
- 8° le règlement régissant le transport en bus signé par les personnes chargées de l'éducation conformément à l'article 45.4;
- 9° la signature du chef d'établissement ou de son représentant.

Après réception de la demande de transport, le Gouvernement vérifie le droit au transport scolaire conformément à l'article 24, alinéas 3 et 4, ainsi qu'à l'article 20 de la loi du 6 juillet 1970 sur l'enseignement spécialisé et intégré et affecte les élèves qui ont droit au transport scolaire à un circuit donné. Il communique sa décision par écrit à l'établissement concerné et aux personnes chargées de l'éducation.

Si la demande de transport n'est pas accompagnée du règlement régissant le transport signé, le Gouvernement refuse ladite demande. »

Art. 41 – Dans la même section, il est inséré un article 45.4 rédigé comme suit :

« Art. 45.4 – Règlement régissant le transport »

Le Gouvernement établit pour le transport scolaire organisé par la Communauté germanophone un règlement régissant le transport qui comprend les dispositions suivantes :

- 1° les règles de comportement aux arrêts de bus, à bord des bus et une fois descendu du bus;
- 2° les mesures d'ordre que peut prononcer le personnel d'accompagnement à bord des bus ou, si un tel accompagnement n'est pas prévu sur le circuit concerné, le chauffeur de bus, le cas échéant en accord avec la direction d'établissement, en cas de non-respect du règlement régissant le transport :
 - a) un avertissement sous forme d'inscription écrite au journal de classe à l'attention des personnes chargées de l'éducation;
 - b) l'octroi d'une amende proportionnée au comportement inapproprié;
 - c) l'exclusion immédiate du bus de transport scolaire;

3° les mesures disciplinaires qui sont imposées par le Gouvernement uniquement dans les cas exceptionnels :

- a) l'exclusion temporaire d'un élève du transport scolaire;
- b) l'exclusion définitive d'un élève du transport scolaire;

4° le traitement des données.

Pour l'application de l'alinéa 1^{er}, 2°, c), les accompagnateurs de bus ou les chauffeurs de bus peuvent exclure sur-le-champ l'élève concerné du bus de transport scolaire dans les cas exigeant une réponse immédiate en raison d'une menace pour la sécurité des autres élèves, de l'accompagnateur de bus ou du chauffeur de bus. L'exclusion peut intervenir uniquement à un arrêt de bus ou au sein d'une agglomération. Le chauffeur de bus ou l'accompagnateur de bus prévient dans ce cas immédiatement les personnes chargées de l'éducation ou la police.

L'accompagnateur de bus ou le chauffeur de bus qui prononce les mesures d'ordre informe le jour même le Gouvernement par écrit des mesures prononcées.

L'établissement dans lequel l'élève est inscrit remet le règlement régissant le transport pour signature aux personnes chargées de l'éducation lors de l'inscription au transport scolaire ainsi qu'à chaque modification dudit règlement. »

Art. 42 – Dans la même section, il est inséré un article 45.5 rédigé comme suit :

« *Art. 45.5 – Confidentialité*

Sans préjudice de dispositions légales ou décrétales contraires, quiconque, à quelque titre que ce soit, participe à l'application de la présente section, de l'article 24, de l'article 20 de la loi du 6 juillet 1970 sur l'enseignement spécialisé et intégré, de la loi du 15 juillet 1983 portant création du Service national de Transport scolaire et de ses dispositions d'exécution est tenu de traiter confidentiellement les données qui lui sont confiées dans le cadre de l'exercice de sa mission. »

Art. 43 – Dans la même section, il est inséré un article 45.6 rédigé comme suit :

« *Art 45.6 – Traitement des données à caractère personnel dans le cadre du transport scolaire organisé par la Communauté germanophone*

Sans préjudice de l'article 45.7, le Gouvernement est responsable du traitement des données à caractère personnel mentionnées à l'article 45.8 au sens de l'article 4, 7), du règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE (règlement général sur la protection des données).

Le Gouvernement collecte et traite des données à caractère personnel en vue de l'exécution de ses missions légales ou décrétales, notamment en ce qui concerne les missions mentionnées à l'article 24 du présent décret, à l'article 20 de la loi du 6 juillet 1970 sur l'enseignement spécialisé et intégré, ainsi que dans la loi du 15 juillet 1983 portant création du Service national de Transport scolaire. Le Gouvernement ne peut utiliser les données collectées à d'autres fins que l'exercice de ses missions légales ou décrétales.

Le traitement des données à caractère personnel s'opère dans le respect des dispositions légales applicables en matière de protection des données.

Le Gouvernement informe à cet égard ses collaborateurs et conseillers externes de ses devoirs en matière de sécurité de l'information et de protection des données. »

Art. 44 – Dans la même section, il est inséré un article 45.7 rédigé comme suit :

« Art. 45.7 – *Traitement de données relatives à la santé*

Le traitement de données relatives à la santé des personnes concernées s'opère sous la responsabilité d'un professionnel des soins de santé. »

Art. 45 – Dans la même section, il est inséré un article 45.8 rédigé comme suit :

« Art. 45.8 – *Catégories de données*

§ 1^{er} – Le Gouvernement peut traiter toutes les données à caractère personnel appropriées, utiles et proportionnées, conformément à l'article 45.6, relevant des catégories de données suivantes :

- 1° les données relatives à l'identité de l'élève et ses données de contact;
- 2° les données relatives à la date et au lieu de naissance;
- 3° les données relatives à l'identité des personnes chargées de l'éducation de l'élève et leurs données de contact;
- 4° les données relatives à la fréquentation scolaire;
- 5° les données relatives à l'utilisation du transport scolaire;
- 6° les données relatives aux mesures d'ordre et aux mesures disciplinaires conformément à l'article 45.3, § 1^{er}, alinéa 2, 2° et 3°;
- 7° les données relatives à la santé et au développement de l'élève :
 - a) les données relatives à sa santé physique;
 - b) les données relatives à ses vaccinations;
 - c) les données relatives à sa santé psychique;
 - d) les données relatives à son comportement;
 - e) les données relatives aux risques et facteurs de risque.

Les catégories de données mentionnées à l'alinéa 1^{er} peuvent être traitées aux fins suivantes :

- 1° la détermination du droit au transport scolaire conformément à l'article 24, alinéas 3 et 4, ainsi qu'à l'article 20 de la loi du 6 juillet 1970 sur l'enseignement spécialisé et intégré;
- 2° la planification des circuits du transport scolaire;
- 3° la prise de mesures disciplinaires conformément à l'article 45.3, § 1^{er}, alinéa 2, 3°.

§ 2 – Le service à gestion séparée "Service et Logistique dans l'enseignement communautaire" peut traiter toutes les données à caractère personnel appropriées, utiles et proportionnées, conformément à l'article 45.4, relevant des catégories de données suivantes :

- 1° les données relatives à l'identité de l'élève et ses données de contact;
- 2° les données relatives à l'identité des personnes chargées de l'éducation de l'élève et leurs données de contact;
- 3° les données relatives à la fréquentation scolaire;
- 4° les données relatives à l'utilisation du transport scolaire;
- 5° les données relatives aux mesures d'ordre et aux mesures disciplinaires conformément à l'article 45.3, § 1^{er}, alinéa 2, 2° et 3°;
- 6° les données relatives à la santé et au développement de l'élève, afin de pouvoir intervenir en cas d'urgence :
 - a) les données relatives à sa santé physique;
 - b) les données relatives à ses vaccinations;
 - c) les données relatives à sa santé psychique;
 - d) les données relatives à son comportement;
 - e) les données relatives aux risques et facteurs de risque.

Les catégories de données mentionnées à l'alinéa 1^{er} peuvent être traitées aux fins suivantes :

- 1° le soutien au Gouvernement dans le cadre de la planification des circuits du transport scolaire;
- 2° la prise de contact avec les personnes chargées de l'éducation, pour leur communiquer les horaires et les éventuelles modifications et les contacter en cas d'urgence;
- 3° la transmission aux équipes de secours des données relatives aux élèves dans les situations d'urgence.

§ 3 – Les entreprises qui effectuent les circuits de transport scolaire pour le compte du Gouvernement peuvent traiter toutes les données à caractère personnel appropriées, utiles et proportionnées, conformément à l'article 45.4, relevant des catégories de données suivantes :

- 1° les données relatives à l'identité de l'élève et ses données de contact;
- 2° les données relatives à l'identité des personnes chargées de l'éducation de l'élève et leurs données de contact;
- 3° les données relatives à la fréquentation scolaire;
- 4° les données relatives à l'utilisation du transport scolaire;
- 5° les données relatives aux mesures d'ordre et aux mesures disciplinaires conformément à l'article 45.3, § 1^{er}, alinéa 2, 2° et 3°;
- 6° les données relatives à la santé et au développement de l'élève, afin de pouvoir intervenir en cas d'urgence :
 - a) les données relatives à sa santé physique;
 - b) les données relatives à ses vaccinations;
 - c) les données relatives à sa santé psychique;
 - d) les données relatives à son comportement;
 - e) les données relatives aux risques et facteurs de risque.

Les catégories de données mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 2°, 5° et 6°, ne sont traitées par les entreprises que si aucun accompagnateur de bus n'est prévu dans le cadre du circuit de transport scolaire.

Les catégories de données mentionnées à l'alinéa 1^{er} peuvent être traitées aux fins suivantes :

- 1° le soutien au Gouvernement dans le cadre de la planification des circuits du transport scolaire;
- 2° la prise de contact avec les personnes chargées de l'éducation, pour leur communiquer les horaires et les éventuelles modifications et les contacter en cas d'urgence, si aucun accompagnateur de bus n'est prévu dans le cadre du circuit de transport scolaire;
- 3° la transmission aux équipes de secours des données relatives aux élèves dans les situations d'urgence, si aucun accompagnateur de bus n'est prévu dans le cadre du circuit de transport scolaire.

§ 4 – Le Gouvernement peut préciser les catégories de données mentionnées à l'alinéa 1^{er}. »

Art. 46 – Dans la même section, il est inséré un article 45.9 rédigé comme suit :

« Art. 45.9 – *Coopération*

Le Gouvernement travaille en coopération avec les écoles ordinaires et spécialisées de la Communauté germanophone ainsi qu'avec les prestataires mentionnés à l'article 45.5, § 3, qui participent à la mise en œuvre du transport scolaire. À cette fin, les organismes précités échangent les données relatives aux élèves inscrits au transport scolaire qui sont mentionnées à l'article 45.5, lorsque la transmission des informations est nécessaire dans l'intérêt de l'élève et que les informations transmises sont appropriées, utiles et proportionnées. »

Art. 47 – Dans la même section, il est inséré un article 45.10 rédigé comme suit :

« Art. 45.10 – *Durée du traitement des données*

Sans préjudice d'autres dispositions légales, décrétales ou réglementaires prévoyant, le cas échéant, un délai de conservation plus long, les données d'un élève sont traitées et conservées pour la durée du transport scolaire utilisé par l'élève et organisé par la Communauté germanophone, à compter de la date d'inscription et jusqu'à trois mois suivant la désinscription.

Sans préjudice des dispositions relatives à l'archivage, elles sont détruites au plus tard au terme de ce délai. »

Art. 48 – Dans la même section, il est inséré un article 45.11 rédigé comme suit :

« Art. 45.11 – *Mesures de sécurité*

Le cas échéant, le Gouvernement fixe les mesures de sécurité nécessaires pour le traitement des données à caractère personnel prévu par la présente section. »

Art. 49 – Dans l'article 93.36 du même décret, inséré par le décret du 20 juin 2016, l'alinéa 1^{er} est complété par les mots suivants : « , plusieurs prolongations étant possibles ».

Art. 50 – Dans l'article 93.41 du même décret, inséré par le décret du 20 juin 2016, l'alinéa 1^{er} est complété par les mots suivants : « , plusieurs prolongations étant possibles ».

Chapitre 9 – Modification du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné

Art. 51 – Dans l'article 62.13, alinéa 2, du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné, remplacé par le décret du 18 juin 2018 et modifié par le décret du 24 avril 2023, les mots « 62.7, § 1^{er} et § 2, alinéas 1^{er} et 2 » sont remplacés par les mots « 62.7, § 1^{er} et § 2, alinéas 1^{er}, 2 et 3, 2^o ».

Art. 52 – Dans l'article 62.37, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 18 juin 2018 et modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2023, les mots « 62.7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, alinéa 1^{er} » sont remplacés par les mots « 62.7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2, alinéa 1^{er} ».

Art. 53 – Dans l'article 62.44, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 22 juin 2020 et modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2023, les mots « 62.7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, alinéa 1^{er} » sont remplacés par les mots « 62.7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2, alinéa 1^{er} ».

Art. 54 – Dans l'article 62.49, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 28 juin 2021 et modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2023, les mots « 62.7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, alinéa 1^{er} » sont remplacés par les mots « 62.7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2, alinéa 1^{er} ».

Art. 55 – Dans l'article 90, § 1^{er}, du même décret, l'alinéa 3 est complété par les mots « de service ou retraités ».

Art. 56 – Dans le titre IV du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, il est inséré un article 119.27 rédigé comme suit :

« Art. 119.27 – Sans préjudice de l'article 33 et de l'article 49, il est tenu compte dans la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement différencié des dérogations dont a bénéficié un membre du personnel avant le 1^{er} septembre 2024 dans la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement secondaire inférieur. »

Art. 57 – Dans le même titre, il est inséré un article 119.28 rédigé comme suit :

« **Art. 119.28** – Pour le calcul de l’ancienneté de fonction mentionnée à l’article 35 et à l’article 49, il est également tenu compte dans la fonction de professeur de cours généraux dans l’enseignement différencié des jours de service que le membre du personnel a prestés avant le 1^{er} septembre 2024 dans l’enseignement différencié dans la fonction de professeur de cours généraux dans l’enseignement secondaire inférieur. Une attestation délivrée par le chef d’établissement permet de prouver que ledit membre a exercé une activité comme professeur de cours généraux dans l’enseignement différencié. »

Chapitre 10 – Modification du décret du 26 avril 1999 relatif à l’enseignement fondamental ordinaire

Art. 58 – Dans l’article 64.1.1, alinéa 1^{er}, du décret du 26 avril 1999 relatif à l’enseignement fondamental ordinaire, inséré par le décret du 26 juin 2023, les mots « dans celle de maître spécial d’activités en langue étrangère en section maternelle ou de surveillant-éducateur » sont remplacés par les mots « dans la fonction de maître spécial d’activités en langue étrangère en section maternelle ou dans la fonction de maître spécial de musique ou de surveillant-éducateur ».

Art. 59 – Dans l’article 75, alinéa 1^{er}, du même décret, modifié par le décret du 26 juin 2006, les mots « L’instituteur maternel dispense de » sont remplacés par les mots « L’instituteur maternel, le maître spécial d’activités en langue étrangère et le maître spécial de musique dispensent ».

Art. 60 – Dans l’article 76, alinéa 2, du même décret, remplacé par le décret du 21 avril 2008, les mots « , le maître spécial de musique » sont insérés entre les mots « langue étrangère » et les mots « et le maître de religion ».

Chapitre 11 – Modification du décret du 25 juin 2001 contentant des mesures spéciales quant aux fonctions d’enseignant et portant adaptation du statut pécuniaire

Art. 61 – Dans l’article 7 du décret du 25 juin 2001 contentant des mesures spéciales quant aux fonctions d’enseignant et portant adaptation du statut pécuniaire, modifié par le décret du 30 juin 2003, le § 3 est abrogé.

Art. 62 – Dans l’article 8, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots « 3^o et 4^o, » sont abrogés.

Chapitre 12 – Modification du décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes en matière d’enseignement 2003

Art. 63 – Dans l’article 11.5, alinéa 1^{er}, du décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes en matière d’enseignement 2003, inséré par le décret du 16 juin 2012 et modifié par le décret du 28 juin 2021, les mots « nommé ou engagé à titre définitif » sont remplacés par les mots « nommé ou engagé à titre définitif ou désigné ou engagé à titre temporaire pour une durée indéterminée ou indéterminée dès l’entrée en service ».

Chapitre 13 – Modification du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidié de l’enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés

Art. 64 – Dans l'article 88, § 1^{er}, du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidié de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés, l'alinéa 3 est complété par les mots « de service ou retraités ».

Art. 65 – Dans le chapitre XIV du même décret, modifié par le décret du 27 juin 2022, il est inséré un article 111*septiesdecies* rédigé comme suit :

« Art. 111*septiesdecies* – Sans préjudice de l'article 20 et de l'article 37, il est tenu compte dans la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement différencié des dérogations dont a bénéficié un membre du personnel avant le 1^{er} septembre 2024 dans la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement secondaire inférieur. »

Art. 66 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 111*octiesdecies* rédigé comme suit :

« Art. 111*octiesdecies* – Pour le calcul de l'ancienneté de fonction mentionnée à l'article 20 et à l'article 37, il est également tenu compte dans la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement différencié des jours de service que le membre du personnel a prestés avant le 1^{er} septembre 2024 dans l'enseignement différencié dans la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement secondaire inférieur. Une attestation délivrée par le chef d'établissement permet de prouver que ledit membre a exercé une activité comme professeur de cours généraux dans l'enseignement différencié. »

Chapitre 14 – Modification du décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement

Art. 67 – Dans le titre VI, sous-titre II, chapitre 3, du décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement, modifié par le décret du 26 juin 2023, il est inséré un article 19.1 rédigé comme suit :

« Art. 19.1 – *Autres langues modernes*

Les cours de langues modernes, à l'exception des langues visées aux articles 18 et 19, sont dispensés par des enseignants qui ont une connaissance suffisante de l'allemand. »

Chapitre 15 – Modification du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome

Art. 68 – Dans l'article 1.3 du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2023, il est inséré un 4.2° rédigé comme suit :

« 4.2° évaluateur externe : la personne qui occupe la fonction d'évaluateur externe provenant de l'enseignement fondamental ou la fonction d'évaluateur externe provenant de l'enseignement secondaire; »

Art. 69 – Dans l'article 3.1, § 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 27 juin 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1. au 3°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;
2. le paragraphe est complété par un 4° rédigé comme suit :

« 4° disposer d'un extrait du casier judiciaire, tel que visé à l'article 596, alinéa 2, du Code d'instruction criminelle, datant de moins de trois mois et ne comportant aucune inscription. »

Art. 70 – À l'article 3.2 du même décret, modifié par les décrets des 25 juin 2007, 28 juin 2010 et 22 juin 2020, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le § 1^{er}, 3°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;
- 2° le § 1^{er} est complété par un 4° rédigé comme suit :

« 4° disposer d'un extrait du casier judiciaire, tel que visé à l'article 596, alinéa 2, du Code d'instruction criminelle, datant de moins de trois mois et ne comportant aucune inscription. »;

3° dans le § 4, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« L'étudiant dispose d'un extrait du casier judiciaire, tel que visé à l'article 596, alinéa 2, du Code d'instruction criminelle, datant de moins de trois mois et ne comportant aucune inscription. »

Art. 71 – Dans l'article 3.13, alinéa 1^{er}, du même décret, la deuxième phrase est remplacée par ce qui suit :

« Une attestation de présence est délivrée à l'élève ou étudiant libre à l'issue de sa participation aux activités de formation ».

Art. 72 – Dans l'article 3.24 du même décret, le nombre « 1280 » est remplacé par le nombre « 1066 » et le nombre « 50 » est remplacé par le nombre « 60 ».

Art. 73 – Dans l'article 3.33, § 2, alinéa 2, du même décret, modifié par le décret du 26 juin 2023, la première phrase est remplacée par ce qui suit :

« L'étudiant est admis dans l'année d'études suivante s'il a réussi toutes les activités de formation de l'année d'études concernée. »

Art. 74 – À l'article 3.34 du même décret, modifié par le décret du 22 juin 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, les mots « où il a obtenu au moins 60% des points » sont remplacés par les mots « qu'il a réussis »;

2° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « des examens où il a obtenu 60% au moins » sont remplacés par les mots « des activités de formation réussies »;

3° dans le § 2, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 3 :
« Sont exclus de l'alinéa 1^{er} les stages. »;

4° dans le § 2, alinéa 3, les mots « Les alinéas 1 et 2 » sont remplacés par les mots « Les alinéas 1^{er} à 3 »;

5° dans le § 3, alinéa 2, les mots « obtenir au moins 50% dans chacun des examens et au moins 60% du total des points attribués à ces examens » sont remplacés par les mots « réussir chacun des examens à présenter ».

Art. 75 – À l'article 5.45 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 2 est complété par les mots suivants : « , sauf en ce qui concerne le congé de vacances annuelles pour les membres du personnel qui relèvent du champ d'application du § 3 »;

2° dans le § 3, deux alinéas rédigés comme suit sont insérés entre les alinéas 4 et 5, qui devient l'alinéa 7 :

« Les membres du personnel mentionnés à l'alinéa 1^{er} ont en outre droit à des congés tous les jours fériés légaux et le 15 novembre.

Si le jour férié légal ou le 15 novembre tombe un samedi ou un dimanche, les membres du personnel ont droit à un jour de compensation, que le pouvoir organisateur peut fixer à un jour précis. »

Art. 76 – Dans l'article 5.62, § 1^{er}, du même décret, l'alinéa 3 est complété par les mots « ou retraités ».

Art. 77 – Dans l'article 5.105.1, alinéa 1^{er}, 2°, b), du même décret, inséré par le décret du 6 mai 2019, les mots « 18sexies » sont remplacés par les mots « 18sexies ou 18sexies/1 ».

Art. 78 – Dans l'article 6.10 du même décret, inséré par le décret du 25 octobre 2010, les mots « trois temps pleins » sont remplacés par les mots « deux temps pleins dans la fonction d'évaluateur

externe provenant de l'enseignement fondamental et un temps plein dans la fonction d'évaluateur externe provenant de l'enseignement secondaire ».

Art. 79 – Dans le titre IX du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, il est inséré un article 9.11*duodecies* rédigé comme suit :

« **Art. 9.11*duodecies*** – § 1^{er} – Les membres du personnel qui sont nommés à titre définitif ou désignés à titre temporaire dans la fonction d'évaluateur externe au [jour précédant l'adoption du décret] et qui disposent d'une expérience professionnelle utile d'au moins cinq ans dans l'enseignement fondamental, conformément à l'article 10, 18*sexies*, de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique ainsi que du personnel administratif des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et des internats dépendant de ces établissements, sont considérés comme nommés à titre définitif ou désignés à titre temporaire dans la fonction d'évaluateur externe provenant de l'enseignement fondamental à partir du [date d'adoption du décret].

Les membres du personnel qui sont nommés à titre définitif ou désignés à titre temporaire dans la fonction d'évaluateur externe au [jour précédant l'adoption du décret] et qui disposent d'une expérience professionnelle utile d'au moins cinq ans dans l'enseignement secondaire, conformément à l'article 10, 18*sexies*/1, du même arrêté royal du 22 avril 1969, sont considérés comme nommés à titre définitif ou désignés à titre temporaire dans la fonction d'évaluateur externe provenant de l'enseignement secondaire à partir du [date d'adoption du décret].

§ 2 – Les jours de service que le membre du personnel nommé à titre définitif ou désigné à titre temporaire dans la fonction d'évaluateur externe provenant de l'enseignement fondamental ou dans la fonction d'évaluateur externe provenant de l'enseignement secondaire à partir du [date d'adoption du décret] a prestés avant cette date dans la fonction d'évaluateur externe sont pris en compte pour le calcul de l'ancienneté de fonction mentionnée à l'article 5.105.5 comme s'ils avaient été prestés dans la fonction d'évaluateur externe provenant de l'enseignement fondamental ou dans la fonction d'évaluateur externe provenant de l'enseignement secondaire. »

Chapitre 16 – Modification du décret du 25 octobre 2010 portant des nouveautés pédagogiques et administratives dans l'enseignement

Art. 80 – Dans l'article 1^{er}, § 2, 3^o, du décret du 25 octobre 2010 portant des nouveautés pédagogiques et administratives dans l'enseignement, le k), abrogé par le décret du 20 juin 2016, est rétabli dans la rédaction suivante :

« k) professeur de cours généraux dans l'enseignement différencié; ».

Chapitre 17 – Modification du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes

Art. 81 – Dans l'article 6.70, § 1^{er}, du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, l'alinéa 3 est complété par les mots « ou retraités ».

Chapitre 18 – Modification du décret du 26 juin 2023 portant création d'un Fonds relatif aux prêts sans intérêts à destination des apprentis, étudiants et élèves désirant se former à un métier en pénurie

Art. 82 – À l'article 1^{er} du décret du 26 juin 2023 portant création d'un Fonds relatif aux prêts sans

intérêts à destination des apprentis, étudiants et élèves désirant se former à un métier en pénurie, les modifications suivantes sont apportées :

1° au 11°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'article est complété par un 12° rédigé comme suit :

« 12° établissements d'enseignement : l'Institut pour la formation et la formation continue des Classes moyennes et les PME au sens de l'article 15 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME, la haute école autonome au sens de l'article 1.1 du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome, les écoles secondaires en Communauté germanophone et les universités qui proposent un cursus conformément au 4° ou 5°. »

Art. 83 – À l'article 3 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, les mots « ou un stage volontaire de maîtrise et employés par contrat de travail, » sont abrogés;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, les mots « et de stage volontaire de maîtrise » sont abrogés;

3° dans le § 1^{er}, alinéa 3, les mots « et de stage volontaire de maîtrise » sont abrogés;

4° l'article est complété par un § 3 rédigé comme suit :

« § 3 – Les personnes qui sont occupées par l'intermédiaire d'un contrat de travail n'ont pas droit à un prêt. »

Art. 84 – À l'article 6 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « ou stage volontaire de maîtrise » sont abrogés;

2° l'article est complété par un § 3 rédigé comme suit :

« § 3 – Les élèves qui ont déjà bénéficié d'un prêt peuvent introduire une nouvelle première demande, conformément au § 1^{er}, après l'achèvement mentionné à l'article 8, § 1^{er}, alinéa 3, 4°, et ce, sans remboursement du prêt déjà obtenu. Dans ce cas, la durée de perception du prêt déjà obtenu est déduite de la durée maximale de perception possible du nouveau cycle d'études ou du nouvel apprentissage conformément à l'article 3, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 3°, du décret. »

Art. 85 – Dans l'article 9, alinéa 1^{er}, 3°, du même décret, les mots « , son stage volontaire de maîtrise » sont abrogés.

Art. 86 – Dans le même décret, il est inséré un chapitre 7.1, comportant les articles 17.1 et 17.2, intitulé comme suit :

« Chapitre 7.1 – Contrôle ».

Art. 87 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 17.1 rédigé comme suit :

« Art. 17.1 – § 1^{er} – Pour le contrôle des conditions mentionnées à l'article 3, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2° et 3°, le Gouvernement transmet aux établissements d'enseignement concernés les informations suivantes :

1° les nom et prénom du demandeur;

2° la date d'inscription indiquée par le demandeur;

3° le cycle d'études, l'orientation d'études de l'enseignement secondaire professionnel ou le programme d'apprentissage indiqués par le demandeur;

4° l'année d'études ou l'année de formation indiquée par le demandeur.

L'établissement d'enseignement concerné confirme au Gouvernement l'exactitude des informations envoyées conformément à l'alinéa 1^{er} ou l'informe de l'inexactitude de celles-ci.

§ 2 – Pour le contrôle des achèvements mentionnés à l'article 8, § 1^{er}, alinéas 1^{er} et 2, les établissements d'enseignement concernés transmettent au Gouvernement les données de l'emprunteur mentionnées au § 1^{er} lors :

1° de l'interruption du cycle d'études, de la formation ou de la septième année de l'enseignement secondaire professionnel ainsi que la date d'interruption;
2° de la réussite de l'année de formation ou d'études;
3° de l'achèvement du cycle d'études, de la formation ou de l'orientation d'études au sens de l'article 8, § 1^{er}, alinéa 3, ainsi que l'intitulé et la date du diplôme. »

Art. 88 – Dans l'article 18 du même décret, les mots « , l'établissement d'enseignement concerné » sont insérés entre les mots « le Gouvernement » et les mots « et toute autre personne ».

Art. 89 – Dans l'article 19 du même décret, les mots « est responsable » sont remplacés par les mots « et l'établissement d'enseignement concerné, chacun dans son domaine de compétence, sont responsables ».

Art. 90 – Dans l'article 20, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, phrase introductive, du même décret, les mots « Pour exécuter ses missions telles que définies aux chapitres 3, 4, 5 et 6, le Gouvernement peut » sont remplacés par les mots « Pour exécuter leurs missions telles que définies aux chapitres 3, 4, 5 et 6, le Gouvernement et l'établissement d'enseignement concerné peuvent ».

Art. 91 – Dans l'article 28 du même décret, les mots « et de stage volontaire de maîtrise » sont abrogés.

Art. 92 – Dans le chapitre 10 du même décret, il est inséré un article 28.1 rédigé comme suit :

« Art. 28.1 – Par dérogation à l'article 3, § 3, les emprunteurs qui sont occupés par l'intermédiaire d'un contrat de travail et qui ont obtenu un prêt au cours de l'année académique ou de l'année de formation 2023-2024 conservent leur droit au prêt jusqu'au terme de leurs études ou de l'apprentissage, pour autant qu'ils remplissent les conditions mentionnées à l'article 3, § 1^{er} et § 2. »

Chapitre 19 – Entrée en vigueur

Art. 93 – Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} septembre 2024, à l'exception :

- 1° des articles 22 à 36, qui produisent leurs effets le 1^{er} septembre 2023;
- 2° de l'article 20, qui produit ses effets le 1^{er} janvier 2024;
- 3° des articles 19 et 82 à 92, qui entrent en vigueur le 1^{er} juillet 2024;
- 4° des articles 11 et 67, qui entrent en vigueur le 1^{er} janvier 2025;
- 5° des articles 1^{er}, 7 à 10, 12 à 14, 56 à 60, 66, 68 et 77 à 80, qui entrent en vigueur le jour de l'adoption du décret.

Eupen, le

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

O. PAASCH

La Ministre de l'Éducation
et de la Recherche scientifique

L. KLINKENBERG